

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg., excl. Postgebühren.

Redaktion: Tauscher Str. 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgebundene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 10/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Die deutschen Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetze.

Leipzig, 27. Juni.

So gründlich das Sozialistengesetz mit den deutschen Gewerkschaften aufgeräumt hatte, so dauerte es doch nicht lange, bis neues Leben aus den Ruinen sproßte. Der Trieb zur gewerkschaftlichen Organisation wuzelt eben unausrottbar in der modernen Arbeiterklasse. Den ersten größeren Lohnkampf unter dem Gesetze führten die Berliner Tischler im Jahre 1880; seit dem Ende dieses Jahres waren auch einzelne Fachvereine entstanden, und noch früher, fast unmittelbar nach dem Verbot der alten Gewerkschaftsblätter, einzelne Fachblätter. So der Wecker, den Voß in Gotha für die Schuhmacher gründete, so die Neue Tischlerzeitung und der Schiffbauerbote in Hamburg, den Gewerkschafter für die Tabakarbeiter in Leipzig und andere.

Dann kam die Zeit der „milden Praxis“, die den Gewerkschaften etwas größeren Spielraum ließ. Die Regierung hatte es aufgegeben, die Opposition der Arbeiterklasse mit der Peitsche zu brechen; sie versuchte es nun mit dem Zuckerbrot, und sie fand damals schon bürgerliche „Arbeiterfreunde“ genug, die den eben aufblühenden Fachvereinen allerlei Ehrenkleider fangen, die ihnen goldene Berge versprochen, wenn sie nur allen „revolutionären“ Gedanken entsagen wollten. Aber die Arbeiter hatten dafür taube Ohren, wenn sie auch vorfichtig labieren mußten.

Aus den Berliner Fachvereinen entstand im März 1882 das Generalkomitee der Berliner Gewerkschaften, das eine lebhaftige Agitation für den gesetzlichen Arbeiterschutz entfachte und u. a. eine Petition beriet, die der Regierung die Beschwerden und Wünsche der Arbeiter vorlegen sollte. Darauf setzten die Stöcker und Konsorten große Hoffnungen und schalteten sogar auf die Polizei, die mit der Auflösung von Arbeiterversammlungen gar so schnell bei der Hand sei. Aber die Arbeiter beschloßen, die Petition nicht direkt an die Regierung, sondern an den Reichstag zu senden; auch ohne Bismarck werde sie an den parlamentarischen Vertretern der Arbeiterklasse kräftige Fürsprecher finden. Darauf wurde dem Generalkomitee der Gewerkschaften sofort eine Anklage angehängt, weil die Fachvereine als politische Vereine durch ihre Verbindung untereinander das Vereinsgesetz übertreten haben sollten. Jedoch aufgelöst wurden die Vereine nicht; man beließ es bei den leichten Geldstrafen, zu denen ein Teil der Angeklagten verurteilt, während der andere Teil freigesprochen wurde.

Dies eine Beispiel mag genügen, um die „milde Praxis“

des Sozialistengesetzes gegenüber den Gewerkschaften zu kennzeichnen. Man gab ihnen eine gewisse Freiheit, sich zu entwickeln; aber man ließ deshalb doch das Damoklesschwert über ihnen hängen, man skizzierte sie fortwährend, löste sie auch wohl auf, erdrückte sie aber nicht vollständig, immer in der Hoffnung, daß die Arbeiter doch noch genasführt werden könnten. Allein diese Hoffnung wurde immer wieder zu Wasser. Vielmehr übernahmen die Fachvereine, da politische Vereine nicht auskommen konnten, ein gut Teil der Agitation, die sonst der Parteiorganisation zugefallen wäre. Sie leisteten ganz Außerordentliches für die Wiederaufrichtung der politischen Partei, zum Verdruss ihrer bürgerlichen Gönner und in gewissem Sinn auch zum Schaden ihrer gewerkschaftlichen Zwecke, aber in der vollkommen richtigen Auffassung, daß die Erhaltung und Sicherung der politischen Arbeiterbewegung ihr eigenes Interesse sei. Namentlich der langwierige Streit über Lokal- oder Zentralorganisation, der später die gewerkschaftliche Bewegung behindert hat, wurzelte in diesen Zuständen, das will sagen, in der Notwendigkeit, daß die Fachvereine unter dem Sozialistengesetz auch politische Arbeiteragitation leisten mußten. Die Fachvereine standen eben vor der Alternative: entweder beschäftigten sie sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“, und dann war ihnen jede unmittelbare Centralaktion ver sagt, oder sie ließen — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — die politischen Bestrebungen fallen und waren dann in dem Zusammenschluß ihrer brüchig zerstreuten Vereine weniger behindert oder auch ganz ungehindert, je nach dem Stande der Vereinsgesetzgebung und der behördlichen Praxis in den Einzelstaaten.

In erster Reihe an dieser konsequenten Haltung der deutschen Gewerkschaften, die über ihre augenblicklichen praktischen Interessen heraus die Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterbewegung klar zu erkennen vermochten, scheiterte die „milde Praxis“ des Sozialistengesetzes, und es war charakteristisch, daß die dritte Periode des Gesetzes, die noch einmal mit blinden Gewaltstößen die Arbeiterklasse niederzuwerfen versuchte, mit dem Puttkamer'schen Streikerlaß vom 11. April 1886 begann. Dieser Erlass suspendierte die Koalitionsfreiheit, und gab das Signal dazu, nach der zeitweiligen Schonung der Fachvereine, wieder ihre rücksichtslose Ausrottung zu betreiben, wie in der ersten Zeit nach Erlass des Sozialistengesetzes. Aber da man in dieser Zeit die Erfahrung gemacht hatte, daß den Gewerkschaften mit dem Sozialistengesetz allein nicht ins Herz getroffen werden konnte, so wurde versucht, sie mit den verschiedensten gerichtlichen Methoden zu erdrosseln.

Zunächst wurde der Kautschuparagraph, den die Ge-

werbeordnung gegen Ausschreitungen bei Streiks enthielt, bis zur Menschenmüdigkeit ausgereicht; der Verurteilungen auf Grund dieses Paragraphen gab es im Jahre 1886 nicht weniger als 170, gegen 5 im Jahre 1882. Wo aber dieser Paragraph nicht weiter zu rechen war, da wurde er durch die Paragraphen des Strafgesetzbuches über groben Unfug, über Nötigung, über Erpressung ergänzt; fast die Krone dieser Leistungen war ein Erkenntnis des Reichsgerichts, wonach die Aufforderung zur Einstellung der Arbeit ohne Innehaltung der Kündigungsfrist unter § 110 des Strafgesetzbuchs fiel, der die, auch erfolglose Aufforderung „zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen“ mit dem Höchstmaß von zweijährigem Gefängnis bedroht, während § 111 auf die erfolglose Aufforderung zu einer strafbaren Handlung nur ein Höchstmaß von einjährigem Gefängnis setzt. Nach der Feststellung des obersten Gerichtshofs konnten Arbeiter, die zum Kontraktbruche gegen die Unternehmer aufreizten, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden, während Verbrecher, die zu Mord und Raub aufreizten, höchstens ein Jahr Gefängnis erhalten durften.

Man müßte ganze Spalten füllen, wenn man alle die schrecklichen Brutalitäten aufzählen wollte, mit denen die Gewerkschaften in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes verfolgt worden sind. Die Seele dieser Verfolgungen war der Minister v. Puttkamer, jener boomierte Junker, der bestänzlich hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauern sah, aber es darf abermals nicht vergessen werden, daß keiner der „bürgerlichen“ Arbeiterfreunde, die sich heute vor Zärtlichkeit für die Gewerkschaften nicht zu lassen wissen, damals den Mund aufzutun wagte, selbst nicht einmal von der sicheren Tribüne des Reichstags aus, wo die Ultramontanen Puttkamer's Streikerlaß ganz in der Ordnung fanden, während die Liberalen sich auf die schüchternen und natürlich rein lächerliche „Hoffnung“ beschränkten, der Erlass werde die Koalitionsfreiheit nicht beeinträchtigen.

Unter dem Sozialistengesetze waren die beiden Zweige der Arbeiterbewegung so ausschließlich, wie je, auf einander angewiesen, und es gereicht den deutschen Gewerkschaften zu dauerndem Ruhme, daß sie sich, soweit es im gemeinsamen Interesse des proletarischen Klassenkampfes notwendig war, für die politische Arbeiterpartei zu opfern verstanden haben. Zwar gingen auch sie glorieus genug aus dem gewaltigen zwölfjährigen Ringen hervor, mit 120 000 Mitgliedern und 41 Organen, während sie mit 50 000 Mitgliedern und 14 Organen in den Streit getreten waren. Aber freilich standen sie weit hinter der sozialdemokratischen Partei zurück, die den mit der entscheidenden Hilfe der Gewerkschaften

Seuilleton.

Ein Doppelgänger.

Von Theodor Storm.

So waren nun wieder drei Bewohner in de Käte, und doch war es darin so still; daß die Buben und Pflastertreter, die daran vorbeingingen, vergebens einen Zeitvertreib von dort erwarteten. Nur etwas Hübsches, das sie jedoch nicht zum Stillstehen brachte, gab es im Sommer bisweilen dort zu sehen. Das war ein dürrfüßig, aber allzeit sauber gekleidetes Dirnlein, das mit einer Puppe oder einem anderen Spielwerk auf der Haushürschwelle saß, wo die Sonne auf ihrem braunen Scheitel glänzte. Wenn aber von drunten aus der Stadt die Turmuhr Mittag schlug, dann legte sie hastig ihre Puppe auf die Schwelle und ging mit vorgestrecktem Köpfchen einige Häuser, soweit Alt-Mariken es ihr erlaubt hatte, in die Stadt hinab; auch wohl, bedächtig und immer das Köpfchen rückwärts drehend, ging sie wiederum nach ihrer Haushür und nahm wie gedankenlos die Puppe in die Hand; bald aber trieb es sie aufs neue auf, und endlich, mit jenem Ausschrei vollsten Kinderglückes, flog sie dem von der Arbeit zu kurzer Ruhe heimkehrenden Vater in die ausgebreiteten Arme. Dann trug er seinen kleinen Trost die paar Häuser weit nach seiner Wohnung, wo schon die Alte mit ihren munteren Augen an der Küche harzte. „Nur herein, John! Nur herein!“ rief sie, „die Kartoffeln hab ich Euch gekocht; und das Köpfchen-Milch vom Nachbar Bäcker steht auch schon auf dem Tisch!“ Dann band sie eine reine Schürze vor und ging mit dem irdenen Henkeltopf auf ihren eigenen Suppengang in die Stadt hinunter.

John aber und sein Christinchen setzten sich an den Tisch, nachdem er zuvor aus der Schatullen-Schublade ein dickeres Schwarzbrot hervorgeholt hatte. Er schnitt zwei Stücke ab und brockte sie in die Milch, die in zwei Kümmchen verteilt wurde; zuletzt aßen sie mit etwas Salz die dampfenden Kartoffeln. Nachbar Tischlers bunte Kake kam herein und strich dem Kinde um die Weichen; der warf Christinchen auch noch eine in Salz gestülpte Kartoffel zu. Aber die Kake beroch sie nur, leckte einmal daran und begann sie dann mit ihren Pfötchen in der Kammer umher zu rollen. Da lachten Vater und Tochter. „Die mag keine Kartoffeln“, sagte John; „das ist ein Lackerzahn! Schmeckt es denn Dir, Christinchen?“

Und als die Kleine ihn schmausend zunickte, holte er noch einmal etwas aus der Schublade. „Nur merk auf!“ rief er, „nun kommt der Nachtisch.“ Es war aber nur eine Messerspitze mit Butter, was er jetzt auf ihren Teller strich. „So“, sagte er, „damit ist nun Deine letzte Kartoffel!“ Und des Kindes Augen leuchteten vor Vergnügen.

Wenn die kleine Haushürglocke schellte und Mariken mit ihrem Kopfe wieder heimkam, dann griff John nach der Milche und ging wieder auf seine Arbeit.

Als Christinchen dann eines Tages in die Küche lief, sah sie die Alte am Herde sitzen und mit besonderem Behagen aus ihrem Topfe löffeln; ein leckerer Duft schwamm ordentlich in der Küche, und nach dem mageren Mittag mochte ein begehrlischer Ausdruck deutlich genug auf dem Kinderantlitze stehen.

Die Alte legte den Löffel aus der Hand. „Komm, Kind, und halte mit!“ rief sie, „das wird Dir gut thun!“ Aber Christine trat zurück und schüttelte das Köpfchen: „Ich hab mit Vater schon gegessen.“ „Doch nicht von Frau Senator ihrer Sonntags-suppe!“

„Ich darf nicht,“ sagte das Kind leise. „Was?“ rief die Alte. „Wer hat Dir das verboten?“

„Mein Vater,“ kam es ebenso von den Rippen des Kindes.

Wie Bornröte flog es in das Gesicht der Alten. „So, so!“ sagte sie und stemmte die Faust mit dem Löffel auf ihr Knie. „Ja, ja, ich glaub's: Du sollst nicht mit mir von meinen Betteluppen essen!“ Aber sie drängte die Worte zurück, die noch über ihre Zunge wollten; das Kind durfte das nicht hören. „Komm,“ sagte sie und stellte ihren Löffel beiseite, „ich bin satt; wir wollen in den Garten, da finde ich Dir noch ein paar Stachelbeeren. Du bist ein braves Kind! Sei Deinem Vater allzeit so gehorsam, da wird Dir's wohlgehen!“

Und sie wanderten miteinander in den Garten, und so dürrfüßig auch die Ernte ausfiel, die Alte erzählte so alles vergessen machende Geschichten von Prinzessin Bombhias Großmutter, daß der Lackerappetit der Kleinen, sie wußte nicht wie, verging.

— Das war in der Zeit, die sich so unauslöschlich dem Kinderherzen einprägte, daß dagegen alles, was vorher war, in Dämmerung versank, von der die Frau, die einstmal dieses Kind gewesen war, mir heute noch gesagt hatte, daß es in ihrer Kindheit die Rosenzeit gewesen sei.

John hatte dem Nachbar Tischler Wort gehalten: der Sarg der jungen Frau war bis auf den letzten Dreier von ihm bezahlt worden; er hatte sein Weib doch selbst begraben.

Das ammutige Kind, das so jählings mutterlos geworden, mit dem jetzt wohl nachmittags die Alte durch die Straßen prunkte, hatte das Mitleid der Stadt erweckt; und war auch diese Teilnahme nicht von langer Dauer, es hatte dem Vater doch zu Arbeiten verholfen,

erfochtenen Sieg nunmehr auch in deren Interesse zu verwerten verpflichtet war.

Diese Verpflichtung ist denn auch im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts reichlich eingelöst worden.

Politische Hebersticht.

Ein Ceremonienmeister der Verfassung.

Auch die deutsche Bourgeoisie blickt auf gewisse Formen. Zwar sie macht sich nicht allzu viel aus einer Wahlentziehung, und würde sich auch über einen Verfassungsbruch nicht weiter aufregen, vorausgesetzt, daß er in ihrem Klasseninteresse geschähe; allein in Kleinigkeiten lobt sie sich eine gewisse Korrektheit und beansprucht Rücksichtnahme auf die parlamentarischen Fiktionen, durch die sie ihre tatsächliche Herrschaft ausübt. Es ist ihr sehr unangenehm und ärgerlich, wenn der Absolutismus allzu leicht in die Öffentlichkeit tritt; sie möchte entschieden die demokratischen Illusionen respektiert wissen, mit denen man Gebalter Schneider und Handschuhmacher am Wahltag immer wieder einfängt; sie weiß sehr wohl, daß der moderne Caesarismus ein gewisses moralisches Übergewicht im Reichstagswahlrecht hat, und möchte nicht unendlich an politische Empfindlichkeiten gerührt werden, in denen sich der deutsche Spieler selbstgefällig als ein Stück Volkssouveränität genießt. Es ist bezeichnend für diese Hohepriester des konstitutionellen Denkens, daß sie gegen die Sozialdemokratie tagtäglich den rohen Rechtsbruch empfehlen und bei Plottenvorlagen mit heilloser Priviolität zum Staatsstreich heben, aber bei den kleinen Schergen des Absolutismus die Frauen zusammenziehen und die salbungsvollsten Kopuzinaden herunterklamieren, — wie das nun wieder einmal das gewerbmäßige Scharfmachergeschäft, die Hamburger Nachrichten, thut, das vor wenigen Tagen noch die Sozialdemokratie als Organisations der Einbrecher und Brandstifter der allgemeinen Vogelfreiheit überantwortet hatte. Dort läßt sich ein Freiloseverwalter — ganz im Stil der bekannten 25 M.- und 12.50 M.-Säge — also vernehmen:

Die Krefelder Husarengeschichte wird an sich wohl keine praktischen Folgen haben, sondern im Sande verlaufen. Wenn nicht die Stadtverwaltung selbst schon so verständig ist, den Plan an den dieshalb an die Stadt zu stellenden Anforderungen scheitern zu lassen, so wird die Sache zwar dem Kriegsminister einige adann nicht unbedeutend unangenehme Stunden bereiten, aber mit der Ablehnung der heftigsten Forderung im Reichstage erdulden. Eigentlich müßte schon das Reichsamt ein entscheidendes Veto einlegen, allein das ist bei der Schwäche der Position dieser Centralstelle selbst bei so schlechter Finanzlage nicht zu erwarten, ebensowenig eine Ablehnung im Bundesrat. Ungleich ärger ist die symptomatische Bedeutung des Vorganges. — Vor allem aber leben wir nicht mehr im absoluten Staat und das persönliche Regiment des Herrschers ist nicht nur durch die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung beschränkt, sondern auch an die Mitwirkung selbständig verantwortlicher Minister gebunden. Es ist ein plannmäßiges Bestreben unverkennbar, jene Schranke des persönlichen Regiments zu beseitigen. Kaiser Wilhelm II. steht in seinen verantwortlichen Räten im Reich und in Preußen anscheinend allein ausführende Organe seines Willens. Das Wort vom „Sandlanger“ spiegelt wohl durchaus richtig seine Auffassung von der Stellung des Monarchen zu seinen Ministern wieder. Wie sehr dies in den zunächst beteiligten Kreisen empfunden wird, geht aus einer Aeußerung hervor, welche ein unlangst verstorbenen hoher Staatsbeamter gelegentlich einer parlamentarischen Abende dieses Jahres getan hat. Er meinte, daß Herr von Miquels Rücktritt nicht sowohl wegen der Kanalfrage, sondern deshalb herbeigeführt worden sei, weil er versucht habe, im Sinne seiner politischen Verantwortlichkeit die Entscheidungen des Kaisers zu beeinflussen. Die Wichtigkeit der Version kann dahingestellt bleiben, sie ist aber jedenfalls für die Stimmung in obersten Kreisen der Beamtenschaft bezeichnend. Unter dem hier in Rede stehenden Gesichtspunkte gewinnt auch die zunehmende Militarisierung des preussischen Staatsministeriums eine besondere, aber keineswegs unbedeutliche Bedeutung. Früher repräsentierte allein der Kriegsminister das militärische Element im Staatsministerium. Seit der Staatssekretär im Reichsministerium Mitglied des Staatsministeriums und das Landwirtschafts- und Arbeitsministerium mit Generalen a. D. besetzt sind, gehören dem Staatsministerium nachgerade vier Männer an, welche ertragen und gewohnt sind, Willensäußerungen des obersten Kriegsherrn gegenüber mit den Sporen zusammenzuschlagen und zu sagen: In bescheiden, Euer Majestät! Die letzte Ministerernennung, bei der es sich um ein Reskript von der allergrößten Bedeutung handelt, verdient daher auch unter diesem Gesichtspunkte besondere Beachtung. In einem wesentlichen Punkte aber unterscheidet sich der Krefelder Vorgang und nicht zu seinem Vorteil von der preussischen Königs-herlichkeit des achtzehnten Jahrhunderts.

Der charakteristische Unterschied zwischen dem Könige, welcher

den Junkern gegenüber seine Autorität wie einen rother do bronzo stabilisierte, und seinem großen Sohne einerseits und dem Absolutismus des roi soleil und seiner Nachfolger andererseits war befaunlich der, daß jene Preußenkönige sich allein von der Staatsräson und der salus publica leiten ließen und persönlichen Neigungen, Liebhabereien und Impressionen keinen Einfluß auf ihr Regiment gestatteten. Sie waren als Regenten die Verkörperung des kaiserlichen Imperatros der Pflicht, und darauf beruht zum großen Teil ihre Größe und ihr Verdienst um Preußen und Deutschland. In den Rahmen ihrer strengen Auffassung ihres Herrscherberufs paßt der Krefelder Vorgang doch nicht ganz hinein. Das ist an sich nicht eben erfreulich, aber außerdem politisch so unerwünscht als möglich. Denn es führt der ohnehin schon weitverbreiteten Ansicht neue Nahrung zu, daß Liebhabereien, Stimmungen und sonstige Momente subjektiver Art sich jetzt sehr viel stärker geltend machen, als dies sachlich gerechtfertigt ist. Wie stark gerade Auffassungen dieser Art dazu beigetragen haben, den Kanalstreit zu verschärfen und die Verständigung zu erschweren, ist noch in frischer Erinnerung. . . . Auch vom Standpunkt der monarchischen Autorität ist es natürlich zu beklagen, wenn der Bestätigung, daß Liebhabereien und Tagesbedürfnisse ein größerer Einfluß eingeräumt wird, als gut ist, neue Nahrung zugeführt und weitere Verbreitung gegeben wird, genau so, wie es derselben keineswegs förderlich sein wird, wenn demnächst der Reichstag seine Zustimmung zu der Verlegung eines Husarenregiments an den Hauptstih unserer Samts- und Seidenindustrie verweigert und so die den Krefelder Ehrenjungfrauen gegebene Zusage unerfüllt bleibt. Die Zusage selbst ist natürlich nicht als das Produkt einer durchaus harmlosen Augenblicksentscheidung, und muß an sich unter diesem Gesichtspunkte beurteilt werden. Das, was berechtigtes Aussehen erregt, ist der schwer abzuwehrende Eindruck, den man aus dem Vorgange betreffs gewisser Grundanschauungen Kaiser Wilhelms II. erhält. Man möchte in patriotischen Kreisen so gern sich ungetrübt der Freude an den zahlreichen glänzenden Eigenschaften des Kaisers hingeben und drängt die entgegengelegten Wahrnehmungen gefühllos zurück. Um so schmerzlicher, natürlicher wird es empfunden, wenn man, wie durch den Krefelder Vorgang, so nachdrücklich an die Negativseite der Medaille erinnert wird.

Durch die Anspielungen auf die Kanalvorlage und die angeführten Vorgänge bei Miquels Verabschiedung giebt sich diese Straßpredigt als Bedingthe zu erkennen. Hier spricht aus der Wasserstimme des getreuen Eckart des Royalismus der Vauclon persönlicher Gekränktheit und vertiert dadurch auch den letzten Anspruch, ernst genommen zu werden. Als letzter Rest der dieser Aeußerung eine allerdings wohl in diesem Sinne nicht beabsichtigte Beachtung verschafft, bleibt dann nur die symptomatische Thatsache bestehen, daß die herrschende Kapitalistenklasse es nicht gerne sieht, wenn das Geheimnis des modernen Caesarismus verraten wird. Sie möchte das konstitutionelle Deforum unbedingt so weit gewahrt wissen, als die Bourgeoisie nicht selbst ein Klasseninteresse daran hat, es zu profanieren und gelegentlich zu ignorieren. Das erlaubt einen beweiskräftigen Rückschluß auf die Naturgeschichte dieses ganzen Konstitutionalismus selbst, dahingehend, daß dieser nichts anderes ist als die Wässerung des thatsächlichen Regiments der Krupp, Wallin und Genossen. Herr v. Redlig fühlt sich als Großceremonienmeister der ganzen konstitutionellen Maskerade, und er muß es ernstlich rügen, wenn die Vorben rollenwidrig gelüftet und dadurch die naive Zuschauer auf den Sinn des Spiels aufmerksam gemacht werden, daß ihnen die wahren Herren im Hause so hingebungsvoll vorvormimen. Daher der Wurm . . .

Deutsches Reich.

* Berlin, 27. Juni. In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurden der Entwurf einer Bekanntmachung wegen wechselseitiger Benachrichtigung der Militär- und Polizeibehörden über das Austreten übertragbarer Krankheiten und der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Weisphosphorzündwaren den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschussanträge zu den Beschlüssen des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend den Servistaxi und die Klasseneinteilung der Orte sowie Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen wurde die Zustimmung erteilt. — Der Kaiser hat den König von England & la suite der deutschen Marine gestellt.

Im Gefolge der Kaninchenpolitik. Der Feldzug der Hofen gegen die Kaninchen hat den üblichen Trost jeglicher Campagne herbeigezogen: Marketen und allerlei fahrendes Volk, Zwitscherer und Leichenräuber, alles was die günstige Konjunktur bemerkt und bei dem augenblicklichen Potentkurs seine Geschäfte machen will. Auch der Gustav Adolf-Verein durfte nicht fehlen. Der Brandenburgische Hauptverein hat das nachfolgende Jubilationstelegramm an den Kaiser geschickt:

Wenn aber am Feierabend der Vater da war, wenn sie mit aller Wichtigkeit ihm erst gezeigt hatte, wie weit sie heute auf der Tafel oder im Fibelbuch gekommen sei, und wenn sie dann miteinander ihr kleines Mahl verzehrt hatten, so ging er wohl noch einmal mit ihr hinaus unter den Sternenhimmel, auf die Straßen, oder war es dort zu laut noch, in das Gärtchen und weiter in die Wege, die in das Feld hinausliefen. Dann hob er oft sein Kind auf beide Arme, und was er tags erfahren hatte, oder was nur an Gedanken bei der Arbeit ihm gekommen war, was sie verstand oder nicht verstand, das flüsterte er in die kleinen Ohren; er hatte keinen anderen Vertrauten, und ein ewig Schweigen soll kein Mensch ertragen können.

Wohl bog das Kind bisweilen das Köpfchen zu dem seinen auf und lächelte ihm nickend zu; manchmal aber erschrak es und bat: „Nicht so! O, sag das nicht, mein Vater!“ Meist hielt es sein Händchen nur sanft um des Vaters Hals gefristet. Er wußte nicht, war ihm das Kind ein neues Glück, war sie ihm nur ein Trost für ein verlorenes; denn immer wieder nach dem toten Weibe in Reu und Sehnsucht wollte ihm das Herz zerbrechen; noch im Traum behörte ihn der Reiz des längst vergangenen Liebes, daß er, vom Schlafe aufwachend, ihren Namen durch die dunkle Kammer schrie, bis er endlich sagte, was unrettbar der Vergangenheit gehöre. Manchmal war auch das Kind erwacht und rief ihn an und weinte und streckte die Arme nach seinem Bette. Wenn er dann am Abend darauf sie in der Einsamkeit der Nacht auf seinen Armen trug, erzählte er ihr, wie Süßes ihm im Traum geschehen, wie schrecklich sein Erwachen gewesen sei.

Dann frug das Kind wohl zitternd: „War denn Mutter bei Dir in der Nacht?“ „Nein, Gretchen, es war ja nur ein Traum.“

Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät magt die Jahresversammlung des Brandenburgischen Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung als dem Allerhöchsten Protetktor und erhabensten Mitgliede unseres Vereins in ehrfürchtvollster Jubigung ihren erneuten Gruß darzubringen. Unmittelbar an den Grenzen der Ostmarkprovinzen Westpreußen und Posen tagend, deren evangelischen Glaubensgenossen für unseren Brandenburgischen Hauptverein der Gegenstand besonderer Fürsorge sind, werden wir gerade in betreff unseres Vereinswerkes an die jüngst von Eurer Majestät bei der Einweihung der neuerstandenen Marienburg, diesem Wahrzeichen für deutsche Arbeit, gesprochenen Worte gemahnt. Den evangelischen Brüdern blenend, wollen auch wir, dem Aufrufe Eurer Majestät entsprechend, die nationalen Güter des deutschen Volkes an diesen Ostmarken wahren helfen. Zugleich aber wissen wir uns dabei mit Eurer Majestät in dem Bestreben ein, den konfessionellen Frieden fördern zu helfen, sowie in dem Gelübde, daß Allerhöchst-dieselben jüngst an einer durch große geschichtliche Erinnerungen gemehrte Stätte zugleich mit dem Bekenntnis zu Dem abgelegt haben, in dessen Namen allein Heil ist und außerdem kein anderer Name den Menschen gegeben ist, darinnen wir sollen selig werden.

Nun werden auch die katholischen Herren vom Verein do propaganda sich kommen und mit Berufung auf die Nachener Kaiserrede sich für ihre polnischen Glaubensbrüder in den deutschen Ostmarken ins Zeug legen. Natürlicher geschließt beiderseitig dieser Kriegszug, „um den konfessionellen Frieden zu fördern“. Genau wie es die Herren Diplomaten machen. . . .

Aus der Zolltarifkommission. (71. Sitzung.) Das Kampfspiel der Spinner und Weber nimmt seinen Fortgang. Die Webervertreter Münch, Müller, Förster verlangen im Anschluß an die Herabsetzung der Baumwollgarnzölle die Erniedrigung der Zölle auf dichtes Gewebe. Nachdem die Regierung erklärt, sich ihre Entscheidung bis zur zweiten Lesung vorbehalten zu wollen, wirft Graf Kanitz die Frage des Doppeltarifs in die Debatte, sie sei im wirtschaftlichen Ausschusse unter Zustimmung der Regierung angeregt worden, die Differenz des Doppeltarifs soll ca. 25 Proz. betragen. Graf Posaadowsky, den man säkularisiert auf den Kriegsschauplatz telephonierte, erklärt, im wirtschaftlichen Auschuß seien die Sachverständigen befragt worden, welche Zölle zum Schutz und zur Debung der heimischen Industrie für nötig gehalten würden und wie viel bei handelspolitischen Verhandlungen nachgelassen werden könne. Daraus seien Differenzen entstanden. Das sei kein Doppeltarif. Graf Kanitz erwidert, die Differenz zwischen den Sägen des Tarifentwurfs und dem, was man bei handelspolitischen Verhandlungen nachgeben wolle, kennzeichne eben einen Doppeltarif.

In dem nun folgenden Rebedenkung um die Zollherabsetzung (Position 444) gerät Schlumberger in außerordentliche Erregung. Er, nicht die Vertreter der Anträge auf Herabsetzung der Zölle, sei der Vertreter der Gesamtweber. Es wären Versammlungen, z. B. in Dresden einberufen worden, in der man den Interessenten vorgeschwindelt habe, man vertrete die Interessen der Weber. Geher seien diejenigen, die den dort gegebenen Anregungen gefolgt seien. Der Vorsitzende unterbricht den Redner und meint, er nähme nicht an, daß der Ausdruck „Geher“ sich auf Mitglieder der Kommission beziehe. (Große Heiterkeit.) Schlumberger behauptet weiter, die Zölle herabzusetzen, helfe die Arbeiter (!) bestehen. Ihn erwidert Baubert: Schlumberger habe als Vertreter des großindustriellen Ausbeutertums nicht die geringste Ursache, sich als Freund der Arbeiter aufzuspielen. Man möge die „bestohlenen“ Arbeiter erst einmal von ihren Hungerlöhnen befreien. Grünberg ironisiert, wie die Herren Spinner nun die Herren Weber, die ein wenig in die Dividendenwirtschaft der Spinnereien geleuchtet haben, als Geher hinstellen belieben. Energisch verwahren sich auch Brömel und Münch-Ferber gegen die Unterstellungen Schlumbergers, der nur durch seine eigensten Interessen regiert werde. Wir, die Antragssteller, vertreten keinen Verband und kein Syndikat, wir stehen hier als Abgeordnete, die das Allgemeininteresse wahrzunehmen haben. In der Abstimmung werden alle Anträge sowie auch die Position 444 der Vorlage abgelehnt. (Große Bewegung und Heiterkeit.) Der Vorsitzende erklärt, es sei dadurch eine Wunde im Entwurf entstanden, die in der zweiten Lesung hoffentlich (Brömel ruft: Mit Gottes Hilfe! Heiterkeit.) ausgefüllt werde.

In rascher Folge windet man sich nun durch die Positionen Sanit und Milch 445-447, Baumwollzölle 448-450 und Zölle 451. Die Positionen 448 und 449 werden nach der Vorlage angenommen, 445, 447, 449-451 werden nach Anträgen von Förster zu etwas herabgemindertem Sähen angenommen.

d. Ein Urteil über die Rohstoffverbände. Wenn die Syndikatsmänner nicht selbst von der Berechtigung der von den verschiedensten Seiten erhobenen Vorwürfe über die Syndikatspolitik überzeugt wären, würde auch nicht die Angst vor gesetzlichen Eingriffen so groß sein, daß der Scharfmacherverband alle Gebel in Bewegung setzt, um den Stellen eine staatlliche Aufsicht vom Hals zu halten. Die Herren lehnen es ab, zur Vervollständigung amtlicher, statistischer Mitteilungen, Produktionsziffern bekannt zu geben, sie lehnen es auch ab, die Regierungsorgane Einsicht in ihre Geschäftspraxis nehmen zu lassen.

„Und das Kind frug weiter: „War denn Mutter so schön?“

Dann drückte er sie heftig an sich: „Für mich das Schönste auf der Erde! Weißt Du das nicht mehr? Du warst ja schon drei Jahre alt, als sie starb!“ Als er das letzte Wort gesprochen hatte, stocke ihm die Rede plötzlich; ein Frösteln rann durch seine Glieder. Konnte er so einfach von ihrem Sterben sprechen? Er wollte sein liebes Kind doch nicht betrügen. — Die Kleine aber, die eine Weile geschwiegen hatte, sagte jetzt traurig: „Mein Vater, ich weiß gar nicht mehr, wie Mutter aussah!“

„Wir hatten nimmer Geld zu einem Bilde; wir dachten auch nicht an den Tod!“ antwortete John, und seine Stimme bebte; „aber er ist immer bei uns; streck nur den Finger aus, so kommt er schon!“

Die Kleine drückte angstvoll das Köpfchen an seine Brust. „Nein, nein,“ sagte er, „so ist's doch nicht! Du kannst schon Deine beiden ganzen Händchen ausstrecken! Der liebe Gott ist doch über ihm; der hat auch versprochen, daß wir die Toten alle wiedersehen sollen; so lange mußt Du warten.“

„Ja, Vater,“ sagte das Kind, und der kleine Mann drückte sich auf den seinen, „aber Du mußt bei mir bleiben.“

„Wie Gott will.“

— War bei ihrer Nachhausekunft Alt-Mariken noch wach, oder hatte die Hausthürschelle sie wieder aufgeschreckt, dann schalt sie John, die Nacht sei nicht für Kinder, er trage sie noch in den Tod. Er aber sagte dann wohl halb für sich selber: Besser früher Tod, Als spät die Noth!

Da kam jener fürchterliche Winter in den vierziger Jahren, wo die Vögel tot aus der Luft fielen und die

die ihm sonst nicht gekommen wären, und da es meist Verdigungsarbeiten waren, so half seine geschickte Kraft ihm jetzt zu gutem Verdienst. Und eines Sonnabends — das Kind mochte jetzt schon reichlich seine fünf Jahre alt sein — da John am Feierabend einen tüchtigen Wochenlohn vor sich auf den Tisch zählte und dann einen Teil davon zum Mietzins abschied, stand auch Alt-Mariken dabei, und auf die vielen Schillinge niedersehend, sprach sie: „Gieb mir auch etwas davon!“ Als er verwundert aufsaß, fügte sie schmunzelnd bei: „Du glaubst, John, ich will nun auch bei Dir betteln!“

„Nein, Mariken; aber was will Sie?“

„Nur acht Schillinge, um eine Tafel und eine Fibel dafür zu kaufen!“

„Will Sie noch schreiben und lesen lernen?“

„Nein, John, das hab ich, Gott und meinem seligen Vater Dank, nicht nötig! Aber mit Christinnen ist es an der Zeit. Und das soll sie schon von dem alten Weibe lernen; ich war einst meines Vaters beste Schülerin.“

John reichte ihr, was sie verlangte. „Sie hat wohl recht, Mariken,“ sagte er. — Und so lernte Christine diese schwierigen Dinge leichter und um ein paar Jahre früher, als es armen Kindern sonst zu teil wird; und jetzt waren es andere Menschen als früher, nachdenkliche Leute, pensionierte Schullehrer, auch wohl alte Großmütter, die manchmal vor der kleinen Kate ihren Schritt hemmten und mit einem Ausdruck von zärtlichem Weisfall auf das eifrige Kind dort auf der Hausthürschwelle sahen, das, ohne aufzublicken, unachsend der braunen Mädchen, die von der Stirn ihm in die Augen hingen, den Kopf über eine Fibel neigte und alles um sich her vergessend, den kleinen Feigefinger von einem Wort zum anderen rückte, sobald das Mündlein die schwarzen Druckzeichen in den hellen Sprachlaut umgekehrt hatte.

lassen. Das thun dieselben Leute, die am entschiedensten verlangen, daß, wenn drei Arbeiter zusammenkommen, um ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu beraten, eine Gelmspitze dabei sein muß. Die Herren werden wissen, weshalb sie keine staatliche Aufsicht verlangen können, sie wollen ihre, die deutsche Volkswirtschaft schwer schädigende Bländerpolitik nicht erkennen lassen. Wir betonen schon mehrfach, daß die Machinationen der Rohstoffverbände für die weiterverarbeitende und verbrauchende Industrie, die Krise verschärft hat und eine Belebung des Marktes hinauschiebt. Ein solches Urteil fällt nun auch das Unternehmerorgan Industrie in der Nummer vom 23. Juni.

Es wird da zunächst ausgeführt, daß aller Voraussicht nach noch manche Betriebe aus allen Zweigen der Eisenindustrie zum Erliegen kommen werden, daß fortgesetzt Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden müssen. Viele Betriebsleiter haben erklärt, daß wegen des Mißverhältnisses zwischen den Preisen der Rohmaterialien und der Erzeugnisse bei der Produktion nichts zu verdienen sei, „man das beste Geschäft mache und am meisten verdiene, wenn man den Betrieb bis auf bessere Zeiten ganz einstellen würde, aber die Rücksichtnahme auf die Arbeiter und der Verlust der Kundenschaft mache einen solchen Entschluß sehr schwer.“ Es werde aber, wolle man gesunde Verhältnisse herbeiführen, doch zu dem bitteren, aber unvermeidlichen Mittel gegriffen werden müssen. Und die Schuld hieran schiebt das genannte Organ den Rohstoffverbänden zu und bemerkt dazu:

Wir scheuen und nicht, es offen auszusprechen, daß zu diesen durchaus unerquicklichen Verhältnissen die Haltung der Rohstoffverbände viel beigetragen habe. . . . Wir sind keine Gegner der Syndikate und Verbände, weil wir ihre Vorteile zu schätzen wissen. Aber wenn sie solche Folgen zeitigen, und in einseitiger Ausbeutung ihrer eigenen Interessen weite Kreise der Eisenindustrie schädigen, wie in den letzten Jahren, so müssen wir sagen: sie beständen besser nicht. . . .

Herr Vued und Genossen nennen die einseitige Ausbeutung: Schuß der nationalen Arbeit.

Polizei und Unternehmer. Die Arbeiter einer Maschinenfabrik Münter in Auklam waren in einer Versammlung zwecks Gründung einer Zählstelle des Metallarbeiterverbandes erschienen. Durch Denunziation erfuhr der Chef davon; dieser ließ einige der Teilnehmer kommen und verlangte von diesen die Namen der übrigen organisierten Arbeiter. Mund und nekt erklärte dabei Herr Münter: „Die Polizei würde ihm doch mitteilen, wer von seinen Vätern Mitglied des Metallarbeiterverbandes geworden sei, denn die Zählstelle des Verbandes müsse doch polizeilich angemeldet werden.“

Bald darauf mußten sämtliche Arbeiter, die in der Versammlung gewesen waren, einen Revers unterschreiben, nach welchem sie sich verpflichteten, sich keinem Verband anzuschließen. Als beim Unterschreiben des Reverses von einem der Arbeiter gefragt wurde, woher denn die Firma die Namen der Versammlungsbesucher wisse, erklärte der Protokrist: „Die Polizei teilt der Firma alles mit!“ Der Chef fügte hinzu, daß er seinen Arbeitern die Beteiligung an einem sozialdemokratischen Wahlverein nicht verwehren wolle, nur am Metallarbeiterverband dürften sie sich nicht beteiligen.

Aus dem agrarischen Arbeitsverhältnis. Auf einem Gute im Landkreise Königsberg verlangte der Besitzer von seinem Intendanten, daß er seine dreizehnjährige Tochter bei ihm zur Arbeit schicken solle. Der Arbeiter war dazu bereit, wenn der Besitzer für die Arbeit des Mädchens bezahlen wolle. Das tat der Besitzer aber nicht, sondern meinte, der Arbeiter müsse seine Tochter ohne Bezahlung bei ihm arbeiten lassen. Er habe für den Lohn, den er dem Arbeiter zahle, nicht nur dessen Arbeitskraft, sondern auch die der ganzen Familie gekauft. Als nun der Arbeiter seine Tochter nicht mehr zur Arbeit schickte, entließ er ihn und ordnete an, daß die Familie binnen drei Tagen die Wohnung und das Gut zu verlassen habe. Unter ähnlichen Umständen hatte der Besitzer vor ein paar Wochen noch zwei andere Arbeiterfamilien auf die Straße gesetzt. — Im Kreise Fischhausen, auf dem Gute Wülßen, geriet vor kurzem der Besitzer mit der Frau eines Arbeiters auf dem Felde bei der Arbeit in Streit. Er jagte die Frau von der Arbeit. Am Abend teilte der Besitzer dem Manne dieser Frau mit, daß er binnen drei Tagen ziehen müsse, da seine Frau einen großen Mund zu ihm gehabt habe. In beiden genannten Fällen haben die kontraktbrüchigen Besitzer den Arbeitern die Kartoffeln, die allerdings noch in

Reihe erfroren im Walde zwischen den von Schnee gebeugten Bäumen lagen, wo die armen Leute, um mit ihrem leeren Wagen nicht gleichfalls zu erfrieren, in ihre fargen Betten krochen, die in ungeheizten Kammern standen; denn auch die Arbeit war mit eingefroren.

John hatte sein Kind auf dem Schoß; er sann wohl darüber nach, warum in solcher Zeit das Mitleid nicht den Armen Arbeit schaffe; er wußte nicht, daß es an ihm vorbeigegangen war. Die lange nicht gestuhten Haare hingen über seine eingefallenen Wangen; die Arme hielt er um sein Kind geschlungen. Der Mittag war vorüber, wie die zwei leeren irdenen Teller auswichen, die mit Kartoffelschale bedeckt neben einem Salzfaß auf dem Tische standen. Ein kaltes graues Zwieliht war in der Kammer; denn das Tageslicht konnte durch die dick mit Eisblumen überzogenen Scheiben nur kaum hindringen. „Schlaf ein wenig, Christine!“ sagte John. „Schlaf ist gut; es giebt nichts Besseres; es wird auch wieder Sommer werden!“

„Ja,“ hauchte das Kind. „Warte nur!“ und er nahm ein Wollentuch, das Hanna einst getragen hatte, und bedeckte sie damit. „Das ist Mutters Tuch,“ sagte er, „Deine kleinen Füße sind so kalt.“

Sie ließ sich das gefallen und schmiegte sich an den Vater, der vergebens hoffte, daß der Schlaf ihr kommen werde. Er hatte die letzten drei Lorz so vorsichtig in den kleinen Ofen geheizt, aber es war doch zu kalt geblieben. Da schellte die Haustürglocke, und Alt-Mariken trat nach einer Weile in die Kammer. Sie deckte ihre kleinen Augen mit der Hand; denn das graue Zwieliht da drinnen hatte sie geblendet; dann nickte sie den beiden zu. „Das glaube ich,“ sagte sie, „Ihr könnt Euch aneinander wärmen! So gut hat's unserer nicht; denn sieh, John, das Kinderkriegen habe ich nicht verstanden. Nur einmal war's ein totes, aber das zählt ja nicht.“ John blinnte nicht auf. „Da braucht Sie heute auch

der Erde sind, mit Beschlag belegt, so daß sie erst auf Herausgabe derselben klagen müssen. Wenn ein Arbeiter auch nur einen Tag von der Arbeit fortbleibt, dann erhält er sofort vom Amtsvorsteher einen Strafbefehl. Was würde wohl aus der Landwirtschaft werden, wenn die Arbeiter immer von der Arbeit fortlaufen könnten, so fragt voller Entsetzen die bürgerliche Presse. Was aber aus den Arbeiterfamilien wird, die plötzlich vom Besitzer auf die Straße gesetzt werden, danach fragt niemand.

Uebrigens auch ein Beispiel, wie durch die Lieferung der Wohnungen seitens der Arbeitgeber die entsetzlichste moderne Gräueltat erhalten wird.

kw. Aus Gessen, 26. Juni. Die Verhandlungen der Zweiten Kammer in den letzten Tagen betrafen außer den öffentlichen Sparkassen die Pfandbriefbank und die Landesbank. Die Pfandbriefbank soll der Schaffung eines leicht zugänglichen billigen Kredits dienen und die Landesbank entlasten. Dieses Institut ist in der Form einer Aktiengesellschaft gedacht, in der der Staat als Aktionär beteiligt ist; zugleich können sich jedoch auch die öffentlichen Sparkassen und Verbände beteiligen. Eine Vorlage von besonderer Wichtigkeit ist diejenige über die Wohnungsfürsorge für Minderbemittelte, die heute zur endgültigen Erledigung kam. Von unseren Genossen erklärte Ulrich, daß die Sozialdemokraten mit der Vorlage nicht ganz zufrieden seien, daß sie aber in Anbetracht der Geschäftslage auf die Stellung weiterer Entwürfe verzichteten, da ja die Hoffnung bestehe, später auf der Vorlage weiter zu bauen. Die Wohnungs- und Gewerbeinspektion müßten sich ergänzen; vor allem aber sei die Schaffung eines Reichswohnungsamtes und Reichswohnungs-gesetzes anzustreben. Recht interessant war auch eine vom Genossen Ulrich aufgeführte Reminiszenz. Er verwies nämlich auf einen Passus im Ausschußbericht über diese Vorlage, in dem zunächst auf das im Jahre 1893 geschaffene Gesetz über die polizeiliche Beaufsichtigung der Mietwohnungen hingewiesen und dann gesagt war: „Da aber mit diesem Gesetz nicht zugleich auch Maßnahmen getroffen wurden, um für die als unbenutzbar bezeichneten Wohnungen Ersatz zu schaffen, so mußte die Anwendung des Gesetzes häufig dann versagen, wenn für die aus ungeeigneten Wohnungen Auszu-weißenden nicht andere Wohnungen bereit gestellt werden konnten.“ Vor beinahe zehn Jahren (am 17. Februar 1893), bei der Beratung des zuerst erwähnten Gesetzes, habe er schon auf diesen Umstand hingewiesen, als er ausführte: Wenn die Staatsbehörde mit Recht diese oder jene Wohnung für ungenügend, für gesundheitschädlich erklärt, dann haben wir auch die Verpflichtung, zu sagen: indem wir dieses Recht festlegen, hat der Staat auch die Verpflichtung, seinerseits dafür zu sorgen, daß hinreichend gesunde und brauchbare Wohnungen vorhanden sind. Wir können und dann nicht darauf beschränken, abzuwarten, was die Privatthätigkeit in dieser Richtung thun wird, sondern wir haben zu sagen, wenn wir das eine wollen, dann müssen wir das andere eintreten lassen.“ Als er dann dafür eingetreten sei, daß seitens des Staates den Gemeinden die Mittel zur Erbauung derartigen gesunder Wohnungen zur Verfügung gestellt werden müßten, habe man das als sozialistische Zukunftsmusik bezeichnet. Und heute schon habe er die Genehmigung, daß man sich zu seinen damals geäußerten Ansichten zu betonen anfange. Wehrsch wurde der Erbauung von Einfamilienhäusern das Wort geredet, deren Ausführung aber Genosse Cramer bezweifelt infolge der teuren Grund- und Bodenpreise. Ministerialrat Braun bezweifelte die Einführung der Reichs-Wohnungsinspektion, da man derartige Dinge mehr den Einzelstaaten überlasse. Für dringend nötig halte er aber die Mitwirkung der Gemeinden durch Bildung von Wohnungsamtern. Die Regierungsvorlage wurde dann fast einstimmig angenommen.

Erwähnen wollen wir, daß nach der Vorlage Gemeinden aus der Landesbank Darlehenssummen bis zur Höhe des vollen Betrags der Kosten des Erwerbes des Baugeländes sowie für die Bauausführung gewährt werden können und daß für diese Darlehen eine dingliche Sicherheit nicht zu leisten ist. Gemeinnützige Baugesellschaften können derartige Darlehen nur durch Vermittlung der Gemeinden erhalten. Weiter wird den Gemeinden das Enteignungsrecht für solche Häuser eingeräumt, die auf Grund des Gesetzes über die polizeiliche Beaufsichtigung der Mietwohnungen, das nunmehr auch für Orte unter 5000 Einwohner eingeführt wird, für unbewohnbar erklärt werden. Auch die Enteignungssummen können den Gemeinden aus der

nur für sich allein zu frieren.“ sagte er und nahm die kalten Füßchen seines Kindes in seine großen Hände.

„Nun, nun,“ erwiderte die Alte; „ich weiß mir schon zu helfen; Sorge nicht um mich, John! Die alte Senatorin hört gar zu gern die Geschichten von anno damals, vom Hofaktenwinter; und da kann ich aushelfen, John! Die haben mir heute drei Tassen heißen Kaffee eingebracht; da kann man's dann schon wieder aushalten, wo nur der Winter einheizt!“ Sie lachte: „Ihr beiden solltet einmal tanzen! Das hat mir früher so oft geholfen; die Tanzbeine sind mir nun abhanden kommen.“

Da hob das Kind sein Köpfcgen aus den Umhüllungen und sagte: „Vater, morgen ist doch Weihnachten; darf es hier dann nicht ein wenig wärmer sein?“

John sah nur finster auf sie hin; die Alte aber huckte sich neben ihm und der Kleinen zu Boden: „Kind, Gottes Engel!“ rief sie und streichelte mit warmer Hand Stirn und Wangen der Kleinen; dabei griff sie mit der anderen in ihre Tasche und fühlte nach den Schillingen, von denen sie nicht geredet, die sie aber neben dem Kaffee von der Frau Senatorin als Festgeschenk erhalten hatte. „Ja, ja, Christinchen, Sorge nur nicht! Unser Herr Christus hat dazumal auch warm in seinem Kripplein gelegen!“ John schwieg noch immer; das Wort seines Kindes war ihm wie ein Schwert durchs Herz gegangen. Aber vor seinem inneren Auge stand jetzt plötzlich jener einsame Brunnen draußen auf dem Felde; er sah den Bretterjaun im Froste flimmern. Sein alter Arbeitgeber, von dem er ihn einst selbst erbeten hatte, war jahrelang tot; auch sie, um deren Willen es geschah — wen kümmerte das von damals noch? Hatten die Bretter einst sein Weib geschützt, sie konnten nun sein Kind erwärmen! — Das Blut stieg ihm zu Häupten; sein Herz hämmerte heftig.

Das hörte das Kind, dessen Kopf daran lag. „Vater,“ sagte sie, „was klopft so in Dir?“

„Das Gewissen.“

„Fort, fort!“

Landesbank gewährt werden. Als Organe der Wohlfahrts-pflege soll eine Landes-Wohnungsinspektion eingeführt werden, die mit der Sekretärstelle des Centralvereins für Erbauung billiger Wohnungen verbunden werden soll.

Großbritannien.

Die Krankheit des Königs. — Gibraltar.

London, 27. Juni. Der König befindet sich verhältnismäßig wohl und hat neuen Mut gefaßt. Es steht jetzt fest, daß er schon geraume Zeit vor der Krönung erhebliche Schmerzen gehabt hat und selbst unter körperlicher Qual und Gefahr die Cerimonien durchzumachen vorhatte, nur das Publikum über seinen Zustand zu täuschen. Bereits bei seiner Erkrankung in Aldershot am 14. Juni hatte man alle für eine eventuelle Operation nötigen Instrumente dahin gebracht.

Die Morgenblätter zeichnen übereinstimmend die Ansicht der Ärzte, daß die Krönung erst Sonntag eintrete. Die Blätter versichern, daß die Behörden Vorkehrungen treffen, um eine Truppenparade über die Kolonialtruppen zu organisieren, andererseits wird berichtet, daß bei der Rückkehr Kitcheners ein großes Fest stattfinden wird, dem sämtliche Truppen von den Krönungsfeierlichkeiten teilnehmen sollen als Ersatz für den durch die Erkrankung des Königs ausgefallenen Umzug.

Wie es heißt, soll der deutsche Kaiser den Wunsch geäußert haben, selbst nach London zu kommen, um seinen Anteil zu sehen; man habe ihn jedoch gebeten, davon abzusehen.

Nicht überall ist die Einstellung der Krönungsfeierlichkeiten ruhig aufgenommen worden. In Dunsstable, einer Vorstadt Londons, fand ein Protestmeeting gegen den Beschluß statt; dem Mayor wurden die Fenster eingeworfen. In Hempel Hempstead rottete sich die arme Bevölkerung bei der Nachricht, daß für die Festlichkeit bestimmte Rindfleisch nebst sonstigen Vorräten solle verkauft werden, zusammen und warf den Komiteemitgliedern die Fenster ein; der Porzellanladen eines Alderman wurde vollständig zerstört und erst die aus Nachbarorten requirierte Polizei konnte die Ordnung wieder herstellen. In Newton erregte der Beschluß, daß die Kinder den Krönungsstee nicht erhalten würden, Tumult, bis um Mitternacht ein Aufruhr die Zurücknahme des Beschlusses bekannt gab.

Daily Mail meldet, daß in Gibraltar ein Aufstand ausgebrochen ist. Die Verpflegung der Truppen wird dadurch bedeutend erschwert. Man fürchtet weitere Ausbrüche von Unruhen.

Rußland.

Die keine Grenzen kennenden russischen Grenzwächter. — Eine Befreiung.

N. Schon beim Passieren der russischen Grenze läßt sich die grenzenlose Rohheit der russischen Beamten feststellen. Nicht selten werden die unschuldigen Passanten von den Gendarmen einer schamlosen Durchsuchung unterworfen. Sie werden durch diese Prozedur viele Stunden aufgehalten, und wenn zufälligerweise bei jemandem illegale d. h. sozialistische Literatur gefunden wird, so wird der Unglückliche, wenn er nicht schon vorher von den Gendarmen zu Tode erdroffelt wird, ins Gefängnis geworfen, um dort lebendig begraben zu werden. Bekanntlich wurde unlängst in der Nähe der Grenze ein junger Mann, den man mit illegaler Literatur erkappt hat, tot mit deutlichen Spuren der Erdrückung aufgefunden. Bei der besonders hohen Belohnung, die die Regierung für das Finden von illegaler Literatur ausgestellt hat, ist es kein Wunder, daß die Rammonsknechte sogar vor Leichenschändung nicht zurückweichen. An der Grenze bei Krotkigen, Gouvernement Kurland, wurde unlängst ein Serg aufgemacht und die darin sich befindende Leiche des Fürsten Dginaki einer sorgfältigen Durchsuchung unterworfen. Die Grenzwache scheint aber nicht nur die von der Natur bedingte Grenze von Leben und Tod nicht zu kennen, sondern sie überschreitet sogar im eigentlichen Sinne des Wortes die Grenzen ihres eignen barbarischen Reiches. Auf deutschem Boden haben unlängst russische Gendarmen in russischer Uniform mit Begleitung eines deutschen Gendarmen eine Reihe von Hausdurchsuchungen nach illegaler Literatur in deutschen Gasthäusern unternommen.

In Roslawl (Gouvernement Smolensk!) überfielen die Arbeiter das brüliche Gefängnis und befreiten 10 politische Gefangene.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

es. Plauen i. S., 26. Juni. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich heute Genosse Albert als verantwortlicher Redakteur des Sächsischen Volksblattes zu verantworten, weil er den Baumeister Anders beleidigt haben soll. Albert hatte eine Notiz gebracht, nach der infolge Verweigerung schlechten, zu mageren Mörkels ein Giebel eines Gebäudes während der Nacht eingestürzt sei. Er sei in höchster Eile wieder aufgebaut und der andere durch Verankerung vor dem drohenden Einsturz bewahrt worden. Der angeklagte Genosse giebt zu, die Notiz nach Angaben seiner Gewährsmänner geschrieben zu haben, doch habe er hierbei nur die Interessen der am Bau beschäftigten Arbeiter im Auge gehabt. Den Baumeister Anders, der gar nicht genannt worden sei, habe er nicht beleidigen wollen. Zwei als Entlastungszeugen vernommene Maurer gaben an, daß das Material tatsächlich zu mager gewesen sei und daß sich durch das Segen der Mauer Sprünge gebildet hätten. Der Einsturz sei jedenfalls durch das schlechte Material und infolge des Frostes geschehen. Der vernommene Sachverständige Professor Vogel spricht sich gegenteilig aus. Ein vernommener Architekt meint, daß der Einsturz auch ein Racheakt der Arbeiter gewesen sein könnte, die zu der Zeit mit dem Arbeitgeber Differenzen gehabt hätten — oder der gerade herrschende Sturm habe die Mauer umgeworfen. Albert plädiert für Freisprechung und Anwendung des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen). Er wird jedoch zu zwei Wochen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Bei Vermessung der Strafe sei berücksichtigt worden, daß Albert schon siebenmal vorbestraft sei.

Eine andere sich gegen Genossen Albert richtende Beleidigungsklage, die von einigen Fabrikanten in Delbitz i. B. angehängt ist, wurde, da Albert Beweisanteile stellte, verlag.

Groitzsch. Nächsten Sonntag wird hier unser neuer Kandidat für den 14. Reichstagswahlkreis, Genosse Georg Schöpfflin, über das Thema: Zehn Jahre Reichspolitik auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete, referieren. Es ist das erste Mal, daß er bei uns spricht; deshalb wird es wohl auch nur dieser Anregung bedürfen, um die hiesige Arbeiterkassen zu zahlreichem Besuche zu veranlassen. Gleichzeitig sei nochmals darauf hingewiesen, daß nächsten Sonntag die neue Zeitung in Waffenaufgabe vertritt. Es muß deshalb Ehrenpflicht eines jeden Genossen sein, sich an dieser Verbreitung zu beteiligen.

Hierzu zwei Beilagen und die Romaneilage,

! Achtung! !

Der grosse Schuhwaren-Ausverkauf

Nr. 4 Kolonnaden-Strasse Nr. 4

im früheren Ernst Müllerschen Konkursladen hat begonnen.

Günstigste Gelegenheit für Ferien- und Familien-Einkäufe.

Stauend billige Preise!

! Dauer nur bis 15. September. — Jeder Käufer erhält beim Einkauf im Werte von 4 Mark 20 Pfennige Strassenbahn-Vergütung. !



Alfred Grüntzig
Reudnitzer Schuhhaus
51 Dresdener Str. 51

Grösste Schuhwaren-Lager

Leipzigs.

4067] Nebenstehende Firmen führen nur die seit 20 Jahren bekannten, mit dem Ehrenpreis der Stadt Leipzig im Jahre 1897 ausgezeichneten Fabrikate der renommierten Schuhfabrik

Herm. Gelpcke
15 Königsplatz 15
Telephon 5345. Café Royal.



Billige Preise.



Gotthard Enke
Zwenkau.



Steter Eingang von Saison-Neuheiten.



Reelle Bedienung.

Paul Rose
Tauchaer Strasse
(Krystall-Palast)
u. Gerberstr. 23

Carl Kretzschmar
29 Eisenbahnstrasse 29
Leipzig-Neustadt.

Curt Hanko
(früher Niese)
15 Grimm. Steinweg 15
Goldenes Einhorn.

Coburger Hof.

Teleph. I, 488. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 488.
Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokalitäten zur gefälligen Benützung. Feine Köchlein-Regelbahn, Billard.
Empfehle meinen guten preiswerten Mittagstisch inkl. Bier 50 Pfg., Stammb. zu jeder Tageszeit. Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise.
50 gute Betten zu soliden Preisen. Hochachtungsvoll **Kannoglosser.** [8392]

Restaurant Eulitz

24 Rothenstraße 24.
Angenehmer Aufenthalt. Flotte Bedienung.
Hochfeine Speisekartoffeln
à Str. 1.85 Mt., 10 Pfd. 25 Pfg., bei größeren Posten billiger.
Rob. Höppner, Lindenau, Auroellensstr. 37

Kamerun. Restaurant

Leipzig-Plagwitz
Nonnenstraße 52.
Freundl. Lokalitäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabend Schweinsknochen, Sonntag Spektakel. Hochachtungsvoll H. Röhler.

Stadt Hannover.

H. Rödderich, Seeburgstraße 25-27. [1712]
Empfehle den geehrten Gewerkschaften meine Lokalitäten, Vereinszimmer u. Saal von 20 bis 300 Personen fassend. Vorzügliche Küche, Mittagstisch, Abendstamm (kleine Preise). Beste Biere. Schöne Fremdenzimmer, saubere Betten.

Mehreichte Speisekartoffeln

10 Pfd. 20 Pfg., à Str. 1.85 Mt.
Rob. Funke, Lind., Ecke Gumb. u. Wettinerstr.

Restaurant Vater Jahn Plagwitz

Mühlenstr. 9.
5576] **Neu renoviert!**
Empfehle meine nunmehr vollständig neu renovierten Lokalitäten. Angenehmer Aufenthalt. Schöner handfreier Garten. Gutgepflegte Biere. Desgleichen gute Speisen. Achtungsvoll **Siegel Paul.**

Bürgergarten Brüderstr. No. 11
(Inh.: Max Trentö)
empfehle vorzügl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen.
H. Lager und Bayerisch Bier, Dänischer Gose etc.
Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

Hochfein sind Schinken
und Würst von
Hause Nachfolger, Südplatz 5.
Frischen Schellfisch
Pfund 15 Pfg.
empfehle **Robert Funke**
5603] Lind., Ecke Gumb. u. Wettinerstr.

4 Linden, Markranstädt
empfehle meine freundlichen Lokalitäten, handfreien Garten, Köchlein-Regelbahn, franz. Billard, ff. Speisen und Getränke. Mit Gruß **Wilhelm Rühr.**

Hain-Str. 19 **Kaiser-Keller** Fr. Hornig.
Sehenswertes Kulmbacher Bierlokal I. Ranges.
Reichhaltige der Saison entsprechende Speisekarte zu kleinen Preisen.
Hochfeines Rizzibräu. [5840]

Schweizer für Herren
gibt billigt ab die Fabrik [8988]
Weststrasse 67, pt.

Marienbad
L.-Neuschönfeld
Eisenbahnstrasse 66
Telephon: Nr. 848.
Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet

Restaurant Körnerschlösschen Körnerstrasse 36.
Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen. [1814] Achtungsvoll **Alfred Dietze.**

Lehr-Uhr
TICK-TACK
praktisches Geschenk und nützliches Lehrmittel für die Jugend. — Alle Teile einer Uhr werden zerlegt geliefert und sind ohne Werkzeug zu einer gangbaren Uhr zusammenzustellen.
Preis Mk. 3.50 mit Anweisung.
Gustav Kaniss, Tauchaer Str. 6.

Die Restbestände des Konkurs-Möbel-Lagers

aus der E. Freyerschen Konkursmasse herrührend, kommen von jetzt nebst anderen Möbeln, Spiegeln u. Porzellanwaren und einigen besseren Ausstattungen zu enorm billigen festen Preisen von 8 bis 1/2 Uhr, nachmittags 2 bis 8 Uhr in N.-Neustadt, Eisenbahnstraße Nr. 11, zum Verkauf. [4677]

Restaurant zum Feldschlösschen, Brandvorwerkstrasse 48.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten, schönen Garten. Speisen und Getränke in bester Güte. Dazu ladet ein **Max Bracke.**

Bruno Sorge
Kleinzschöcher
Grosse Auswahl. Preise billig.

Bis 5ten Juli abends
überlässt mir der neue Mieter das Lokal.
Die noch bedeutenden Vorräte in
Herren- und Knaben-Garderobe
sowie **Schuhwaren**
verkaufe ich diese letzten Tage spottbillig.
7 Nürnberger Str. 7. **J. Joske.**

Morgenröte, Restaurant Hauptmannstrasse 7.
Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend Schweinsknochen und Speckkuchen. Achtungsvoll **Richard Geidel.**

Lehr-Uhr
TICK-TACK
praktisches Geschenk und nützliches Lehrmittel für die Jugend. — Alle Teile einer Uhr werden zerlegt geliefert und sind ohne Werkzeug zu einer gangbaren Uhr zusammenzustellen.
Preis Mk. 3.50 mit Anweisung.
Gustav Kaniss, Tauchaer Str. 6.

Zur Amsel, Leipzig-Gohlis
Rödersche Str. 2, Breitenfelder Str.
Inh.: **Hermann Schlegel.**
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Mittagstisch, ff. Rühlschauer Lagerbier, Dänischer Gose, Pilsbräu. Jeden Sonnabend Schweinsknochen, Sonntag Spektakel. [2449]

Lehr-Uhr
TICK-TACK
praktisches Geschenk und nützliches Lehrmittel für die Jugend. — Alle Teile einer Uhr werden zerlegt geliefert und sind ohne Werkzeug zu einer gangbaren Uhr zusammenzustellen.
Preis Mk. 3.50 mit Anweisung.
Gustav Kaniss, Tauchaer Str. 6.

Saxonia, L.-Plagwitz
Zooschochersche u. Schmiedestr.-Ecke.
Freundliches Lokal.
Speisen und Getränke:
Kräftiger Mittagstisch:
(nach Wahl) ...
[4678] Wie gewohnt, wie sonst, wie sonst
Georg Schröder.
Es ladet freundlichst ein

CIGAREN-Fabrik empfiehlt ff.
4 3/4 Cig., 100 Stück
2.20 M., ff. 5 3/4 2.80 M., ff. 6 3/4 3.60 M.
Bismarckstr. 47 sowie Antonstr. 18.

Telegramm!!!
Neschling, Nicolaistraße 20.
Die kaufen Ihre Schuhwaren verhältnissmäßig billig bei
Bitte auf Firma und Hausnummer genau zu achten.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Jarch in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Ans Sachsen und den Nachbargebieten.

Vom Jahresbericht der Dresdener Handelskammer für das Jahr 1901 ist soeben der zweite Teil erschienen, der all-gemeininteressierende Bemerkungen über das Dresdener Wirtschaftsleben enthält. Daß auch für den Kammerbezirk Dresden eine weitere rückgängige Bewegung des ganzen Wirtschaftslebens...

Ueber die Arbeiterverhältnisse läßt sich der Bericht folgendermaßen aus:

Durch den starken Rückgang in der Industrie wurden natürlich auch die Arbeiter sehr empfindlich betroffen. Die Zahl der wegen Mangel an Beschäftigung entlassenen Arbeiter dürfte auch im Kammerbezirk, namentlich im Baugewerbe und in den damit zusammenhängenden Industriezweigen, dann vornehmlich in der Maschinenindustrie, ziemlich erheblich sein.

Aus diesen Anfassungen geht hervor, daß sich die Lage der Arbeiter ganz erheblich verschlechtert hat. Es wird weiter festgestellt, daß weite Volkskreise unter der verminderten Kaufkraft der Arbeiter zu leiden hatten. Der Fleischverbrauch ging in Dresden wesentlich zurück.

Der Bericht sagt auch, daß dieser wirtschaftliche Krach viel schneller und unvermittelter eingetreten ist, als der große Ernüchterung in den 70er Jahren. Am Schluß wird noch darauf hingewiesen, daß es wünschenswert erscheine, wenn endlich Gewißheit darüber geschaffen werde, daß wir wieder gute Handelsverträge mit den anderen Ländern bekommen, eine Hoffnung, die bekanntlich die Agrarier mit heißem Verlangen zu schauen zu machen suchen.

Die bekannte Leipziger Schularzt-Angelegenheit macht Schule. In Radebeul ist Herr Dr. Baumert zum Schularzt gewählt worden. Er ersuchte darnach, wie das die ärztliche Standesordnung vorschreibt, den ärztlichen Bezirksverein...

Kleine Chronik.

Leipzig, 27. Juni.

Thünen-Archiv. Thünens (1788-1850) Forschungen über die Grundrententheorie, sowie über die Theorie von dem "natürlichen Verhältnis" zwischen Kapitalgewinn und Arbeitslohn, von dem anderen abgesehen, haben für uns Sozialisten, wie man weiß, einen gewissen bleibenden Wert, nicht in ihren positiven Ergebnissen, sondern vor allem in ihrer Methode, die sie hoch aus der bürgerlichen Vulgarökonomie heraushebt.

Der gesamte Nachlaß Joh. Heinr. v. Thünens ist von dessen Enkel Alexander v. Thünen vor kurzem dem staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Rostock als Grundstock eines mit diesem zu verbindenden Thünen-Archivs gestiftet worden. Der Stifter hat die Bedingung gestellt, daß dieses Archiv auf eine würdige Weise aufbewahrt, geordnet, übersichtlich registriert und der wissenschaftlichen Benutzung bequem zugänglich gemacht werde.

Es ist sehr erfreulich, daß der wissenschaftliche Nachlaß auf diese Weise centralisiert ist, so daß die systematische Forschung wesentliche Erleichterungen erfährt. In unseren Reihen ist man ja leider auch erst spät zu der Einsicht gekommen, wie absolut notwendig die Unterstüßung centralisierender Bestrebungen auf dem Gebiete der sozialwissenschaftlichen Forschung und Darstellung ist.

Alfreds Beethoven ist in Düsseldorf eingetroffen. Der Künstler wird die Aufstellung seines Wertes, das in der Apfs des großen Saales im Kunstpalast Platz finden soll, selbst leiten.

Ein neues Element - Victorium. Der bekannte englische Physiker Sir William Crookes hat laut einer Mitteilung, die er an die Londoner Royal Society hat gelangen lassen, wiederum ein neues Element entdeckt, dem er, in Rücksichtnahme auf den "Sieg" seiner Landsleute in Südafrika, den Namen Victorium gegeben hat. Nach den wenigen kurzen Andeutungen, in die sich Crookes vorberhand eingelassen hat, ist das Victorium ein hellbraunes Metall, das sich in Säuren mit Leichtigkeit löst, ein bestes Atomgewicht zu 117 annehmen ist. Zwischen den Elementen Nitrium und Terbium bildet das neuentdeckte Element ihren chemischen Eigenschaften nach eine Art Ubergangselement. Die Photographie des Spektrums zeigt gewisse, sehr scharfe Linien, die noch bei keinem anderen Körper beobachtet worden sind, und außerdem in der ultravioletten Gegend charakteristische Strahlen.

Dresden-Land um Genehmigung des diesbezüglichen Vertrags. Der Verein lehnte aber angeichts der zu erhebenden Verpflichtungen des Schularztes in Verbindung mit der geringen Höhe des Honorars die Genehmigung ab. Dem Gesuchsteller wurde aufgegeben, statt der vorgeesehenen 200 Mk. Honorar 300 Mk. zu fordern.

Hier ist also zur Abwechslung wieder einmal Geld die Hauptsache. In einer kürzlich abgedruckten Erklärung des ärztlichen Bezirksvereins Leipzig-Land hieß es bekanntlich: „Der Grundsatz, daß gut ist, was Geld einbringt, darf nach unserem Dafürhalten nicht den Ausschlag geben“.

x. Beamte, die keine Steuern bezahlen. Die Gendarmen, die das Glück haben, in Bohmen bei Pirna stationiert zu sein, können sich gratulieren. Als dieser Tage ein Genosse Gelegenheit hatte, Einblick in die Gemeinbeanlagen-Bücher zu nehmen, sah er zu seinem Staunen, daß die Herren Gendarmen seit mehreren Jahren keine Gemeinbeanlagen bezahlt hatten. Als er den Gemeindevorstand deshalb interpellierte, meinte dieser ganz trocken: „Das sei schon seit den siebziger Jahren Mode!“ Unser Genosse werden sich dabei natürlich nicht beruhigen.

Saatenstand in Sachsen. Die Witterung Mitte Mai bis Mitte Juni war für die Entwicklung sämtlicher Pflanzen günstig und hat den Stand aller Saaten gegenüber dem Vormonat fast überall wesentlich gebessert. Bis zum 25. Mai war die Witterung immer noch sehr kühl. Von da an stieg die Temperatur jedoch bedeutend. Es herrschte bis 5. Juni sehr warmes bis heißes, klares, sonniges Wetter. Vom 5. Juni an traten mehrfach Gewitter auf, die eine Abkühlung, sowie mäßige Niederschläge zur Folge hatten. Am 13. und 14. Juni stellte sich in den meisten Teilen des Landes auch der gewünschte durchdringende Regen ein. Das Wintergetreide hat sich sehr erholt und zeigt im allgemeinen einen guten Stand.

Der Roggen, der sich verhältnismäßig noch gut entfaltete, blüht zumeist schön; hier und da hat er sich gelagert. Die Berichte über den Stand des Roggens aus den höheren Landesteilen lauten im allgemeinen nicht so günstig als die aus den niederen; dort ist der Roggen zum Teil kurz im Stroh geblieben. Der Mais hat meist reichlichen Fruchtansatz; es wird jedoch wegen der langen Blütezeit Zweiwüchsigkeit befürchtet. Das Sommergetreide hat sich von dem durch die im Mai aufgetretenen Nachtfröste verursachten Schäden nicht in gleichem Maße erholt, wie das Wintergetreide, jedoch hat sich der Stand auch hier im Vergleich zum Vormonat gebessert. Mancherorts litt das Sommergetreide durch die herrschende große Hitze. Vielfach wird über starke Verunkrautung durch Gleditsch und Disteln geklagt. Die Kartoffeln gehen meist erst auf, jedoch oft sehr lückenhaft, was auf das lange Liegen der Knollen in der Erde während der kalten Periode im Mai zurückzuführen wird. Die Frühkartoffeln stehen gut. Die gedrückten Kunkel- und Judertrüben sind infolge der kalten Witterung im Mai ebenfalls lückenhaft aufgegangen. Mit dem Pflanzen der Kunkeltrüben ist man noch beschäftigt; das Wetter ist hierzu günstig, jedoch fehlt es oft an Pflanzen, da die kalte Witterung im Mai die Entwicklung derselben gehemmt hat. Der Klee hat sich infolge der fruchtbaren Witterung noch günstig entwickelt. Der junge, in die Halmfrüchte eingetäte Klee ist dagegen zum Teil erfroren und es mußte vielfach die Einsaat wiederholt werden. Die Wiesen versprechen nur eine Mittelernte. Es fehlt viel Untergras. Die Heuente hat in einzelnen Bezirken begonnen. Von tierischen Schädlingen treten in manchen Bezirken, besonders in Ribbenfeldern, Engerlinge, Larven des Kaschkäfers und Drahtwürmer, letztere auch im Hafer und in der Gerste auf. Aus den Bezirken 9 und 31 wird über eine Erkrankung des Roggens, aus Bezirk 73 über Absterben der Roggenähren, verursacht durch eine Insektenlarve, berichtet. In den Bezirken 17 und 73 trat am 5. Juni Hagelschlag auf. Der Schaden betrug im Bezirk 73 zwischen 10 und 90 Proz. Im Bezirk 33 ist am 13. Juni etwas Hagelschlag aufgetreten. Im allgemeinen ist die Entwicklung sämtlicher Pflanzen um zwei Wochen gegen andere Jahre zurück.

m. Dresden, 26. Juni. In den Fall Krojigt wird man durch eine Strafsache erinnert, die vor dem hiesigen Kriegsgericht der 1. Division Nr. 23 zur Verhandlung gelangte. Der 1869 zu Röderrbach bei Delsnitz i. B. geborene Schmied und jetzige Vicewachtmeister Adam Richard Roth von der 2. Compagnie des 1. Trainbataillons Nr. 12 stand unter der Anklage der Verleumdung eines Vorgesetzten. Die Ende Mai d. J. erfolgte Ernennung des Vicewachtmeisters Mlosche zum etatsmäßigen Wachtmeister in der dritten Compagnie des Trainbataillons scheint im Unteroffizierscorps des genannten Truppenteils eine gewisse Erregung hervorgerufen zu haben, weil vier im Dienst ältere Unteroffiziere bei dieser Beförderung überprungen worden waren. Am 31. Mai erhielt nun der Bataillonskommandeur Oberst Ehrenberg einen anonymen Brief, in dem es in Bezug auf die Beförderung der Wachtmeisterstelle u. a. hieß: „Das ist sehr schön, und was die Unteroffiziere und Mannschaften darüber thun und denken, das wird sich ja finden. Es giebt ja noch einen Reichstag und noch etwas anderes. Stolz können Sie sein auf Ihr Unteroffizierscorps, aber Sie sind sie (soll heißen: Unteroffiziere) nicht wert. Bieleicht ist auch noch für Sie ein Baum im Priechnitgrunde gewachsen, wo Sie Ihrem Gewissen nicht mehr Rechenschaft zu geben brauchen, wie es schon manchem anderen ergangen ist. Der Herrgott läßt seine Sonne scheinen über böse und gute Menschen, aber Sie sind sie nicht wert. Ein alter gedienter Trainunteroffizier.“ Roth soll sich nun durch sein eigentümliches Verhalten verdächtig gemacht haben, auch gehörte er zu den vier überprungenen Unteroffizieren. Der anonyme Brief ist dann von einem Schreibschaffverständigen mit einer von dem Angeklagten herrührenden Meldung verglichen worden. Der Sachverständige erklärt, daß niemand anders als Roth der Briefschreiber sein könne. Der dienstälteste Wachtmeister Schmidt hat ebenfalls die Handschrift als diejenige Roths bezeichnet. Der Angeklagte war in seinen Aussagen sehr unbestimmt. Auf wiederholtes Befragen, ob er der Thäter sei, antwortete er wiederholt, er sei sich nichts bewußt. Zu dem Schreiben eines solchen Briefes habe er gar keine Veranlassung gehabt, da er im

Herbst sowieso den Rod des Königs anszichen wollte, da er Ausstich hatte, vom Justizministerium als Gefangenenaufseher angestellt zu werden. Auch die übrigen drei überprungenen Unteroffiziere waren bereits mit dem Civilversorgungsschein versehen. Versehen sei er ebenfalls nicht mit dem Oberst gewesen. Alle Versuche, ein Geständnis von dem Angeklagten und seine Beweggründe zu erlangen, waren erfolglos. Wie vorauszusehen, kam das Gericht zur Verurteilung des Angeklagten. Das Urteil lautete wegen sich als Drohung darstellender Nötigungsverletzung in Idealkonkurrenz mit Verleumdung eines Vorgesetzten in Bezug auf eine dienstliche Handlung auf vier Monate Gefängnis und Degradation. Roth, diente das 13. Jahr, ist unverheiratet, muß aber monatlich 6 Mk. Alimante bezahlen; er will Verurteilung einlegen.

e. Chemnitz, 25. Juni. In ungemein stark besuchter außerordentlicher Generalversammlung des Allgemeinen Konsumvereins wurde gegen nur 6 Stimmen nach dem Vorschlage der Gesamtverwaltung beschlossen, ein Hausgrundstück zum Preise von 65 000 Mk. am Antonspfad anzukaufen und an seiner Stelle einen Neubau, der mit 105 000 Mk. veranschlagt ist, für Geschäftszwecke des Vereins zu bauen. Weiter wurde an Stelle des nach Waidau gewählten Magazinverwalters Lorenz der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrats E. Hausold von vier vorgeschlagenen Kandidaten mit Mehrheit gewählt. Weiter berichtete der Vorsitzende des Vereins, K. Reimann, über das Projekt des Baues einer eigenen Bäckerei; der Plan nähert sich demnach bald seiner Vollendung. Die Bäckerei soll auf dem dem Verein gehörigen Grundstück an der Markusstraße zu stehen kommen, mit fünf Oefen ausgestattet und mit elektrischem Betrieb eingerichtet werden. Schließlich wurde noch bekannt gegeben, daß auch der Kassierer dem Verein den Rücken kehrt. Die Stelle soll ausgeschrieben werden.

Chemnitz, 26. Juni. Die Saalbesitzer und Musikdirektoren von Chemnitz haben in einer Zusammenkunft Stellung gegen die Bestimmungen der Landbestrauer genommen und beschlossen, eine Deputation mit einer Petition nach Dresden zu entsenden, die der Regierung über dem Müßigkeit unterbreitet werden soll. Die Petition streben die Freigabe des Sonntagnachmittags an. — Man sieht, wie empfindlich sich die Landbestrauer bemerkbar macht. Natürlich ist gar keine Aussicht, daß dem Gesuch werde stattgegeben werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Auf einer Rahlour verunglückte der 23jährige Fabrikarbeiter Bergner aus Chemnitz, indem er in der Nähe von Oberbösa infolge eines durch seine eigene Schuld (er hatte durch übermäßiges schnelles Fahren die Herrschaft über sein Rad verloren) herbeigeführten Zusammenstoß mit einem anderen Radfahrer in den Schaufelgraben stürzte und dabei einen Bruch der Wirbelsäule erlitt. Bergner starb nach wenigen Stunden. — Aus Plauen wird berichtet: In der letzten Nacht wurden nach dem 1 Uhr 17 Min. auf dem oberen Bahnhof ein-treffenden D-Zug München-Berlin, der mehrere Fürstlichkeiten nach Dresden führte, in der Nähe der Station Reuth Steine geschleudert. Im Zuge saßen u. a. Prinz Ludwig von Bayern, Herzog Karl Theodor von Bayern und die Herzöge von Urach und von Württemberg. Die Steine flogen durch das Fenster des letzten Coupes. Verletzt wurde niemand. Der Urheber des Unfalls ist noch nicht ermittelt. — In Gommern bei Pirna sind, dem Pirnaer Anzeiger zufolge, zwei Typhusfälle vorgekommen, von denen der eine tödlich verlief; die 14 Jahre alte Helene Maul ist an dieser Krankheit gestorben, während das achtjährige Kind der Familie Lomatsche noch krankeleiert. Von ärztlicher Seite wird angeraten, das Trinkwasser, dem man die Ursache dieser Erkrankungsfälle zuschreibt, nur in abgekochtem Zustande zu genießen.

Salle a. S., 26. Juni. Die Reichschen Montanwerke haben in der Generalversammlung die Verteilung von 12 Proz. Dividende beschlossen. Mitgeteilt wurde, daß die Paraffinprodukte noch immer unter den ungünstigen Marktverhältnissen leiden, daß aber der Kohlen- und Bricketabatz „außerordentlich befriedigend“ sei, allerdings bei ermäßigten Preisen. Der Bestand an noch abzubauenen Kohlen wurde nach niedrigster Schätzung auf 1500 Mill. Hektoliter angegeben, so daß der Betrieb auf länger als 40 Jahre noch gesichert sei. Die Gesellschaft hat im letzten Jahrzehnt rund 14 Mill. Mark Dividende an ihre Aktionäre verteilt, außerdem ihr Vermögen um viele Millionen erhöht. Für das vergangene Jahr werden vom dem Reingewinn 1 440 000 Mk. an die Aktionäre verteilt. Jeder der reichlich 3000 Arbeiter der Gesellschaft hat zu diesem Gewinn über 400 Mk. beigetragen. Es lebt sich also nicht schlecht in den Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Elends, wenn man — andere für sich arbeiten lassen kann.

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank vor dem Schwurgericht.

(Unberechtigt Nachdruck verboten.)

f. Leipzig, 26. Juni 1902.

Neunter Tag der Verhandlung. (Schluß.) Nach Wiederaufnahme der Verhandlung verliest der Vorsitzende eine Korrespondenz, wonach die Direktion der Treber-Gesellschaft der Leipziger Bank mitteilt, daß sie der Bank 400 000 Lire italienische Obligationen überweise. Der Betrag von 312 000 Mark werde am 1. Mai 1899 pünktlich eingehen. Der Vorsitzende bemerkt: Es handle sich dabei wiederum um ein Geschäft, das auf den März zurückdatiert war, obwohl es erst im Mai perfekt wurde. Cyner: Es lagen hier dieselben Umstände zu Grunde, wie bei dem vorigen Geschäft.

Die Sachverständigen erklären auch diese Buchung für falsch. — Angeklagter Dr. Genßben, die sie von anderen Angeklagten bemerkten auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie von dieser Buchung keine Kenntnis hatten. — Sachverständiger Professor Lambert (Frankfurt a. M.): Die Bilanz am 31. März war vollständig richtig, die Fälligkeit begann erst am 7. Juni, als die Beträge der italienischen Gesellschaft belastet und der Treber-Gesellschaft gutgeschrieben wurden.

Die anderen Sachverständigen schätzen sich dieser Ausführung an. — Angeklagter Cyner bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden: Wir betrachteten alles was wir von der Treber-Gesellschaft in Denot bekamen, als eine erhöhte Sicherheit für unsere Forderungen. — In weiteren Verlauf bemerkt der Angeklagte Cyner auf Befragen des Vorsitzenden: Die Treber-Gesellschaft wollte die Tochterwerte nicht verkaufen lassen, da sie der Meinung war, daß, wenn die betreffenden Werte in Betrieb kommen, ein bedeutender höherer Kurs zu erzielen sei. Inzwischen wünschte aber die Treber-Gesellschaft zur Fertigstellung der Tochtererabilliments Geld. Deshalb schlug die Treber-Gesellschaft die Bildung eines Trustfortiums vor, das für 5 Millionen Werte zu übernehmen hatte. Zu diesem Trustfortium gehörte die Leipziger Bank mit 3 Millionen. Die Treber-Gesellschaft ver-

pflichtete sich, diese Werte zu einer gewissen Zeit und einem höheren Kurse gegen entsprechende Verzinsung zurückzunehmen.

Sachverständiger Direktor Herrmann: Er müsse doch dagegen Verwahrung einlegen, diese von Exner geschuldeten Geschäfte als Reportgeschäfte zu bezeichnen, die im Bank- und Börsenverkehr täglich vorkommen.

Sachverständiger Kommerzienrat Haupt: Die von Exner geschuldeten Reportgeschäfte seien jedenfalls als ein Umstum zu bezeichnen.

Sachverständiger Kommerzienrat Stiesing: Die von Exner geschuldeten Reportgeschäfte konnten nur von solch genialen Leuten wie Exner und Schmidt gemacht werden.

Ferner wurde von der Treiber-Gesellschaft der Leipziger Bank eine Forderung der Kasseler Gesellschaft von 5100000 Mk. überwiesen.

Der Angeklagte Exner bemerkte: Er habe der Gründung der Belgischen Gesellschaft beigewohnt.

Sachverständiger Kommerzienrat Haupt bemerkte: Das auf Treuhänder gegebene Geld müßte auf das Treuhänder-Konto so lange geschrieben werden, bis die Treiber-Gesellschaft ihre Verpflichtungen gegen die caissio commerciale erfüllt hätte.

Vorsitzender: Sie werden doch aber zugeben, daß dadurch die Leipziger Bank wieder von Neuem belastet wurde?

Vorsitzender: Herr Dr. Genßsch, Sie haben auch der Beteiligung an dem belgischen Werke zugestimmt, obwohl Sie schon im Sommer 1898 sagten: Sie haben keine ruhige Minute mehr?

Vorsitzender: Herr Dr. Genßsch, Sie haben auch der Beteiligung an dem belgischen Werke zugestimmt, obwohl Sie schon im Sommer 1898 sagten: Sie haben keine ruhige Minute mehr?

Die Angeklagten Wölfer und Mayer schließen sich diesen Ausführungen an.

3. Leipzig, 27. Juni 1902. Sechster Tag der Verhandlung.

Auch heute sind der Anhörraum und die Tribünen von einem zumeist aus Damen bestehenden Publikum gefüllt.

Vorsitzender: Unsere Zeit ist allerdings sehr gemessen, der Gerichtshof wird aber den Antrag in Erwägung ziehen.

Vorsitzender: Unsere Zeit ist allerdings sehr gemessen, der Gerichtshof wird aber den Antrag in Erwägung ziehen.

reihen. Die verschiedenen Aufsichtsratsmitglieder berichteten über ihre Reise Zweck Bestätigung der Werte in Bosnien, Ungarn etc.

Angeschlagter Exner bemerkte auf Befragen des Vorsitzenden: Er sei zwei Tage in Nantes gewesen.

Auf Ansuchen des Vorsitzenden äußert sich alsdann Angeklagter Exner über die Gründung des russischen Werks.

Vorsitzender: Sie haben gerade in Bosnien die Ueberzeugung erlangt, daß das Bergmannsche Verfahren sich ganz außerordentlich bewähre.

Angeschlagter Wölfer: Der verstorbene Konsul Sachsenröder (Vorsitzender des Aufsichtsrats der Aktien-Gesellschaft Leipzig Bank) war, infolge seiner bosnischen Reise, von dem Bergmannschen Verfahren so begeistert, daß er einen großen Posten bosnischer Aktien zu kaufen wollte.

Vorsitzender: Sie haben gerade in Bosnien die Ueberzeugung erlangt, daß das Bergmannsche Verfahren sich ganz außerordentlich bewähre.

Es kommt ferner zur Sprache, daß von der Gesellschaft auf die Schweinfurter Gesellschaft gegebene Wechsel, sowie Wechsel von den Aufsichtsratsmitgliedern der Treiber-Gesellschaft persönlich an die Leipziger Bank gegeben worden seien.

Hierauf gelangt ein „vertraulicher“ Brief Schmidts vom 28. April 1899 an die Leipziger Bank zur Verlesung, in dem Schmidt mitteilt: Die Ausgaben der Treiber-Gesellschaft übersteigen allmonatlich um mehrere Hunderttausend Mark ihre Einnahmen.

Vorsitzender: Und Sie waren wieder der Bankier der Treiber-Gesellschaft und entnahmen aus der Kasse der Leipziger Bank die Gelder zur Auszahlung der Dividenden bei den Tochtergesellschaften.

Die Sachverständigen stellen darauf fest, daß die Wechselhinterlegung bei der Leipziger Bank, sowie der Umstand, daß die Treiber-Gesellschaft ihre Forderung an die bosnische Regierung in der Bilanz als „Bankguthaben“ aufzuführen, nur den Zweck hatte, der Bilanz der Treiber-Gesellschaft ein schönes Aussehen zu geben.

Der Vorsitzende bemerkt danach: Wir kommen nun zu der Zeit, wo Kassel sich an die Leipziger Bank wandte, die Einführung seiner jungen Aktien an der Berliner Börse zu übernehmen.

Es werden hierauf noch mehrere von Genßsch an Schmidt geschriebene Briefe verlesen.

Angeschlagter Dr. Genßsch: Ich habe auch diese Briefe nicht alle selbst geschrieben, sondern vielfach nur unterschrieben.

In einem von Dr. Genßsch an Schmidt gerichteten „vertraulichen“ Briefe, der auf die Einführung der jungen Aktien an der Berliner Börse Bezug hat, schreibt Dr. Genßsch: Ich ersuche Sie bringen, die Conten gehalt zu halten, damit die Herren v. b. Heydt u. Co. von den Engagements, die Sie bei uns haben, nicht Kenntnis erhalten.

Vorsitzender: Aus diesem Briefe geht auch hervor, daß Sie von den Geschäften der Leipziger Bank bzw. von deren Transaktionen mit der Treiber-Gesellschaft volle Kenntnis hatten.

Der Vorsitzende bemerkt: Er werde zunächst mit der Verlesung über diesen Punkt fortfahren und danach den Sachverständigen das Wort geben.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. Juni.

Vom Rathausneubau. Die Stadtverordneten hatten in ihrer Sitzung vom 30. April eine Vorlage des Rates, betreffend den Anschluß der alten Pleißenburgkeller an die Keller des neuen Rathauses, die Herstellung eines Luftschachtes etc. abgelehnt.

Der Fall Stietenkron wird nunmehr das Reichsgericht beschäftigen. Der von der Witwe des Stalenens Johann Fozzi, der von dem Baron Stietenkron niedergeschossen worden war und von deren Sohn ererbte Anspruch auf Entschädigung, ist bekanntlich jurisdigend worden.

Bankprozeß. Der großen Geschäftsgenialität der Leitung der Leipziger Bank stellte die heutige Verhandlung das ungünstigste Zeugnis aus.

Die Angeklagten Wölfer und Mayer schließen sich diesen Ausführungen an.

Die dritte diesjährige Schwurgerichtsperiode beginnt am 7. Juli. Zu Geschworenen sind ausgelost worden: Buchdruckereibesitzer Konstantin Georg Raumann-Leipzig; Brauereibesitzer Johann v. Petrakowsky-Delitzsch; Kaufmann Georg Madenlitz-Leipzig-Gohlis; Gutbesitzer und Gemeinbesorger Friedrich Schönbrodt-Ruhlsdörfer; Mühlenbesitzer Hermann Taubert-Freitshaus; Dr. phil. Karl Julius Vogel-Leipzig; Rittergutsbesitzer Friedrich Ernst Rodtrog-Schweba; Rentier Emil Redel-Leipzig; Kaufmann und Fabrikbesitzer Friedrich Eduard Henry-Leipzig; Bankier und Konsul Streglich-Leipzig; Mühlenbesitzer Paul Wappler-Gohlis; Kaufmann Gustav Adolf Varschdorf-Leipzig; Kaufmann Karl Julius Gutber-Leipzig; Rittergutsbesitzer Karl Blathner-Oberwitz; Hammermeister Julius Roth-Schönefeld; Fabrikant Gustav Ferdinand Bieder-Wurzen, Verlagsbuchhändler Hugo Friedrich Johann Baebeler-Leipzig; Kaufmann Robert Alfred Albert Kraus-Leipzig; Rittergutsbesitzer Edmund Arno Hungar-Hödnarna; Fabrikbesitzer Dr. phil. Carl Albert Steche-Leipzig; Rittergutsbesitzer Rudolf Welter-Güldenossa; Hirgerhuldredirektor a. D. Johann August Bohon-Leipzig; Gutbesitzer Karl Friedr. August Lieber-Leibertswölwitz; Rittergutsbesitzer Ernst Hermann Mayer-Frohburg; Privatier Carl Wolf-Robert Funke-Grümm; Maschinenfabrikant Johann Friedrich

Ernst Kiehlung-Leipzig; Kohlenwerksdirektor Oskar Kleber; Blumroba; Maurermeister Eduard Raumann-Gauß; Stadtrat Hermann Bernhardt-Gelshausen und Fabrikbesitzer Ernst Konrad Sühmlich-Leipzig. Zur Verhandlung werden etwa 30 Straffaden kommen. Die Sitzungen werden vom 7. Juli bis zum 24. Juli dauern. Den Vorsitz führt, wie wir bereits mitteilten, Landgerichtsdirektor Dr. Kuhn.

Durch einen Kösturz schwer verunglückt ist gestern nachmittag der am 1. Januar 1870 in Lichtenberg bei Freiberg geborene, hier in der Reiser Straße 38 wohnende Klempner Ernst Hermann Göpfert. Der Unglückliche glitt, als er auf dem Dache des Grundstückes Burgener Straße 75 arbeitete, aus und fiel aus einer Höhe von 4 Stockwerken hinab auf einen Baum des Hofraumes und dann zur Erde. Schwerverletzt wurde der Mann aufgehoben und in das Krankenhaus gebracht.

Selbstmorde. Durch Erhängen und Erschießen hat sich gestern nachmittag der am Gerichtsweg wohnende 43 Jahre alte Prokurist Goldacker, der bei der Firma S. F. Wöfenberg, Gebetsbuchfabrik, Bayerische Straße, thätig war, in einem Geschäftsraume der Buchdruckerei entleibt. Der Betreffende wurde in aufrechter Stellung am Gelschrank angelehnt tot aufgefunden. Als Verweggrund zu dem Selbstmorde wird Krankheit angegeben. Wie uns von anderer Seite mitgeteilt wird, soll der freiwillige Tod des Prokuristen Goldacker mit der Finanzlage der Firma in Verbindung stehen. Goldacker ist übrigens der Cousin des früheren Chefs der Firma, jenes Wöfenberg, der sich infolge der ungeseglichen Nachbrude verschiedener Landesgefängnisse im Jahre 1896 das Leben nahm.

Ferner hat sich heute vormittag ein in der Alten Straße zu L. Nagelwisch wohnender, 62 Jahre alter Bierverleger aus Saubach durch Erhängen selbst entleibt. Ueber das Motiv zu diesem Selbstmord ließ sich noch nichts näheres ermitteln.

Ein gefährlicher Mensch. Schwere Ausschreitungen machte sich gestern abend ein aus Hainichen gebürtiger, 28 Jahre alter Gelegenheitsarbeiter schuldig, als er in der Schankstube der Bauerschen Brauerei von einem Schuhmann aufgefordert wurde, ihm zur Wache zu folgen, weil er zur Verhütung einer Strafe gesucht werde. Der Verhaftete leistete diesem und einem zweiten Schuhmann den heftigsten Widerstand. Vor der Polizeiwache zog er plötzlich dem einen Schuhmann das Seitengewehr aus der Scheide und stach damit den anderen Schuhmann in die Brust. Zum Glück vermochte der Schuhmann dem heftig geführten Stöße auszuweichen, so daß der Stich nur eine unbedeutende Verletzung zur Folge hatte. Der Wüterich kam in Haft.

Diebstähle. Am 2. Juni hat ein Unbekannter ein Tesching in braunem Futteral in ein Geschäft der Schulstraße eingestellt. Das Tesching ist noch nicht wieder abgeholt worden; vermutlich rührt es von einem Diebstahl her. Die Waffe befindet sich in Verwahrung des Polizeiamts.

Gestohlen wurde am 25. d. M. ein neuer Sommerüberzieher von schwarzem Cheviot mit schwarzem Futter und der Firmenbezeichnung F. Herm. Schulze-Leipzig im Henkel.

Ein Rober, Marke Styria Modell XII, mit schwarzem Gestell und silbernen Fußhaltern an den Pedalen im Werte von 300 Mark ist am 23. Juni aus einem Grundstücke der Emilienstraße gestohlen worden.

Heute früh ist aus einem Grundstücke der Parthenstraße ein Rober gestohlen worden, woran sich ein Paket in gelbem Papier befand. Das Paket enthält ein Duzend neue weiß- und blau-rote Frauenlappschürzen und zwei Duzend blaugedruckte Kinderschürzen.

Kleine Polizeinachrichten. Abhanden gekommen ist ein Reifkorb, worin sich ein schwarzes Kleid, eine blaueleibene Bluse, ein braunes Kleid, ein schwarzer Winterpaletot und Damenwäsche im Gesamtwerte von etwa 190 Mark befunden hat. Der Korb ist am 26. Mai vom Thüringer Bahnhof abgeholt worden und sollte nach Winbnüßensstraße 26 befördert werden, was aber nicht geschah. Vermutlich ist der Korb irrtümlich wo andershin geschafft worden.

Zur Nachtzeit ist mehrmals der Stachelbrautjam eines Feldes an der Pariser Straße in L. Gohlis zerhackt und mit fortgenommen worden. Die Urheber dieser Sachbeschädigungen sind noch nicht zu ermitteln gewesen.

Nach Untersuchung von 370 Mark einflussierter Gelder ist am 25. d. M. ein 32 Jahre alter Schlosser aus Radeberg von hier flüchtig geworden.

In der Braustraße zu L. Gohlis wurde gestern ein 4jähriges Kind von einem Hunde in den linken Unterarm gebissen. Zum Glück ist die Verletzung nicht gefährlich.

Gerichtssaal. Reichsgericht.

Leipzig, 26. Juni.

Das in Altenbeken Eisenbahnunglück vor dem Reichsgericht. Wegen Verbeisführung des Eisenbahnunglücks bei Altenbeken am 20. Dezember v. J., bei dem elf Personen getötet und 29 verletzt wurden, sind am 22. März vom Landgericht Paderborn der Blockwärter Kleinhaus zu neun Monaten und der Zugführer Franz Wilhelm Peters in Berlin zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Wie noch erinnerlich sein wird, hatte der von Peters geleitete Schnellzug auf freier Strecke dadurch einen längeren Aufenthalt, daß ein Pferd überfahren worden war und die Wegräumung desselben Schwierigkeiten machte. Während der vorn und hinten mit einer Lokomotive versehene Zug noch hielt, fuhr der ebenfalls von Paderborn kommende Personenzug auf ihn auf, wodurch die erwähnten Menschenverluste und ein bedeutender Materialschaden entstanden. Der Lokomotivführer des zweiten Zuges hatte den ersten nicht sehen können, weil eine Kurve die Aussicht unmöglich machte und außerdem starker Nebel herrschte. Oberhalb (vor) dem Schnellzuge lag die Blockstation des Angeklagten Kleinhaus, unterhalb desselben die des freigesprochenen Angeklagten Meyer. Als der Schnellzug Meyers Blockstation passierte hatte, fragte Meyer telegraphisch bei Kleinhaus an, ob er die Fahrt für den Personenzug frei geben könne. Kleinhaus hat dann dem Meyer mitgeteilt, er könne seine Station deslockern; er that das, obwohl der Schnellzug seine, des Kleinhaus, Station noch nicht passiert hatte. Diese Pflichtverletzung hat in erster Linie das Unglück herbeigeführt. Aber auch in dem Verhalten des Angeklagten Peters hat das Gericht eine der Ursachen des Zusammenstoßes erblickt. Nach § 14 der Dienstvorschrift ist es die Pflicht des Zugführers, wenn auf der Fahrbahn ein größeres Hindernis sich der Weiterfahrt entgegenstellt, den Zug zu decken, d. h. Posten nach vorn und hinten auszufinden, damit sie einen etwa auf demselben Geleise kommenden Zug ein Signal geben können.

Peters hat dies nicht gethan, weil er, wie er zu seiner Verteidigung ausgab, ein totes Pferd nicht für ein wesentliches Hindernis gehalten hat. Er hat zu seiner Entschuldigung angeführt, daß ihm die Streckenverhältnisse zwischen Paderborn und Altenbeken noch nicht bekannt gewesen seien, da er diese Strecke damals erst zum zweitenmal befahren habe. Außerdem habe er nicht gewußt, daß so kurze Zeit nach seinem Zuge schon wieder ein anderer auf demselben Geleise abgelassen werden würde. Er hat sich auch darauf berufen, daß die erwähnten Sicherheitsmaßregeln von fast allen Zugführern bei derartigen Anlässen nicht getroffen würden. Das Gericht hat diese Einwände für unbeachtlich erklärt. — Gegen das Urteil hatte nur Peters Revision eingelegt, die heute vor dem 1. Strafsenat des Reichsgerichts zur Verhandlung kam. Der Verteidiger riigte die Ablehnung eines Beweisantrages und suchte in längerer Rede nachzuweisen, daß den Angeklagten Peters keinerlei Schuld treffe. — Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision mit der Maßgabe, daß den Angeklagten Kleinhaus und Peters nicht, wie es im Urteile heißt, die gesamten Kosten auferlegt werden, sondern nur die, welche diese Angeklagten betreffen, daß dagegen die bezüglich des freigesprochenen Angeklagten Meyer entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegt werden. Die Einwände des Verteidigers bezeichnete der Reichsanwalt deshalb für unbeachtlich, weil sie sich in der Hauptsache gegen die in der Revisionsinstanz nicht aufrechterhaltenen tatsächlichen Feststellungen richteten. Die Auslegung der Dienstvorschriften sei lediglich Sache des Thrichters. Der Angeklagte Peters habe sich, so führte er weiter aus, darauf berufen, daß ein großer Teil seiner Kollegen in gleicher Lage ebenso gehandelt haben würde, wie er. Das Gericht hat dies mit Recht für unerheblich erachtet, denn wenn es erwiesen würde, so würde sich nur ergeben, daß diese Beamten im höchsten Grade pflichtwidrig handelten und sich im gegebenen Falle strafbar machen. Die Revision meint ferner, Peters habe nicht voraussetzen können, daß Kleinhaus seine Pflicht verletzen werde, und es habe ihm deshalb der Schutz des § 59 des Strafgesetzbuchs zu gute kommen müssen. Peters würde aber nur dann entschuldigbar sein, wenn das Verhalten des Kleinhaus ein so außergewöhnliches gewesen wäre, daß es vollständig außerhalb des Vorstellungskreises des Angeklagten Peters lag. Etwas derartiges hat aber das Landgericht nicht festgestellt. Solche höchst bedauerlichen Eisenbahnunfälle wie der vorliegende treten immer nur ein beim Zusammenwirken mehrerer Fahrlässigkeiten. Die bestehenden Vorschriften zur Verhütung von Unfällen sind so vorzüglich, daß die Fahrlässigkeit eines einzelnen Beamten unerschädlich bleibt, wenn nur die übrigen sämtlich ihre Schuldigkeit thun. Peters mußte mit der Möglichkeit rechnen, daß durch irgend welche Umstände eine Deslockierung der Station Meyers eintreten werde, vielleicht infolge ungenügender Funktionierung der elektrischen Apparate. Es ist nicht erforderlich, daß er den konkreten Verlauf des Unglücksfalles sich vorstellen mußte, es genügt für die Strafbarkeit, wenn er den Unfall in seiner allgemeinen Beschaffenheit sich vorstellen konnte. Das hat das Landgericht zweifelsohne erwogen. — Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision mit der vom Reichsanwalt beantragten Modifikation des Urteils im Kostenpunkte. Zur Begründung wurde noch ausgeführt: Der Angeklagte Peters durfte sich gegenüber der strikten Vorschrift des § 14 der Dienstvorschrift nicht auf den Gebrauch seiner Kollegen berufen. Er hatte vielmehr pflichtgemäß seiner Vorschrift nachzugehen und zwar im vorliegenden Falle um so mehr, als die Umstände ihn mahnen mußten, besonders vorsichtig zu sein.

Vereine und Versammlungen.

Verichtigung. Zu der Versammlung der Musikarbeiter, über die wir in Nr. 143 der Leipziger Volkszeitung berichtet haben, wird uns noch mitgeteilt, daß der Antrag, in weitere Verhandlungen nicht einzutreten, nicht auf Wunsch des Kollegen Gerlicke abgelehnt worden ist, sondern, obgleich die Verwaltung erklären ließ, sie wünsche den Gang der Versammlung nicht gestört, wurde der Antrag angenommen. (Wir bemerken hierzu, daß an dem eingelangten Bericht von der Redaktion nichts geändert worden ist.)

Von Nah und Fern.

Waiszeichen des Kapitalismus. Wegen Arbeitslosigkeit machte in diesen Tagen ein Maurer in Köln seinem Leben durch einen Revolverbeschuß ein Ende. In Sonnet hat sich ebenfalls ein Maurer wegen der gleichen Ursache erhängt.

Mit Blausäure vergiftete sich in einer Dortmunder Wirtschaft der Kupferer Heinrich Nölle von Dortmund. Nölle war seit längerer Zeit ohne Stellung.

Nach einer Mitteilung einer Berliner Total-Korrespondenz gelangen in der jetzt beginnenden Schwurgerichtsperiode am Berliner Landgericht II erschreckend viel Kindesmorde, fast 75 v. H. der zur Verhandlung stehenden Straffälle zur Aburteilung. In den meisten Fällen wird die Kollage der Mutter als Beweggrund der unseligen That angegeben.

Wannunfall. Rottbus, 24. Juni. Infolge der Leichtfertigkeit eines erst 20jährigen Bauführers stürzte die Giebelwand eines Neubaus ein. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt, einer tot unter den Trümmern hervorgezogen.

Letzte Nachrichten.

London, 27. Juni. Die Times berichten aus Tokio unterm 19. Juni: Der japanische Vertreter bei der koreanischen Regierung, Kato, hat dieser ein Memorandum unterbreitet, in dem nachdrücklich eine radikale Aenderung der Währung sowie finanzielle Reformen verlangt werden. — In zwei Ortschaften in Korea kam es, weil die Steuererheber Steuern erpressten, zu Aufständen; in der einen Ortschaft wurden drei japanische Einwohner, in der anderen sechs japanische Fischer getötet.

Algier, 26. Juni. Als drei Soldaten in der Gegend von Le Figuer sich zum Fischfange begaben, wurden sie von zwei Eingeborenen in ein Gespäck gezogen. Im Verlaufe des Gesprächs wickelte plötzlich einer der Eingeborenen einen Soldaten durch einen Schuß, während der zweite Eingeborene den anderen Soldaten erschoss. Der dritte Soldat war zuerst entsetzt, er kehrte dann zurück und stellte den Tod seiner Kameraden fest. Es herrscht große Erregung.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich.

Briefkasten der Redaktion.

99. Oliva, Ort in Nordamerika, Staat Minnesota, County Hennepin. W. S., 100. Wenden Sie sich an eine Schiffahrtsgesellschaft, vielleicht an das Auskunfts-Bureau von Jäger, Augustusplatz 2. Sie müssen sich natürlich die nötigen Papiere fürs Ausland beschaffen, die aber bei Ihren Militärverhältnissen nicht ohne Schwierigkeiten zu erlangen sein werden. L. G. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen Auskunft darüber zu geben, wodurch die Krankheit bei Ihren Kaminden entstanden und wie sie zu beseitigen ist. Vielleicht können Sie das Gewünschte erfahren, wenn Sie sich an einen Kamindenärztverein wenden. W. S., Lindenan. Wann das Regiment gegründet ist, ist uns unbekannt.

Auskunft in Rechtsfragen.

6. R. 17. 1. Der Ausführung dieser Absicht steht nichts im Wege. 2. Es braucht keine Summe angegeben zu werden. Die Höhe der Kosten ist unbestimmt.

Briefe müssen richtig frankiert werden!

In letzter Zeit sind uns mehrfach Briefe aus Leipzig und Umgegend zugegangen, die ungenügend frankiert waren. Wir müssen deshalb Straporto bezahlen, sofern wir die Briefe annehmen.

Es sei daher hiermit wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Briefe im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr bis zum Gewicht von 250 Gramm 6 Pfg.,

Postkarten im Leipziger Ortsverkehr und im Nachbarortsverkehr nur 2 Pfg.

kosten. In den Leipziger Orts- und Nachbarortsverkehr sind eingeschlossen die Ortschaften: Abtnandorf, Auenhain, Baaksdorf, Barnd, Böhlig-Ghrenberg, Burghausen, Dölig, Döfen, Gaußig, Göbbselwitz, Großwiederitzsch, Großschöcher-Windorf, Gumborf, Heilerer Wld., Hohenheida, Kleinwiederitzsch, Lauer, Leupzig, Marktleeberg, Modau, Mäcker, Wöllau, Napoleonsstein, Dösch, Pomsdorf, Pödelwitz, Pöfen, Portitz, Probstheida, Raschwitz, Räckmarzdorf, Schönan, Schönefeld, Seehausen, Stahmeln, Sülteritz, Sülz, Thella-Gleuden-Neußsch, Wahren, Windmühle Breitenfeld, Zweinaundorf.

Mehrfach sind uns auch Frei-Inserate in offenem Couvert (mit 2 Pfg.-Marken frankiert) zugegangen. Diese Briefe müssen gleichfalls mit 5 Pfg.-Marken frankiert werden.

Redaktion und Expedition.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Sonntags: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Weiße Bohnen mit Schöpfenspeck. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Grahnpfann mit Rindfleisch.

Versammlungskalender.

Freitag: Studiare. Restaurant Martin, Seeburgstr. 84. Abends 8 Uhr. Wettscher. Stadt Götze. Abends 8 Uhr. Sonnabend: Großsch. Christliche Volks-Versammlung. Grüne Kue. Abends 7, 9 Uhr. Mäcker. Bauarbeiter. Kriegensherbis Restaurant, Böhlig-Ghrenberg. Abends 7, 9 Uhr. Wäcker. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter. Rational, Bart Seiner. Str. Abends 7, 9 Uhr.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau Helene Bauer, Albeerstraße 12, p. " " H. Borleis, Markthallenstraße 12, p. " " Henriette Dingelbren, Markt 10 (Kaufhalle). L.-Anger: Herr G. Schirmer, Zweinaundorfer Straße 25, p. " " S. Paich, Theodorstraße 12. L.-Eutritzsch: Restaurant Hoyer, Schönefelder Str. 12. L.-Gohlis: Restaurant Mönchhof, Obere Georgstraße. L.-Kleinwiederitzsch: Herr W. Bobbig (Barbieregeschäft). Karl Peter, Plagwitzer Straße 5. L.-Lindenan: Herr F. Pollandt, Gutsmuthsstraße 7. Frau Kl. Wegmann, Wismarstraße 40. Leupzig: Herr F. Stoye, Grenzstraße 1. L.-Neustadt: Herr B. Freise, Eisenbahnstraße 25, p. " " Herr A. Jacob, Eisenbahnstraße 27. " " D. Köge, Marktstraße 41, p. L.-Plagwitz: " R. Schünz, Cigarrengeschäft, Schmiedestraße 15 (Ede Zichoderische Straße.) L.-Sellerhausen: Herr S. Thiele, Burgener Straße 80, p. L.-Thonberg: Herr Oskar Weisig, Reichenhainer Str. 84. L.-Wilmersdorf: Max Küger, Zörgauer Str. 7 (Ede Ewaldstraße). L.-Zweinaundorf: W. Köppler, Kreuzstraße 87. " " Restaurant Schäfer, Kronprinzstraße 6, p. " " Herr F. Otto, Thaussestraße 43, p. " " F. Vossig, Burgener Straße 5, p. L.-Zweinaundorf o. L.: Herr Elph, Obere Münsterstraße 21.

Außerdem kann die Leipziger Volkszeitung bei sämtlichen Ausdrägern abgeholt werden.

Sozialdemokratischer Verein Leipzig-Ost.

Organisation zur Förderung der Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei. Versammlungen alle 4 Wochen. — Wöchentliches Bettag 10 Pfg. Nicht aller sozialdemokratisch gesinnten Einwohner im Osten Leipzigs ist es, dem Verein als Mitglied anzugehören.

Aufnahme von Mitgliedern in den Versammlungen. Anmeldebogen nimmt entgegen: Julius Lehmann, Leipzig-Anger, Marktstraße 18, part.

Wahlverein Leipzig-Stadt.

Einige politische Organisation der sozialdemokratischen Partei für den 12. nächsten Reichstagswahlkreis. Vorsitzender: Reichstagsabg. Friedr. Geier. Kassierer: Franz Kuge. Bureau des Vereins: St. Reichsstraße 14 (Gasthaus Stadt Götze). Wöchentliches Bettag 10 Pfg.

Das Auskunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten

befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Zur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Ausdrägern wird darüber klagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbetrag im Voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Ausdräger und Filial-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unangeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Gratis-Inserate für die Sonntags-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Abteilung Buchhandlung.

Allen denen, die die Verhandlungen des Bankprozesses gegen Exner und Gen. mit Interesse verfolgen, sei zur Anschaffung die vorzügliche Broschüre

Krach - Krisis und die Arbeiterklasse

von Georg Bernhard

bestens empfohlen.
Der Verfasser beleuchtet mit grosser Schärfe das Gebiet der jüngsten Bankschwindereien und deren Einfluss auf das ganze Wirtschaftsleben. Der Preis der Broschüre beträgt 15 Pfg. und nehmen alle Austräger der Leipziger Volkszeitung Bestellungen entgegen.

Habt Acht!

Ziel unter Preis.
Gleg. Monatsgarderobe, getr., fast neu
Ausg.-Anzüge, einz. Saftos.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots
von 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12-24 A.
Konfirmations-Anzüge 8 A.
Burschen-Anzüge, 7-18 J., 6 1/2 A.
Knaben-Anzüge, 2-6 Jahr, 8 1/2 A.

Hosen zurückgefickt

(auch in den größten Selbstweiten)
das Doppelte wert, 8, 8 1/2, 4, 4 1/2, 5, 5 1/2, 6-10 A.

für Stadfahrer, Turner u. f. w.
Reiz- und Stiefelhosen.

Grosse Auswahl dauerhafter Arbeitsbekleidung für jeden Beruf zu enorm billigen Preisen! (4618)

Schwarze Reinkleider etc. Fracks und Gesellschafts-Anzüge (auch Selbstweite).

Auch empfohlen mit Hüsen, Hing, Obergläser, Koffer. Alles billigst bei

Gebrüder Cohn

Nikolaistraße 27, 1 Tr., Eingang im Hausflur.

Putze nur mit



Alleiniger Fabrikant:
Fritz Schulz jun. Akt. Ges.
LEIPZIG.

Otto Hein's Wiener Pudding-Pulver

(Flammeri-Pulver)
mit Vanille, Schokolade, Mandel, Citrone, Erdbeer-, Himbeer-, Apfelsine- und Ananas-Geschmack, zur billigen, bequemen Herstellung vorzüglichster kalter Puddings ohne Eier und Butter innerhalb 5 Minuten. Besondere Vorzüge: Bequeme Herstellung, Erparnis der Eier und Butter, köstlicher Geschmack, große Nährkraft, leichte Verdaulichkeit. Preis für 1 Paket (4-6 Personen) 15 Pfg., 8 Pakete 40 Pfg., für Wiederverkäufer Engros-Preise. Engros- und Einzelverkauft in dem Schokoladen- und Kakao-Geschäft: [4726]

Otto Hein vorm. A. F. Fomm Kurprinzstr. 1, dicht am Hofplatz.

Käufe und Verkäufe.

Gartenlaube billig zu verkaufen. Kleinschöcher, Antonenstr. 41, III. I.
Des bevorstehenden Anzugs wegen verf. Vert. Schrank, Pan.-Sofa, Spiegel, Wascht., Bettst. m. M. u. Federb., u. vollst. Küchen-einr. sehr bill. Plagwitz, Mühlenstr. 31, I. W.
Wegen sofortiger Räumung der Wohnung sind alle Möbel sofort spottbillig zu verkaufen. [5878] Petersstr. 37, Treppe B., II. rechts.
Pflüsch- u. Stoffottom., Bettst. m. Matr. und Rändel. spottb. Neust. Mariannenstr. 38, II.
Gebr. Kleiderschr., Kleiderschr., Bettst. m. Matr., Kom. 5. u. V. L., Gutsnuthstr. 81, S. I. I.
Kleiderschr. 25, Vert. 28, Pflüsch-Ottom. 45, Bettstelle m. Matratze 16 A. Burgstr. 9, I.
Gebr. Sofa, Kleiderschr., Bettst. m. Matr., Stühle, Sp., Vert., Kleiderschr. b. u. v. Sophienstr. 52.
Küchenschrank billig zu verkaufen. Neu-Neubitz, Wilsstr. 6, I. I.

Neue u. gebrauchte Möbel, Betten

verkauft Lind., Bübener Str. 22, v. u. 1. Et.
Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern matragen (beste Arbeit) 25 Mk. [516] Dresdener Straße 23, Seitengeb. I. G. Böhm, Tapezier. (vis-à-vis Pantheon).
Gute Federbetten billig zu verkaufen. Waldstr. 19, Tr. B, III. I.
Bettstelle m. Matr. billig zu verkaufen. Deßsch, Gaußscher Str. 8, III. r.
Bettstelle u. hohe Schlemmaschneid. Schuhmacher billig Lind., Gutsnuthstr. 25, IV. r.
Prima Laufdecken 6.50 Mk., Prima Luftschläuche 5 Mk. Reparaturen an Federbetten schnell u. bill. Schneider & Seidel, Kurprinzstr. 1.
Guterh. Anzug f. mittlere Person billig zu vert. Neureudn., Städtischer Str. 6, S. IV. I.
Schwarzer Oberkot-Anzug billig zu verkaufen. Wilsstr. 82, I. I.
10 St. geb. Singer-Nähmaschinen sowie mehr. Schnelb. u. Säuhm.-Masch. billig zu vert. Mühlengasse 20, S. I. I.
Fast neuer Hörh.-Apparat, 25 A, zu vert. F. Sachs, Eulrichs, Raybachstr. 19, pt.
Form und Presse billig zu verkaufen Städtisch, Hauptstr. 87, I.
Stüchwagen billig zu verkaufen Volkmarisdorf, Elisabethstr. 10, IV. I.
2 Kinderwag. u. Sitzwag. bill. Sophienstr. 52.
Guterh. Kinderwagen m. Decke zu vert. Neuditz, Glaserstr. 16, IV. W.
Gebr. Kinderwagen u. zweifelh. Sportwagen zu vert. Schenkenborststr. 21, S. III. r.
Ein Kinderwagen zu verkaufen Kleinschöcher, Wilsdorfer Str. 88 bb, I. r.
Ein Kinderwagen billig zu verkaufen Plagwitz, Elisabethallee 61, I. r.
Guterh. Kinderwagen zu verkaufen Anger, Wilsstr. 4, pt. r.
Rover, 80 A zu verkaufen Lindenau, Hohe Str. 7, Hinterh. II. I.
Damen-Rover, wie neu, äußerst preiswert Plagwitz, Weissenfeller Str. 58, I. W.
2 guterh. Damenräder umständel. billig zu vert. Leipzig, Moltkestr. 21, Hof I. W. I.

Schnellfabrik mit Dampftrieb

Münzgasse 7. Turn-Schuh-Repar. mit Leder- und Gummi-sohlen bill. Gerrensohl. u. Abflachleder. Nr. 1.90 an.



Abgenommen erhalten 10 Prozent Rabatt.
Abgenommen erhalten 10 Prozent Rabatt.
Million-Uhren, Nickel A 6.50, Stahl 10.-
Silb. Herren-Remont.-Uhren " 12.-
Silb. Damen-Remont.-Uhren " 12.-
Gold. Damen-Remont.-Uhren " 19.-
Regulat., 1/4 u. voll schlag. " 15.-
Moderne Wanduhren " 20.-
Wecker, gute Qualität " 3.-
sowie sehr große Goldwaren-inger als Broschen, Ringe, Armbänder, Ohrringe u. f. w.
Specialität: Goldene Trauringe von A 4.- an
Hörketten in größter Auswahl
Lange Damenuhrketten v. A 4.50 an empfiehl. [458]

Gustav Kaniss

Uhren- und Goldwaren-Handlung
6 Tauchaer Straße 6.

? Wer ?

seinen Fußboden streichen und sich viel Merger und Verbruch ersparen will, **der kaufe sich**

die fachmännisch zubereiteten, haltbaren, schnell trocknenden u. nicht nachbleibenden Fußbodenfarben beim alten Praktiker

H. Schumann

L.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 2 gegenüber der 16. Bezirksschule.
Altrenommierte bill. Bezugsquelle für alle Streichmaterialien, Farben, Drogen und Chemikalien. [5898]

Sofas Divans Kinderwagen Spiegel Uhren Regulateure

Anzahlung 5 Mark.
N. Fuchs
Leipzig
Kurprinzstraße 13, I.

Laufdecken Mk. 6.-
Luftschläuche Mk. 3.25
mit Garantie [2577]
Sommerlatte, Pfaffenw. Str. 13.
Hand- u. Geschäftsw. u. v. Reichstr. 67

Die Hütte

Zeitschrift für das Volk u. seine Jugend.



Erscheint monatlich zweimal.

Preis pro Heft 25 Pfennige.

Zu beziehen durch die Buchhandlung der Leipz. Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Alle Austräger der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Billige Fahrräder, zurückgefickte Modelle
Luftschläuche, unter Garantie von 4 A an
Landecken, unter Garantie, von 7.50 A an offeriert
Fahrradklarer
5106] Eisenstrasse 12.

Eis-Schränke
in allen Größen empf. billigst
Alwin Richter
Wirtschaftsmagazin u. Eisenhandlung
L.-Neuditz, Dresdener Str. 36.

Cigarren, Cigaretten
Genossenschafts-Rautabak empfiehlt in großer Auswahl
Heinrich Borleis
Markthallenstr. 12, gegenüber der Markthalle. Annoncen-Annahme. Filiale der Leipziger Volkszeitung.

Monatsgarderobe.
Neue u. wenig getragene Anzüge, Frühjahrs- u. Sommer-Paletots, Fracks u. Gesellschafts-Anzüge in verschiedenen Sorten und Preislagen, sowie auch Selbstweite bei rezeßter Beblenung. [2174]
M. Kindermann
1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.

Specialität.
Nur Kurprinzstr. 4.



Nur Damenfelder in großer Auswahl billigst zu vert. Plagwitz, Wilsstr. 31.

Fahrrad, wie neu, billig zu verkaufen Lindenau, Quackstr. 1, III. W.
Ein guter Jagdhund billig zu verkaufen. Thonberg, Reichenhainer Str. 118 pl.
1 Kleiderkasten und großer Vauer zu verkaufen. Seeburgstr. 84, IV. I.
2 kleinere Klischee, 8 Bogen alt, zu vergeben. Lindenau, Hermannstr. 10, pt. I.
Hahn u. Waide mit 6 Klischen f. 8.80 Mk. zu vert. Städtisch, Christian Weisse-Str. 5, pt. I.
Gebr. Voranstrant zu kaufen gesucht. Plagwitz, Schmiedestr. 14, I. r., Gehold.
Gr. dr. Kinderbett u. H. Kleiderchr. zu kaufen gef. F. Schmidt, Kramstr. 40, S. I.
Unterhalt. Schumacher-Leisten zu kaufen gesucht. Anger, Wilsstr. 4, III. r.

Wohnungsanzeigen.

Freundl. Wohnung ist wegen pöhl. Bezugs zum 1. Juli für 250 A zu verm. Lindenau, Karl Helms-Str. 66, IV. W.
Markranstädter Straße 31 Nähe Plagwitzer Bahnhof, schöne große Wohnung per sofort für 880 Mk. zu vermieten. - Auskunft erteilt Franz Altmann, Markranstädter Str. 29, I.
Großes Logis, 2 Stuben, 2 Kamm., Küche u. Zubehör, per 1. Oktober zu vermieten, eventuell auch geteilt. Kleinschöcher, Wilsstr. 80, II. [5856]
Logis, 1 St., 2 K., u. Zubeh., sof. zu verm. Anger, Sellenhauer Str. 8, IV. Unte.
Stube und Kammer 1, Juli zu verm. Lindenau, Hermannstr. 12, III. r.
Zwei Stube u. Kammer 1. oder 1.5 Juli zu vermieten. Kleinschöcher, Plagwitzer Str. 75, Peter. [5857]
Vereine Istenr. Stube m. Ofen zu verm. Plagwitz, Weissenfeller Str. 54, S. II. I.
Zwei leere Stube sofort zu vermieten. Kleinschöcher, Ringenstr. 44, II.
Vereine Istenr. Stube sof. od. sp. an eing. alt. Pers. u. verm. Plagwitz, Mühlenstr. 16, I. I.
Vereine Istenr. Stube 1. Juli od. später zu verm. Lindenau, Wilsstr. 21, I. r.
Vereine Stube mit Kochofen sof. zu verm. Connewitz, Zwenkauer Str. 2, IV.
Vereine Stube, ev. auch möbliert, zu verm. Lindenau, Markt 17, Tr. A, I. I.
Zwei Stube m. Kochofen, leer od. a. Schloß-Steile zu verm. Lind., Weimelinstr. 2, I. r.
Zwei leere Stube a. alleinst. Fr. od. Wädh. zu verm. Lind., Wilsstr. 13, III. Schubert.
Möbl. Zimmer mit od. ohne Piano zu verm. Gohlis, Obere Georgstr. 81, I. I.
Schlafstelle für 2 anständige Herrn. Plagwitz, Mühlenstr. 88, II. r.
Zwei Schlafstelle f. 1 od. 2 anst. Wädh. zu verm. Kleinschöcher, Schöner Weg 18, I. W.
Zwei Schlafstelle für anständig. Herrn. Seitenstr. 2, pt. r., am Westplatz.
Freundliche Schlafstelle für Herrn zu vermieten. Säbstr. 8, IV. I.
Zwei Schlafstelle f. 1 od. 2 Herren zu verm. Kleinschöcher, Markranstädter Str. 23, pt.
Schlafstelle für Herrn Connewitz, Wilsstr. 109, II.
3. Reute f. 1./10. Logis 5.800 A Nähe Drei Linden, Lindenau. Offerten Jahrsfr. 5, pt. r.
Kleines Logis gesucht Nähe Thonberg. Abt. erbet. unt. A. 100 postl. Liebertswkw. Wohnung für 3-400 A, wenn möglich mit Kl. Gärtchen. Offert. Marktthallenstr. 12, r.
Vereine Stube per 1. Juli gesucht. Zu erfragen Lindenau, Quackstr. 25, I. I.

Vermischte Anzeigen.

Celluloid-Arbeiter

der im Stande ist, selbständig Muster in Schlingenschnitten zu machen, wird zu sofortiger Eintritt gesucht. Offerten unter M. F. an die Expedition dieses Blattes. [5971]
Berth. Solenmacher, w. nicht ganz Beschäftigt, hat, sucht Katharinenstr. 22, pt., Bestergelch.
Junge Frau sucht Beschäftigung im Weißnähen. Connewitz, Kochstr. 138, III.
Ord. Fr. f. Herr- u. Familienwäsche i. Hause zu waschen. Neusch. Friedrichstr. 16, Boden.
Kleines Kind wird in liebevolle Pflege genommen. Karl Helms-Str. 66, IV. I.
1 Kind wird tagtäglich in gute Pflege gen. Lindenau, Bübener Str. 76, S. II. I.
Wenn mich Fr. Weiss nicht im Ruhe läßt, w. ich sie gerichtlich belangen lassen. R. Wilsch. Kl. Geschäftsmann bitte um 40 A Darlehen geg. Sicherh. u. Klisch. Off. u. H. 57 Exp. d. Bl.
Junge schwarze. Blind, ohne Geld, u. Steners. zugel. Wilsstr. 11, Baummannstr. 8, pt.

Hunde

werden nur gut gehalten und gewaschen [5964]
Petersstr. 27, Tr. B., IV.
bei Frau Götze.

Familienanzeigen.

Fr. Garlepp zum heutigen Tage ein dreimal donnerndes Hoch.
Fr. Garlepp soll leben hoch, Wilhelm u. Tete daneben od. Kun rate mal.
Maruhn's Klischee soll leben und seine Emma daneben.
Uns. Freund Karl Wisse zum Purzelst ein kräftiges Hoch! Die Wandlerwölge.
Uns. Sportgenossin Frau Klara Passmann die herz. Wünsche. Verein halbes Banne.

Rebel über Ludwigshafen. (Schluß.)

Man wird zugeben, daß diese Neuerungen der Medner der verschiedenen bürgerlichen Parteien im bayerischen Landtag für den sozialdemokratischen Antrag überraschend günstig lauteten, so günstig, daß z. B. der Vorwärts in seiner Nummer vom 27. Oktober 1899 einen Leitartikel veröffentlichte mit der Überschrift: Wunderbare Klänge, in dem er u. a. ausführte: "Waren neulich alle Parteien einig in der Beurteilung der bayerischen Regierung wegen ihrer Zustimmung zur Rudthausvorlage, so erscheint jetzt dieselbe Einheit in der Befürchtung des — allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen."

Wenahmten sich aber später die Vertreter der bürgerlichen Parteien im bayerischen Wahlrechtsausschuß so spröde, wie es auf dem Ludwigshafener Parteitag geschilbert wurde, warum ergriß man dann nicht die Flucht in die Öffentlichkeit und suchte unter Hinweis auf diese Vorgänge die Arbeiter, die noch Anhänger des Centrums und der Liberalen sind, gegen diese Parteien scharf zu machen?

Aber hier begegnen wir wieder einer durchaus unsocialdemokratischen Auffassung und Taktik. Jedermann weiß, daß wir alles, was wir geworden sind, nur wurden durch unaußgesetzliche Agitation in der Öffentlichkeit, durch Aufregung, Aufklärung und Belehrung der Massen. In Ludwigshafen dagegen bekämpften Fraktionsredner diese bewährte Taktik für den vorliegenden Fall als wert- und belanglos, sie würde nichts gekostet haben, ihre Taktik schien zu sein, nach dem bekannten Liebe zu verfahren: Stille! Stille! kein Geräusch gemacht!

Wieder haben wir auch die parlamentarische Arbeit von zwei Gesichtspunkten aus betrachtet. Einmal um in den Parlamenten an praktischen Vorteilen für die Arbeiterklasse zu erreichen, was unter den gegebenen Verhältnissen zu erreichen möglich ist, zugleich aber auch um durch unsere parlamentarische Tätigkeit agitatorisch nach außen zu wirken, indem wir unsere Reden zum Fenster hinaus hielten — wozu, wie der Genosse Müller in Ludwigshafen behauptete, sie nicht in den Landtag gefandt seien — um durch unsere Reden und unser Handeln den draußen stehenden Massen zu zeigen, daß wir, die Sozialdemokratie, die einzige Partei sind, welche die Interessen der Arbeiterklasse wirklich vertritt, die Klagen und Beschwerden aller Mitleidigen und Beladenen ohne Menschenfurcht zur Sprache bringt. In der Volksversammlung spreche ich höchstens vor Tausenden, auf der Parlamentaristribüne vor Millionen. Dadurch haben wir ganz wesentlich die Begeisterung und die Opferwilligkeit in die Massen getragen und die Zahl unserer Anhänger vervielfacht, bis wir schließlich stark genug sein werden, unsere letzten Ziele zu verwirklichen.

Bei den Auffassungen aber, die bei einem maßgebenden Teil der bayerischen Fraktionsgenossen über die agitatorische Tätigkeit in und außerhalb des Parlaments vorhanden sind, begreift es sich, daß sowohl in der bayerischen Parteipresse, wie in Ludwigshafen die Klage laut wurde, daß es von der Fraktion an Anregungen zur Agitation fehle, ja, daß die Landtagsverhandlungen einen Charakter angenommen hätten, der kein lebhafteres Interesse mehr für dieselbe erwecke.

Von diesem Standpunkt des Stille! Stille! kein Geräusch gemacht! war es erklärlich, daß bei der Beratung der Ausschlußresolution im Plenum des Landtags Vollmar namens der Fraktion die Erklärung abgab: sie seien damit einverstanden, daß von jeder Fraktion nur ein Redner zum Wort komme. Natürlich! War man einmal entschlossen, dieser faulen Resolution zuzustimmen, statt mit aller Schärfe und allem Nachdruck auf den Widerspruch hinzuweisen, in dem wesentliche Bestimmungen der Resolution zu den Erklärungen der bürgerlichen Fraktionsredner im Oktober 1899 standen, so war dieser Weg der gegebene, aber der den Parteiinteressen am wenigsten förderliche.

Stille! Stille! kein Geräusch gemacht! Ueber die vier Verschlechterungen in der Resolution, denen die Fraktion ihre Zustimmung gab — Verlängerung der Zeit der Staatsangehörigkeit bis zur Wahlberechtigung auf ein Jahr, Verlängerung der Dauer der Steuerzahlung für den gleichen Zweck von sechs Monaten auf ein Jahr, Erhöhung des Wahlrechtsalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr und Bevorzugung der ländlichen Wahlkreise auf Kosten der städtischen, sind es besonders die letzten beiden, die einer nochmaligen Erörterung bedürfen.

Genosse Müller führte in seinem Referat aus: Die Erhöhung des Wahlrechtsalters sei es gewesen, die namentlich auch mich so sehr entrüstete, daß ich ihnen Wahlentziehung nach sächsischem Muster vorgeworfen habe. Dieser Vorwurf sei einfach lächerlich. Er habe gezeigt, wie während des ganzen Kampfes um die Wahlreform gerade die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts das Hauptbestreben der sozialdemokratischen Landtagsfraktion war, wie bis zum letzten Moment im Ausschuß gegen die Heraushebung des Wahlalters gekämpft wurde. Schließlich aber stimmten 11 gegen 148 und die Regierung und die Gewalt der reaktionären Mehrheit gehe vor Recht.

Das sind nichts als leere Worte. Niemand zwang die Fraktion, Bestimmungen gutzuheißen, die zu ändern nicht in ihrer Macht lag. Kein vernünftiger Mensch, auch auf Seiten der Gegner nicht, konnte verlangen oder auch nur erwarten, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine ihrer programmatischen Forderungen, sondern auch ein seit mehr als 50 Jahren in Bayern bestehendes Recht im Stiche lassen und zurücknehmen würde, daß 150 000 Männern ihr Wahlrecht genommen wurde.

Das ist und bleibt eine Wahlentziehung*, gegen die alle Sophisterei nicht aufkommen kann. Und die Zustimmung zu dieser Wahlentziehung ist und bleibt eine Handlung, die sich wohl mit dem sächsischen Wahlrechtsraub auf eine Stufe stellen läßt. Der Unterschied zwischen beiden Vorgängen ist nur der, daß in Sachsen die grimmigsten Feinde der Sozialdemokratie im Interesse ihrer Massenherrenschaft der gesamten sächsischen Arbeiterklasse ihr Wahlrecht verweigerte, wohingegen die bayerische Landtagsfraktion, die Vertreterin der Masseninteressen des Proletariats, zustimmt, einem Siebentel der bayerischen Landtagswähler ihr Wahlrecht zu nehmen. Die Fraktion hat durch diesen Beschluß die Grenzen des allgemeinen Wahlrechts nicht erweitert, sondern verengert. Was sie für die Opferung des einen Siebentel der Wähler in Kauf nahm, war die Einführung des direkten Wahlrechts für die übrigen Wähler, eine ohne Zweifel wesentliche Verbesserung, die aber mit der Wahlentziehung von unserer Seite nicht erkauft werden durfte.

Was die Gegner möchten, wenn unsere bayerischen Landtagsgenossen ihre Zustimmung zur Resolution verweigerten, war deren Sache. Niemand in unseren Reihen hätte der Fraktion daraus einen Vorwurf gemacht und gegen die Gegner bekampft sie Waffen in die Hand, wie sie dieselben besser sich nicht wünschen konnten. Außerdem zeigten die Erklärungen der bürgerlichen Redner, speziell des Centrums, daß sie durch die Resolution ihr Massen-

interesse gewahrt fanden, anderenfalls hätten diese der Resolution niemals zugestimmt. Um so mehr Grund war für unsere Landtagsgenossen vorhanden, auf der Gut zu sein und kein proletarisches Masseninteresse preiszugeben.

Als in der Mitte der achtziger Jahre auf Grund einer Petition des bekannten Dr. Köpplindeman im sächsischen Landtag, dem damals neben mir auch Genosse v. Vollmar angehörte, ein Gesetzesentwurf eingebracht wurde, wonach für die sächsischen Landgemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern das Gemeinbewahlrecht von dem 21. auf das 25. Lebensjahr erhöht werden sollte, kämpfte Vollmar neben uns mannhafte gegen eine solche Zumutung. Damals so und heute so!

Und wie sollen wir künftig im Reichstag und in den Landtagen unsere programmatischen Forderungen, das Wahlrecht mit dem 21. Lebensjahre beginnen zu lassen, stellen und verteidigen können, wenn unsere bayerischen Genossen einer Resolution zustimmen, in der die Erhöhung des Wahlrechtsalters vom 21. auf das 25. Lebensjahr gefordert wird?

Und noch ein anderes! Die norddeutschen Konservativen als Gegner des bestehenden Reichstagswahlrechts haben wiederholt gefordert, das Wahlrechtsalter für den Reichstag vom 25. auf das 30. Lebensjahr zu erhöhen. Das Verhalten unserer bayerischen Landtagsgenossen hat diesen eine prächtige Waffe gegen uns in die Hand gedrückt. Stimmen sozialdemokratische Volksvertreter dafür, daß 160 000 Männern im Alter von 21 bis 25 Jahren ihr Wahlrecht genommen wird, warum sollen denn Konservative, die ganz entgegengesetzte Masseninteressen zu vertreten haben, davor zurückschrecken, auch den Männern von 25 bis 30 Jahren ihr Wahlrecht zu rauben? Mit welchen Gründen können wir sie da noch bekämpfen? Das Ganze ist dann nur noch eine Zweckmäßigkeitfrage für den politischen Gegner und unsere schneidigste Waffe wird durch das Verhalten der bayerischen Genossen stumpf.

So zieht die Abstimmung unserer bayerischen Landtagsgenossen ihre blutigen Konsequenzen. Und zwar nicht allein in Bezug auf das Wahlrechtsalter, sondern auch mit Bezug auf die Wahlkreiseinteilung zwischen Stadt und Land.

Gleich große Wahlkreise herzustellen zwischen Stadt und Land ist eine Forderung des politischen Anstandes und der Gerechtigkeit. Ein anderes zu fordern ist schamlos. Man hat auf dem Parteitag in Ludwigshafen nachgewiesen, wie ungünstig gegenwärtig die städtischen Wahlkreise gegenüber den ländlichen gestellt seien. Das gilt nicht nur für Bayern, sondern auch für anderwärts, und speziell für das Reich. Aber im Prinzip und auf Grund des Gesetzes sind die Wahlkreise gleich. Was die Ungleichheit schuf ist nicht das Gesetz, sondern die moderne kapitalistische Entwicklung und das ihr zu Grunde liegende Bevölkerungsgesetz, das die Massenansammlungen in den Städten und Industriebezirken auf Kosten des platten Landes und der kleinen Landstädte begünstigt. Die Wahlkreise-Gleichheit herbeizuführen muß also die Aufgabe des Gesetzgebers sein und nicht die Wahlkreise-Ungleichheit zu sanktionieren und zwar auf Kosten der höheren Entwicklungsformen zu Gunsten der rückständigen Gebilde. Wer das letztere zuläßt oder unterstützt, handelt nicht demokratisch, sondern reaktionär.

Wie stellen sich nun die Verhältnisse in Bayern, wenn das neue Wahlgesetz auf Grund der von unseren Landtagsgenossen mit angenommenen Resolution zur Durchführung kommt? Nach jener Resolution sollen im Durchschnitt 88 000 Seelen auf den Wahlkreis kommen. In der Regel haben die Wahlkreise nicht unter 82 000 und nicht über 44 000 Seelen, ein Wahlkreis mit zwei Abgeordneten nicht unter 84 000 und nicht über 82 000 Seelen zu umfassen. Ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Wahlkreise mit geringer Seelenzahl dem Lande, die mit der größeren Seelenzahl den Städten zufallen sollen.

Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 hatten die neun größten Städte Bayerns — München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Ludwigshafen, Pilsen, Regensburg, Regensburg und Bamberg — 1 177 228 Seelen. Diese würden also im Maximum 27 Abgeordnete erhalten. Dieselbe Seelenzahl aber auf die Landwahlkreise verteilt, ergiebt für diese 87 Abgeordnete, also 10 Abgeordnete, gleich 87 Prozent mehr.

Das ist die schreiende Ungerechtigkeit, die durch den Beschluß der Kammer unter Zustimmung unserer Fraktion den Städten auf Kosten des Landes zugefügt wird. Und dieses Mißverhältnis wird mit jedem Jahre schlimmer.

Von 1895—1900 hat die Einwohnerzahl der genannten neun Städte um rund 240 000 zugenommen. Nimmt man an, daß von 1900—1905 eine gleiche Vermehrung eintritt und daß im Jahre 1905 zum erstenmal auf Grund des neuen bayerischen Wahlgesetzes gewählt würde, so müßten die Städte in diesem Jahre sofort noch mindestens sechs Abgeordnete erhalten. Kommen nach der Volkszählung von 1900 rund 44 000 Seelen auf einen Wahlkreis statt 82 000 auf einen ländlichen, so 1905 bereits 58 000 und im Jahre 1910 mindestens 68 000, also die gleiche Bevölkerungszahl, die gegenwärtig ein Nürnberger Wahlkreis umfaßt. Die städtischen Wahlkreise sind wieder auf dem alten Fied angekommen, aber sie haben gegenüber dem Lande nur noch die Hälfte der Abgeordneten. Dazu kommt, daß das maßgebende Bevölkerungsgesetz die Wirkung hat, daß die Seelenzahl der Wahlkreise auf dem Lande durchschnittlich nicht steigt, sondern fällt, wodurch das Mißverhältnis zwischen Stadt und Land noch größer wird.

Kann man sich eine widerstimmigere und ungerechtere Gesetzesforderung denken, wie diese, der unsere bayerischen Landtagsgenossen ihre Zustimmung gaben? Oder soll das ein Mittel zur Bauernagitation sein, die man uns einst von München aus empfahl?

Auch hier muß auf die Konsequenzen für die Wahlkreiseinteilung im Reich und den Einzelstaaten hingewiesen werden. Auch im Reich und in den meisten Einzelstaaten schreitet die Ungleichheit der Seelenzahl in den einzelnen Wahlkreisen nach einem gesetzlichen Ausgleich. Es ist hundert gegen Eins zu wetten, daß, wenn in einer der nächsten Sessionen des Reichstags die sozialdemokratische Fraktion, wie ich annehme, mit den Unterschriften von Ehrhart, Segel und Vollmar — wieder einen Antrag auf gleiche Einteilung der Wahlkreise einbringt, die Gegner alsdann mit der Forderung kommen, daß diese Abänderung auf einer ähnlichen Basis stattfinden müsse, wie jene, welche der bayerische Landtag unter Zustimmung seiner sozialdemokratischen Mitglieder für die Landtagswahlkreise gefordert habe.

So werden wir auch hier in unseren Forderungen mit dem Verhalten unserer bayerischen Genossen bekämpft werden. Es sind zwei böse Prügel — um im Jargon des Genossen Ehrhart in der Mannheimer Volksstimme zu sprechen —, die uns die bayerischen Landtagsgenossen zwischen die Beine geworfen haben. Und es war nicht ihr „goldiges Temperament“, das diese Prügel schuf, sondern die nüchternen Staatsmännlichkeit, der Uebereifer für sogenannte praktische Politik, der sie veranlaßte, den Zweifel mit Begehr auszugreifen.

Wie stellte sich aber Genosse v. Vollmar am 30. Oktober 1899 bei Beratung des sozialdemokratischen Antrags zu den von einigen Rednern erhobenen und jetzt in der Resolution geforderten Wahlrechtsverschlechterungen? Nach dem vorliegenden offiziellen Bericht über die Verhandlungen:

„Was weiter das Wahlalter betrifft, so kann ich die Bemerkung machen, daß manche vergessen haben, daß wir es hier zu thun haben mit einer Verbesserung des Wahlgesetzes, nicht mit einer Verschlechterung, und infolgedessen muß seiner Auffassung nach jede Entziehung bisheriger Rechte unterlassen werden. Es ist auch keinerlei vernünftiger, plausibler Grund angeführt worden, warum das Wahlalter hinausgesetzt werden soll.“

Auf die Forderung des Abg. Lutz und Genossen, bei dem neuen Wahlrecht den ländlichen Wahlkreisen ein Vorrecht vor den städtischen einzuräumen, antwortete Vollmar: „Da ist es doch unerhört zu sagen und anzudeuten, daß ein derartiges ungeheures Vorrecht auf die Dauer erhalten bleiben soll.“

Und nachdem er auf die durch die Bevölkerungsvermehrung in den Städten thatsächlich bestehende Ungleichheit der Seelenzahl im Vergleich zu den ländlichen Wahlkreisen zu sprechen gekommen war, fuhr er fort:

„Prinzipiell ist aber wenigstens heute noch die Gleichheit gesetzliche Voraussetzung. Wenn also das geschieht, was Herr Abg. Lutz sagt und fordert, dann wäre der Effekt nichts anderes als eine neue prinzipielle gesetzliche Verschlechterung des jetzigen Zustandes. Und wenn einmal von Herrn Kollegen Dr. Daller gesagt worden ist, daß unter der bisherigen Wahlkreiseinteilung und den ganzen Wahlverhältnissen, wie sie sich jetzt finden — das Rechtsgesetz des Volkes gelitten habe — was eine unteugbare Thatsache ist — aber bei der Durchführung einer solchen Forderung würde das Rechtsgesetz des Volkes erst recht leiden.“

Das ist eine so schroffe Beurteilung der Haltung der bayerischen Fraktionsgenossen im Jahre 1902 durch den eigenen Fraktionsredner im Jahre 1899, daß jedes weitere Wort von meiner Seite nur eine Abschwächung sein würde.

Man ist nach kaum zweiundneunzig Jahren glücklich dahinter gekommen, als Ausfluß höchster politischer Einsicht zu prüfen, was man 1899 auf das schärfste als ungeheures Vorrecht und eine schwere Verletzung des Rechtsgefühls des Volks brandmarkte. Die National-liberalen könnten es nicht schlimmer machen.

Wäre der Standpunkt Vollmars vom Jahre 1899 sein Standpunkt und der Standpunkt der Fraktion im Jahre 1902 geblieben, diese Polemik wäre uns erspart worden.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Vorwänden widerlegen, die man zu Gunsten der jetzt eingeschlagenen Taktik anführt. Aber ich glaube, das Besagte genügt. Auch ist es noch nicht aller Tage Abend und wenns notwendig wird, sehen wir uns bei Philipp! wieder.

Es wird die dringende Pflicht der bayerischen Landtagsgenossen sein, bei Vorlegung des künftigen Wahlgesetzes die Fehler nach Möglichkeit zu verbessern, die sie mit ihrer Abstimmung machten. Das sind sie sich, den bayerischen Parteigenossen und vor allem auch der Gegenpartei schuldig, die dafür nicht büßert darf, was sie selbst nicht verschuldete.

Partei und Buchdrucker.

In der gestrigen Sitzung der Generalversammlung der Buchdrucker wurde der Bericht über den Gewerkschaftslongress entgegengenommen; in der Diskussion wurde die Haltung des Correspondent mit besprochen. Dublin macht darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen über den Rahmen der Buchdrucker hinaus in anderen Gewerkschaftskreisen wie in Parteien interessierter werden. Er hoffe, die Verhandlungen werden ein klares Bild über die Stellung der Buchdrucker geben und jede Mißdeutung darüber ausschließen, auf welchem Boden die Buchdrucker stehen.

Massini giebt den Bericht über den Gewerkschaftslongress. Er beschränkt sich im wesentlichen auf die die Buchdrucker angehenden Fragen. Allgemein sagt er, daß der diesmalige Kongress auf höherem Niveau gestanden habe, wie der letzte. Wichtig sei die Anwesenheit von Regierungsvertretern. Die Generalcommission habe beim Reichsamt des Innern um Vertretung nachgesucht und Graf Posa-bodonsky habe Vertreter entsandt. Das sei ein Fortschritt. Die Buchdrucker würden die Lehre daraus ziehen, daß sie zu den nächsten Tarifverhandlungen auch einen Vertreter des Reichsamts des Innern einladen würden, um das ominöse Telegramm an Posa-bodonsky aus der Welt zu schaffen. Der Leipziger Streit mit dem Kartell sei schon beim Reichsamtsbericht besprochen worden. Den Leipziger Delegierten habe die Objektivität des Regiments Berichtes mißfallen, sie hätten aber bei den übrigen Delegierten wenig Anlaß gefunden. Vom Leipziger Kartell sei ein Flugblatt auf dem Kongress verteilt worden, auch die Buchdruckerwacht sei jedem Delegierten zugestellt worden. Beide Schriften hätten ein ganz klägliches Fiasko gemacht. Die Delegierten erklärten, so dummes, hinterbranntes Zeug noch nie gelesen zu haben! (Heiterkeit.) Den Leipziger Brenne offenbar der Boden unter den Füßen, sie müßten klein beigeben, aber sie können nicht. Die Situation sei treffend mit dem Worte gekennzeichnet: Auf dem Dache sitzt ein Kreis, der sich nicht zu helfen weiß. Einzelne Redner hätten für die Veröhnung gesprochen. Schließlich habe man aber doch eine dahin gehende Resolution nicht angenommen, sondern rund und nett erklärt, man brauche keine Vermittlung, da das Kartell in Leipzig anerkannt werde, sobald es sich den Beschlüssen des Frankfurter Kongresses fügt. Die Frankfurter Beschlüsse würden voll aufrecht erhalten. Dublin habe sich gegen die Haltung des Correspondenzblattes verwahrt, was auch zu einer kleinen Buchdruckerdebatte Anlaß gab. Kritisiert wurde das Posa-bodonsky-Telegramm und die unverbindliche Aeußerung Dublins dem Prinzipal Baenski gegenüber in betreff des gemeinsamen Aufstehens. Weiter kam ein Versuch in Frage, die Buchdrucker-Gewerkschaft bei der Generalcommission zur Anerkennung zu bringen. Der Versuch scheiterte. Einzelne Aeußerungen zeigten von Mißstimmung gegen die Buchdrucker. Kirchnid-Berlin nannte die Buchdrucker die egoistischste Organisation. Einen größeren Mißstimmung habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Sachse führte die Besorgnisse der Buchdrucker darauf zurück, daß sie ihre Gemahregelten so leicht in der politischen Parteipresse hätten unterbringen können. (Auf: Siehe Leipziger Volkszeitung!) Der Mann ist Abgeordneter, er müßte es wissen, er weiß es aber nicht. Herr Sachse ist dann sehr ungezogen gegen Mehlfäuser geworden. Er hat schließlich sich wegen seiner Insamkeit entschuldigen müssen. Das Verhältnis zwischen Buchdrucker und Sozialdemokratie sei vielfach erörtert worden. Die Meinungen seien geteilt gewesen, aber die Mehrheit war doch der Meinung, daß die Partei die Buchdrucker nicht mit demselben Maße messe, wie die übrigen Arbeiter. Die hervorragenden Führer der Gewerkschaftsbewegung hätten nicht gegen die Buchdrucker gesprochen; soweit sie zu Worte gekommen seien, hätten sie für die Buchdrucker das Wort genommen. Im privaten Verkehr wurde immer betont, es müsse Frieden werden. Wir sind für den Frieden. Es wäre ja auch hinterbrannt, gegen eine Partei vorzugehen, die sich stets der Arbeiterinteressen angenommen hat, aber die Partei solle auch die Buchdrucker als Arbeiter betrachten. Eine Resolution gegen die Buchdrucker wie für die Buchdrucker habe man nicht angenommen, man habe sich mit einem Facit des Vorstehenden Bömelburg begnügt, der sozusagen beiden Seiten Recht gab. Der Aeußerung Bömelburg, daß Gewerkschaften...

und Partei eins seien, stimme ich geistig gewiß zu, sie stimmt aber nicht in Bezug auf den praktischen gewerkschaftlichen Kampf. Insofern ging sie zu weit und hätte gerade vom Vorstehenden bemerken werden sollen. Der Vortag sei allgemein als unerwartet anerkannt worden. Wie man doch über die gewerkschaftliche Tätigkeit der Buchdrucker denkt, beweist die Wahl Döblins in die Generalkommission. Gerade die Wahl Döblins, dieses viel angefeindeten Mannes, sei ein Erfolg der Buchdrucker. Der Kongress habe den Frieden aufs Papier geschrieben. Das solle auch die Generalversammlung thun, dann werde die Debatte über den Korrespondent auch keine Bitterkeit hervorufen. Sei man auf Seiten der Partei friedlich gesinnt, auf Seiten der Buchdrucker werde es an gleicher Gesinnung nicht fehlen. Selbstverständlich solle in der Debatte jeder seine Meinung frei aussprechen. (Beifall.)

Wenzel-Ludwigshafen meint, er habe das Gefühl gehabt, daß die Buchdrucker in Stuttgart nicht so gut abgeschnitten haben, wie Massini es dargestellt habe. Er halte es für gut, eine Verständigung mit den Mitgliedern der Gewerkschaft zu suchen, so sehr er die Gründung der Sonderorganisation verurteile. Die Mitteilung des Tarifauschusses an den Reichsanwalt billige er, das Telegramm an seinen Schülern Posadowsky war eine Dummeheit. Was den Korrespondent anlangt, so sei Reghäuser ein tüchtiger, begabter Redakteur; habe er eine Summe oder Gelei begangen, so seien die traurigen Verhältnisse in Leipzig daran schuld. Im letzten Jahre ist es besser geworden, aber früher hat er oft in der „Gänsebeinsprache“ gesprochen. Das Wort Genosse erschien in Gänsebeinen. Reghäuser meinte das als Ironie, von vielen wurde es als Hohn und Spott aufgefaßt. Die Buchdrucker gehören doch aber zur Partei, wir müssen doch zu dieser Partei gehören. Es wäre unbillig, wenn wir die Tätigkeit der Partei, auch für uns, nicht anerkennen wollten. Es ist freilich richtig, daß die Erbitterung großer Parteikreise, großer Arbeiterschichten zum großen Teil auf die Tätigkeit von Kollegen zurückzuführen ist, die in der Parteipresse Medatoure sind. (Sehr richtig.) Andererseits habe ich das Gefühl, daß sich Reghäuser zu weit nach rechts hat drängen lassen, die übrige Arbeiterschaft ungerichtet behandelt. Er hat oft über die Schürze gehauen. Auf jede ungeschickte Aeußerung darf nicht gleich mit einem heftigen Artikel losgehauen werden. Es müsse hier eine gründliche Aussprache erfolgen. Ich sage, die Tätigkeit Reghäuser war schädlich für uns und unser Verhältnis zur übrigen Arbeiterschaft. Wir müssen Frieden haben, nicht Frieden um jeden Preis, aber ich verlange ein weiches Maßhalten, damit wir der übrigen Arbeiterschaft wieder näher kommen. (Beifall.)

Feuerstein-Stuttgart: Ich freue mich, daß Kollege Wenzel vor mir gesprochen hat, da ich, wenn auch noch nicht lange, ein Buchdrucker bin, der in der Parteipresse Medatour ist. Ich stehe auf gleichem Standpunkt wie Wenzel. Dem Referat Massini habe ich wenig hinzuzufügen. Der Kongress war von Friedensliebe befeuert, das von Wömelburg gegogene Facit habe die Stimmung des Kongresses richtig wiedergegeben. In der Affaire Waensch hat sich Döblin mißverständlich ausgedrückt. Mit seiner Stuttgarter Erklärung aber kann man sich zufriedener geben. Ich halte es für gänzlich ausgeschlossen, daß wir je in ein Organisationsverhältnis mit der Prinzipalität treten könnten. Von einzelnen Leuten, wie Kirchnid, ist über die Buchdrucker Wöbelm geredet worden; die Mehrheit des Kongresses sieht der Buchdruckerbewegung aber mit Verständnis gegenüber. Immerhin war eine Antipathie gegen uns nach politischer Richtung vorhanden, und ich bin der Überzeugung, daß hier ein Wandel eintreten muß. Reghäuser hat erklärt, er wolle Frieden halten. Dieses Versprechen muß die Grundlage der heutigen Verhandlungen sein. Reghäuser wird bestritten, die Partei im allgemeinen angegriffen zu haben; er wird nicht zugeben, daß er der Angriffe war. Deshalb wird es notwendig sein, Feststellungen zu treffen. Ich will diese Feststellungen ganz objektiv machen, nicht zu dem Zweck, unseren Medatour der übrigen Arbeiterschaft von neuem preiszugeben. Medner kommt zunächst auf die Debatte vom Montag zurück und verleiht seinen in der Neuen Zeit über die Tarifgemeinschaft veröffentlichten Artikel, der eine Polemik gegen Regien war, mit dem Verband nicht das mindeste zu ihm hatte. Das Urteil, daß die Broschüre anlässlich des 500. Geburtstages Gutenbergs in einseitig subjektiver Weise gegen die Partei geschrieben sei, müsse er bezüglich der von ihm citierten Stellen aufrecht erhalten. In den Angriffen auf die Kollegen-Parteiredakteure ist viel Vordringlichkeit im Spiel. Ich erkenne die Fortschritte der Organisation an, ich glaube nun nicht, daß unsere Stärke von einem noch so günstigen Verträge mit dem Unternehmertum abhängt. Die Aeußerung Dominés, daß die Kollegen, die in Parteiblätter kommen, radikal werden, um sich bei der übrigen Arbeiterschaft einzuschmeicheln, war einfach verächtlich. Nun zum Korrespondent: Ich beschwere mich nicht über den Ton und die Art der Schreibweise. Ich beklage mich über die Tendenz, die Partei in ihren Grundzügen lächerlich zu machen; gegen die Partei Stellung zu nehmen. Reghäuser war früher überzeugter Sozialdemokrat. Woher die Wandlung? Ich bin der Meinung, seine Wandlung hat nicht sachliche, sondern psychologische Ursachen. Wenn die Leipziger Dummköpfe in einer schwachbesetzten Versammlung Reghäuser nicht ausgeschlossen hätten, würde er heute nicht so gegen die Partei schreiben. Er hat selbst einmal geschrieben, er müsse aus dem Ausschluß die Konsequenzen ziehen. Die Konsequenzen sind die, die wir unter „Schreibweise des Korrespondenten“ rubrizieren. Reghäuser vertritt noch heute kollektivistische Theorien. Sein Verhalten gegen die Partei ist also unlogisch. Im Jahre 1899 hat Reghäuser noch den Vorwärts deshalb belobt, weil er die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt hat. Heute sieht Reghäuser auf dem Standpunkt, daß die Partei die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung untergraben wolle. Der Vorwärts, das Hamburger Echo und andere namhafte Parteiblätter stehen auf dem Boden unserer Tarifgemeinschaft. Reghäuser hat selbst einmal geschrieben: Die Leipziger Volkszeitung ist das einzige Organ, welches die Gewerkschaftsbewegung als Schiphisarbeit bezeichnet. Dieses Urteil war durchaus richtig. Es ist nicht wahr, daß die Partei den Gewerkschaften feindselig gesinnt ist. Selbst die Frankfurter Zeitung hat den Antagonismus der Buchdrucker gegen die Partei festgestellt und hinzugefügt, dieser Gegensatz sei unnatürlich. Ganz richtig spricht dieses bürgerliche Blatt von dem albernem Kampfe einer sozialdemokratischen Gruppe gegen die Tarifgemeinschaft. Nur eine Gruppe ist es wirklich gewesen, nicht die Partei an sich. Ich weise darauf hin, daß für bürgerliche Blätter der Korrespondent eine wahre Fundgrube war, die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen. Post und Kölnische Volkszeitung haben sich daran ergötzt. Reghäuser ist dafür eingetreten, die Politik in die Gewerkschaften zu tragen; er wollte parlamentarische Berufsvertreter nach englischem Muster. Das vertritt sich doch nicht mit unseren Anschauungen. Wir wollen nicht Zustände wie in England, wo die Achtundsechzig gefallen ist infolge der Abstimmung von Arbeitervertretern. (Reghäuser ruft: So dumme sind doch wir nicht!) Ich sage nicht, die Gewerkschaften werden sozialdemokratisch sein oder sie werden nicht sein. Ich bin für Neutralität, soweit sie durch das Statut festgelegt ist. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß in ein Gewerkschaftsblatt keine Feindseligkeit gegen die sozialdemokratische Partei, die eine Arbeiterpartei ist, gehört. Reghäuser war nicht immer der Angegriffene, sondern auch manchmal der verletzende Angreifer; Die Gründung des Vereins Arbeiterpresse

hat er z. B. nur dazu benutzt, um auf die faulen Zustände in der Parteipresse hinzuweisen. Das ist keine schöne Kampfesweise. Ganz unangemessen war auch eine persönliche Polemik gegen Webel, dem der Korrespondent über Klatsch und andere unschöne Dinge nachgesagt hat. Ich bin der Meinung, diese Polemik gegen Webel ist erfolgt, um die ganze Partei zu treffen. (Widerspruch.) Die Persönlichkeit Webels verdient eine andere Behandlung. Ich bin fertig. Ich wiederhole, daß ich meine Ausführungen nicht gemacht habe, um Reghäuser zum Gaudium der Buchdrucker-Nacht herunterzureißen, sondern nur, weil ich der Meinung bin, daß die gewerkschaftlichen Interessen sehr gut ohne Feindseligkeiten gegen die politische Partei gewahrt werden können. Auf dem Reghäuser'schen Wege kommen wir nicht weiter. Die Arbeiter haben neben der gewerkschaftlichen Bewegung die politische Vertretung notwendig. Die Webb's, diese laibblätigen englischen Realpolitiker vom Schlage unseres Döblin, haben nützlich in der Sozialen Praxis anerkannt, daß die englischen Gewerkschaften nicht den nötigen Einfluß aufs Parlament ausüben. Die politische Partei ist notwendig, das beweist Frankreich mit seiner schwachen gewerkschaftlichen Bewegung, wo die Verfüzung der Arbeitszeit gesetzlich durchgeführt werden konnte infolge der Aktion der politischen Partei. Ich habe alle persönlich-geheißenen Angriffe vermieden. Die Aussprache würde mich völlig befriedigen, wenn Reghäuser im Korrespondent Frieden mit der Partei halten würde. Selbstverständlich soll es ihm nicht verwehrt sein, auf Angriffe à la Leipziger Volkszeitung aufs härteste zu antworten. Folgen wie dem Stuttgarter Kongress, sprechen auch wir uns für den Frieden aus. (Beifall.)

Engelbrecht-Leipzig weist auf die Stinfbomben hin, die die Leipziger Volkszeitung bis in die letzte Zeit gegen den Verband geschleudert habe. Unter diesem Gesichtspunkte müsse man die Sache beurteilen. In Leipzig sei fortwährend gegen die Tarifgemeinschaft gehandelt worden und es sei gut gewesen, daß Reghäuser wie ein geölter Mist zur rechten Zeit dazwischen gefahren sei. Wenzel habe der Gewerkschaft zu große Bedeutung beigelegt. Sie wäre überhaupt ohne die Unterstützung der Parteipresse ganz bedeutungslos gewesen. Jetzt rücken ja die Parteiblätter von der Gewerkschaft ab, aber etwas spät. Krates war immer. Von der Parteipresse sei Döblin oft als Genosse mit Gänsefüßen bezeichnet worden. Mit dem alten Härtel war fortwährend Strach. Selbst Gajch mußte sich fortgesetzt mit Auer herumtschlagen. So wird es immer sein. Wir Leipziger Kollegen erklären hiermit unser volles Einverständnis mit der reaktionellen Leistung des Korrespondent durch Reghäuser. Wir wollen eine streng gewerkschaftliche Debatte wieder nach rechts noch nach links. Im übrigen sind wir Leipziger ebenso gesinnt, wie die Buchdrucker anderswo auch. Wenn wir uns auf die Wand nicht drängen, von der man uns hinunterstürzen will, so liegt das in lokalen Ursachen begründet. Wir erkennen an, daß die Haltung Reghäuser's ihre berechtigte Veranlassung hat, wir erkennen nicht an, daß die Angriffe auf die Partei unrecht waren. Feuerstein habe hier viel Stellen aus dem Korrespondent angezogen, er könnte hier auch viel Stellen aus der Schwäbischen Tagwacht gegen den Korrespondent und die Buchdrucker verlesen. In dem Streitfall mit der Leipziger Volkszeitung habe die Schwäbische Tagwacht auch tendenziös berichtet. Die Haltung des Korrespondent gegen die Partei war nicht freundlich. Ungerecht zeugt die Aeußerung: „Die Fraktion Döblin-Reghäuser gefüllt uns nicht“, auch von keinem Wohlwollen. Solange uns die Leitung Döblin-Reghäuser gefällt, haben andere nicht das Recht, unsere Zeitung herunterzureißen. Werden die Verhältnisse jetzt etwas besser, so hat daran die mutige Haltung des Korrespondent den Hauptanteil. Noch einmal, wir sind mit der Schreibweise des Korrespondent einverstanden, weil sie in den Verhältnissen ihre Erklärung findet. (Auf: Leipziger Verhältnisse!) Das sind keine Leipziger Verhältnisse. Döblin ist kein Leipziger, die Tarifgemeinschaft ist auch keine Leipziger Angelegenheit. Soll Friede werden, so müssen die Feindseligkeiten zuerst in der politischen Partei aufhören. (Beifall.)

Die Debatte wird hier unterbrochen.

Feuerstein beschwert sich über ungenaue Berichterstattung in einzelnen Parteiblättern.

Döblin stellt fest, daß diese Beschwerden den Berichterstatter des Vorwärts und des Hamburger Echo nicht treffen, und fügt hinzu: Aus solch ungenauen Berichterstattungen sind schon häufig Mißverständnisse zwischen Partei und Verband erfolgt. Anspruch auf volle Richtigkeit habe nur das stenographisch aufgenommene Protokoll.

Hierauf tritt eine Pause ein.

Nach der Pause nimmt das Wort Reghäuser-Leipzig: Er weist auf die große Verantwortung hin, die gerade der Medatour des Buchdruckerblattes zu sich nehmen muß. Zur Darlegung seines Standpunktes, zur Rechtfertigung seines Verhaltens bitte er, längere Ausführungen machen zu dürfen. Für jedes der drei verflochtenen Jahre werde man ihm hoffentlich eine Stunde Redezeit bewilligen. (Große Heiterkeit.) Massini habe gesagt, der Stuttgarter Kongress habe auf höherem Niveau gestanden, als der Frankfurter. Er sei gegenentlicher Meinung. Die Aeußerung Regiens in Frankfurt, daß, wenn eine andere Partei auch Arbeiterinteressen vertrete, könne man auch mit ihr gehen, wäre in Stuttgart nicht möglich gewesen. In Stuttgart sah man das erste Mal Regierung'svertreter. Ich halte es für einen Fortschritt, daß auch einmal die Arbeiter das Ohr der Regierung haben. Wie hat man nun diese Vertreter in der Parteipresse behandelt? In der Schwäbischen Tagwacht hat der Sozialpolitiker Adolf Braun den Regierungsrat Höjler in der taktlosesten Weise angeempelt. Was sollte denn der Mann machen? Sollte er ein Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung ausbringen, sollte er den Kongress im Namen Posadowsky's herzlich begrüßen? Ich bin überzeugt, der Kongress hätte das mit Beifall begrüßt. (Heiterkeit.) Herr Wömelburg sagte am Schluß, nichts sei ihm schmerzlicher gewesen, als die Begrüßung der Regierungsvertreter. Er hätte den Schmerz verhalten können, wenn die Regierung nicht eingeladen worden wäre. Man hat meine Friedenserklärung in Stuttgart hier schon mehrfach angezogen. Ich habe nie einen anderen Standpunkt vertreten. Wenn man uns ungeschoren läßt, werde ich die Partei nie angreifen. Aber das ist nicht geschehen. Wenn ich die Angriffe der Parteiblätter hier alle zusammengetragen wollte, Herrn Feuerstein würde auch als Parteigenossen die Galle überlaufen. Wir verlangen, daß unsere Organisation als so bedeutsam behandelt wird, daß sie ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln könne. Bei der Sonderorganisation bei uns handelt es sich nicht um Leute, die irgend ein Gewerkschaftsprinzip vertreten, sondern einen politischen Radikalismus und Doktrinismus, der mit gewerkschaftlicher Organisation nichts mehr zu thun hat. Die Partei hat die Leute erst pouffiert, zieht sich heute von ihnen zurück. Man liebt den Verrat, aber man berachtet den Verräter. Heute haben die Leute den Einfluß verloren, deshalb läßt man sie auch in der Partei links liegen. Kollege Feuerstein hat von mir ein Kleinliches Jerrbild gemacht. Ich sollte über die Arbeitsinteressen Leipzigs nicht hinausgehen können, ich soll, weil ich aus der Partei ausgeschlossen bin, mich von allen Zielen der Partei abgewandt haben. Nein, ich habe mein proletarisches Massenbewußtsein nicht verloren, ich bin kein Kleinlicher Kerl. Ich fasse die Sache durchaus im Großen an. Feuerstein hat hier die Frankfurter Zeitung, die gegen mich polemisiert hat, ins Feld geführt. Bisher sagte man, die bürgerliche Presse lobt Reghäuser, so weit ist es schon mit ihm gekommen. Jetzt ist es wieder nicht recht, daß die Frankfurter Zeitung gegen mich polemisiert. Man hat mir vorgeworfen, daß ich geschrieben habe, in Mainz

ist das „Endziel“ zu Lobe geritten worden. Ich habe mich damit nur gegen die Radikalen à la Rosa Luxemburg wenden wollen. Auch ich bin nicht für die Verflüchtigung des Proletariats. Gegen die Konsumvereinsbewegung habe ich Stellung genommen wegen der häufigen Klagen, die aus Kreisen der Angestellten kamen. Ich habe auf die faulen Zustände in den Parteiredaktionen hingewiesen. Mit Recht. Es kommen nirgends so viele hinausgraulungen vor wie in der Parteipresse. Die Redakteure verziehen immer aus der einen Ecke in die andere des Reichs. Vielleicht ist es Ihnen, Kollege Feuerstein, in den nächsten Jahren schon vergönnt, ähnliche Erfahrungen zu sammeln, dann brauchen wir uns auf der nächsten Generalversammlung darüber nicht zu streiten. (Heiterkeit.) Was nun die allgemeine Haltung des Korrespondent anlangt, so sage ich, die Politik kann nicht vermieden werden. Der Passus im Statut, der die Politik ausschließt, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Politik gehört in die Gewerkschaften, freilich keine Parteipolitik. Mit der Sozialpolitik müssen wir uns beschäftigen. Die deutsche Sozialpolitik ist von der Sozialdemokratie immer sehr gering eingeschätzt worden; man hat den Arbeitern die Versicherungsgesetze förmlich vererbt. Es kommen dabei verschiedene Auffassungen zu Tage. Fischer sagt: Geben Sie uns das unbeschränkte Koalitionsrecht und wir brauchen die ganze soziale Gesetzgebung nicht. Das bedeutet doch eine Anerkennung der Gewerkschaften. Andererseits sagt Wurm in seinem Lexikon, die Gewerkschaften hätten gegenüber der sozialen Gesetzgebung nur sekundäre Bedeutung. Ich meine, mehr noch wie das unbeschränkte Koalitionsrecht könnte die Gewerkschaftsbewegung hoch kommen, wenn die persönlichen Streitereien, die Gesinnungsrichtungen innerhalb der Gewerkschaften, die Sonderbündeles aufhörte. Es ist der Mangel an Selbstvertrauen, was man aus eigener Kraft erreichen kann, das ist der springende Punkt. Wir Buchdrucker haben das Vertrauen, aber viele andere Organisationen haben es nicht und daran ist die Partei nicht unschuldig. Die Partei drängt die Arbeiter zum Verzweiflungsstandpunkt. Webel prophezeit den baldigen Madderabatsch, andere Leute wenden sich gegen die Arbeitslosenunterstützung, weil sie das Elend der Arbeiter nur verlängern. Da muß ja die Meinung aufkommen, daß die Gewerkschaftsarbeit Schiphisarbeit ist. Uebererleis schreibt Franz Mehring in der Neuen Zeit 1900, jeder kleine Arbeiterverein ist mehr wert, als ein Dugend parlamentarischer Hauptkassachten. Wenn schon ein kleiner Arbeiterverein so viel wert ist, wie viel Bedeutung muß dann unsere große Organisation haben? Ich bitte Ihre Logik walten zu lassen. (Sehr richtig!) Medner geht im weiteren Verlaufe auf Aeußerungen in den Partei- und Gewerkschaftsblättern ein und citiert eine große Anzahl, in denen der Verband, seine gewerkschaftliche Tätigkeit angegriffen wird. Besonders die Einführung der Lehrlingskassa wird als reaktionär, die Erreichung des Endziels hinausgeschoben kritisiert. Eine häufig wiederkehrende Medensart sei die, in guten Zeiten erreicht die Gewerkschaftsbewegung etwas, in schlechten geht es wieder verloren. Wir haben jetzt die Unrichtigkeit des Satzes glänzend bewiesen, wir haben trotz absteigender Konjunktur einen besseren Tarif errungen. In England wird die gewerkschaftliche Arbeit richtig eingeschätzt. Ein englischer Unternehmer hat zu einem deutschen Unternehmer einmal gesagt: Sie haben es in Deutschland besser als wir, die deutschen Arbeiter verlangen bloß die Revolution, die englischen Arbeiter aber verlangen höhere Löhne. (Heiterkeit.) Es ist hier gefagt worden, ich solle die jungen Kollegen besser für die Sozialdemokratie erziehen. Ich breche den Spieß um und sage, die Parteipresse möge von uns nicht ein Jerrbild geben, daß junge Parteigenossen von uns abgeschreckt werden. Was ich als Grundsätze proklamiere, kommt auch bereinigt in der Parteipresse zum Ausdruck. Die Wändener Post schreibt, die Partei muß sich mehr mit reinen Arbeiterfragen beschäftigen. Auch ein Artikel der Neuen Zeit hat anerkannt, daß das Schwergewicht heute im Parlament nicht liegt, daß der Hamburger Hafenarbeiterstreik bedeutungsvoller sei für die Arbeiterbewegung als alle Parlamentsdebatten. Das ist auch meine Meinung. Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung liegt heute in der Gewerkschaftsbewegung; leider haben das die Gewerkschaften noch nicht erkannt. Die Gewerkschaften müssen die politische Bewegung in die Hand nehmen, nicht die parteipolitische Bewegung, aber die sozialpolitische Bewegung. Bisher waren die Gewerkschaften ein Spielball in den Händen der politischen Parteien. Wenn jetzt die stärker werdenden Organisationen sich emancipieren, so giebt das Anlaß zu Neiderzien. Das ist auch ein Grund, weshalb es nicht glatt abgeht. Der Buchdruckerverband ist die stärkste Organisation und die selbstständigste. Das ist den führenden Personen in der Partei ein Dorn im Auge, daher die Feindseligkeit gegen den Verband, nicht gegen die Personen Döblin und Reghäuser. Die Führer wollen die Macht der Organisationen nicht aufkommen lassen. In der großen Masse der politischen Parteigenossen ist man heute noch der unskuldvollen Meinung, daß Partei und Gewerkschaften nebeneinander hergehen müssen. In Parteikreisen faßt man die Neutralität nur als taktische Frage auf; für mich ist sie eine prinzipielle Frage. Heute fühlen sich unsere Gewerkschaftler noch als Parteigenossen. Aber mit dem Wachstum der Gewerkschaften wird der Gegensatz zur Partei immer stärker werden. Ich sage das nicht, um Stimmung zu machen, sondern aus meinem Studium der Angelegenheit heraus. Die Partei hat ihre Ideale in der Theorie. Wo sie als Unternehmer in die Erscheinung tritt, kommen sehr häufig Konflikte mit den Arbeitern vor. (Medner verliest eine Einsendung der Fortser Kollegen über schlechte Arbeitsverhältnisse in der Fortser Parteiredaktion und die den Buchdrucker feindselige Haltung des Fortser Parteiblattes.) Es sind nicht die Persönlichkeiten, es sind sachliche Verhältnisse, die Gegensätze zur politischen Partei hervorrufen. Das Wachstum der übrigen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen wie der Hirsch'schen, zwingt unsere Gewerkschaften zu einer anderen Haltung. Die Neutralität muß stärker gewahrt werden. Bernstein hat sich in Abend in einer Weise über Partei und Gewerkschaften geäußert, die ich fast völlig unterschreibe. Ich sage, das Endziel der Evolution kann sich auf die Dauer mit dem Endziel der Revolution nicht decken. Ich habe Webel schon einmal in einer Konferenz gesagt: Sie seien eine sozialistisch-radikale Reformpartei und erst dann werden unsere Differenzpunkte verschwinden. Wir werden auf die Wahn der Kompromisse gedrängt. Man kann die Arbeiterbewegung nicht umgeben, die Arbeiter können auch die Unternehmer nicht ignorieren. Deshalb ist die Kompromisspolitik notwendig, wie sie auch für die Partei oft notwendig ist.

Der Vorstehende Döblin unterbricht hier den Medner und ersucht ihn, diese theoretischen Ausführungen abzubrechen und sich mehr an das Thema, die Haltung des Korrespondent, zu halten. Die Generalversammlung beschließt aber, daß Reghäuser in der von ihm beabsichtigten Weise seinen Vortrag beenden soll.

Reghäuser-Leipzig fährt fort: Seine Darlegungen hätten den Zweck gehabt, zu zeigen, daß die Gewerkschaftsbewegung mit der einflussreichen Strömung des Revolutionarismus in der Partei nicht in Einklang zu bringen ist. Die Blätter, die uns freundlich gegenüberstehen, treiben praktische Politik. Sie wärmen noch manchmal eine radikale Phrase auf, im ganzen machen sie nur praktische Politik. In der Partei nimmt man sehr häufig gegen die Neutralität Stellung. Hervorragende Parteigenossen finden es schmerzlich, daß es mehr gewerkschaftlich als politisch organisierte Genossen geben könnte. Das ist kein Arbeiterstreik, sondern der Standpunkt des engsten, besten Parteinteresses. Fanatische revolutionäre Politiker können der Gewerkschaftsbewegung nicht das richtige Verständnis entgegenbringen. Die Auffassung vieler Arbeiter-

Freie geht gegen die Neutralität, darüber kommen wir nicht hinweg. Wenn ich dagegen Front mache, so ist das meine Pflicht als Gewerkschafter. Das hat mit Leipzig und den Angriffen auf meine Person nichts zu tun. Das sind grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten und Gegenstände, die ausgemacht werden müssen. Der Correspondent ist seit 20 Jahren von der Partei angegriffen worden. Wir würden heute noch hundsgemeiner behandelt werden, wenn ich nicht den Mut gehabt hätte, die Angriffe fest zurückzuweisen. (Lebhafter wiederholter Beifall.) Die Angriffe auf den Verband ziehen sich seit 20 Jahren wie ein roter Faden durch die Parteigeschichte. Man hat uns als rückständig, als falsche preussischen Gewerkschaft bezeichnet, gefragt, ob der Polizeipräsident unser Jubiläum mitfeier. Man hat dem Verband die Lebensfähigkeit abgesprochen, von Verumpfung im Verbands geschrieben. Ich bitte also, nicht mit meiner Person zu operieren. Man hat uns den Massenkampfstandpunkt abgesprochen. Wir haben in unseren Kämpfen mehr Massenkampf geübt, als die politische Partei zu kämpfen in der Lage ist. Wir haben oft genug unsere ganze Lebensenergie in die Schanze geschlagen. Das ist Massenkampf. Ich nenne es aber nicht Massenkampf, wenn die Leipziger Tabakarbeiter, weil den Unorganisierten eine Zulage versprochen wurde, aus der Organisation austraten, um diese Zulage auch zu erhalten. (Große Heiterkeit.)

Man hat sich hier über den Ton im Correspondenten beschwert. Ich verweise auf den Ton auf dem Lübecker Parteitag zwischen Parteigenossen. (Nebsther stellt eine Blütenlese der in Lübeck gefallenen erregten Äußerungen zusammen und citiert dann einen Artikel aus der Bergarbeiter-Zeitung.) Wenn ich so zu schreiben gezwungen hätte, man hätte mich ganz anders behandelt, wie man der Bergarbeiter-Zeitung entgegengetreten ist. Aus dem Correspondent sind Citate direkt gefälscht worden. In der Partei herrscht eine Unbuddisamkeit, die an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnert. Vollmar hat das ähnlich gegen die Rosa geäußert. Ein einseitiger Doktrinismus macht sich in der Partei geltend. Die Lieberbilder der Partei werden „zielbewußt“ gestaltet, alle Lieber werden geändert. Das Wort Gott darf nicht mehr in einem Lieber vorkommen. Schenkenbörcks deutsche Brust wird in „freie Brust“ geändert, obwohl doch der Dichter bei dem Wort deutsch nicht an die rheinischen Schienensfelder oder die ostelbischen Brotwinzerer gedacht hat. Ich habe diese Citate nicht aus Kleinlichkeit gegen die Partei vorgebracht. Ich habe Ihnen meine prinzipiellen Ansichten dargestellt. Ich bitte Sie, meine Gesamtarbeit zu beurteilen. Ich habe nur das Gesamtinteresse der Organisation vertreten. Ich will Frieden halten und hoffe, daß meine heutigen Darlegungen die Partei veranlassen werden, an die eigene sündige Brust zu schlagen. Wie sich die Dinge in der Zukunft gestalten werden, das wissen wir nicht. Das werden die Zeitverhältnisse bringen. Es ist selbstverständlich, daß nicht alles, was ich getan habe, Ihnen uneingeschränkt Beifall finden kann. Ich bitte Sie aber, meine Thätigkeit kollegial zu beurteilen. Ich glaube so handeln zu müssen zum Besten unserer Organisation. (Beifall.)

Hilfsbrand-Stuttgart: Reghäuser sagte, die Parteipresse sei bemüht gewesen, ein Herrbild von ihm zu entwerfen. Ich sage, Reghäuser hat von der Partei ein Herrbild entworfen. Reghäuser hat hier viele Citate aus der Parteipresse gegen die Buchdrucker vorgebracht. Man könnte das dreifache Material für die Buchdrucker zusammentragen. Die Äußerungen vor der Hallenser Generalsversammlung scheide ich aus. In den letzten Jahren hat die Parteipresse den Buchdruckerverband nicht mehr angegriffen, einzelne Äußerungen sind nicht die Partei. Er hat hier wieder geistlich Stimmung gegen die Partei gemacht, die gewiß noch recht gefährliche Explosionen zur Folge haben wird. (Sehr richtig!) Reghäuser vernichte bei Feuerstein den „großen Zug“. Ich frage Sie, wie Kleinlich hat heute Kollege Reghäuser operiert. Kleinlich und niedriger ist in Lübeck nichts gesagt worden, als was er gestern dem Kollegen Feuerstein gesagt hat. Auf Feuersteins sachliche Bemerkungen antwortete Reghäuser mit der niedrigen Bemerkung, Feuerstein habe nur seine Willkür über den Parteivorstand abgegeben. Das ist eine so niedrige Einschätzung eines Kollegen, daß ich mich wundere, daß der Vorsitzende die Bemerkung Reghäusers ungerügt gelassen hat. Hier kam die Tendenz gegen die Partei Stellung zu nehmen, zum effektanten Ausdruck. Reghäuser will nun nichts davon wissen, daß die Leipziger Verhältnisse seine Stellung beeinflussen. Ich bin aber noch wie vor der Überzeugung, daß diese Leipziger Verhältnisse die Hauptschuld daran tragen. Sie sind das Primäre, seine theoretischen Auffassungen sind das Sekundäre. Die Lösung der Gewerkschaften von der politischen Partei sagt Reghäuser für die Zukunft voraus. Das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Heute ist es nicht notwendig, daß wir Arbeiter, die wir doch im ganzen einer Bewegung sind, uns zersplittern und unsere Kräfte schwächen. Ich bestreite ganz positiv, daß bei uns in Deutschland ein Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften irgendwie praktisch geworden ist. Dagegen sprechen meine persönlichen Erfahrungen auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiet. Thatsache ist doch, daß vielfach die gleichen Personen beide Bewegungen gefördert haben. Reghäuser führte Äußerungen von Arbeiterführern gegen die Gewerkschaften an, ebenso viel Arbeiterführer haben sich doch für die Gewerkschaften ausgesprochen. Duzende von Arbeiterführern

haben ihr Leben und ihre Gesundheit für die Gewerkschaftsbewegung geopfert. Ich halte es für natürlich, daß jetzt andere Verhältnisse plagarbeiten, als unter dem Sozialistengesetz. Heute befinden sich die Gewerkschaften in einem Entwicklungsstadium, da steigen naturgemäß Späne. Aber gerade deshalb ist es nicht notwendig, daß ein abschließend so feindseliger Ton angeschlagen wird, wie ihn Reghäuser angeschlagen hat. Wir wollen nicht, daß der Correspondent ein Kampforgan gegen die Sozialdemokratie wird, daß darin jeder kleine faux pas eines Parteigenossen in langen Artikeln ausgeschlachtet wird, daß aber auf der anderen Seite die Besprechung der tariflichen Verhältnisse Einbuße erleidet. Reghäuser führte Äußerungen aus der Partei gegen die Neutralität an. Die vielen Äußerungen für die Neutralität unterschlug er. So hat doch J. P. Bebel sich für die Neutralität erklärt. Reghäuser hat mit einzelnen Äußerungen aus der Partei operieren müssen, denn offizielle Parteiaußerungen unserer Parteinstanzen kann er nicht anführen, die sich gegen den Verband richten. In sonst ganz sachlichen Artikeln hat Reghäuser der Partei ganz unmotiviert Sottisen gesagt. So hat er in einem Artikel über den belgischen Generalstreik die Wendung eingeschoben: Gegen seine sonstige Gewohnheit habe der deutsche Parteivorstand einmal Arbeiter mit Geldmitteln unterstützt. Diese Sottise ist ganz unbedeutend. In gar vielen Fällen hat der Parteivorstand Geld bewilligt für Arbeiterkämpfe. Reghäuser hat sich zu dem einseitigen Vorwurf verhalten, die 57 Abgeordneten hätten nichts für die Arbeiterbewegung geleistet. Unsere Arbeitervertreter sind noch nie der Gewerkschaftsbewegung in die Wege getreten, sie sind stets durch die Gesetzgebung zu fördern gesucht. Die heutige Rede Reghäusers war eine echte und rechte Kampfrede und zeigte von geringer Friedensliebe. Ich nehme sie ihm nicht übel. Er ist persönlich verblüht und hat Grund dazu. Er soll auch nicht glauben, daß ich gegen ihn persönlich bin. Ich erhebe meine Stimme namens weiter Mitstreiter, die verlangen, daß mit dieser Kampfpolitik, mit dieser Gewerkschaftspolitik ein Ende gemacht werden muß. Er kann unbeschadet seiner theoretischen Anschauungen für den Verband segensreich wirken, ohne daß er auf jeden unverständigen, unvernünftigen oder unverzeihlichen Angriff in solcher Weise reagiert, wie er es bisher getan hat. Diese Art des Kampfes hat große Mißstimmung erzeugt, die er nicht leicht nehmen sollte. Reghäuser sollte nicht bloß immer sagen: Man lasse mich ungeschoren, er sollte auch einmal sagen: Ich will die Partei ungeschoren lassen. Wir müssen mit der Partei in Frieden leben, denn wir sind auf sie angewiesen. Nicht gegen, sondern miteinander müssen wir die Arbeiterbewegung zu fördern suchen.

Den Artikel gegen die Regierungsvorrede von Adolf Braun in der Schwäbischen Tagwacht konnte weder Feuerstein noch ich censurieren, er hat aber mit der ganzen hier erörterten Frage nichts zu thun. Ich schließe mit der wiederholten Mahnung an Reghäuser zum Frieden. Wir haben keine Ursache die Sozialdemokratie zu schwächen und zu bekämpfen. Sie ist als wahre Arbeiterpartei für unsere Interessen einzutreten und wird es auch in Zukunft thun. (Beifall.)

Faber-Berlin kommt auf das Posadowitztelegramm zu sprechen, das eine völlig falsche Auslegung in Parteikreisen gefunden habe. Man habe es fälschlicherweise als eine Huldbigung für Posadowitz angesehen. Die Absendung geschah, um die Reichsbehörden für die Beschlüsse des Tarifausschusses zu interessieren. Wir wollten der gegenseitigen Festlegung unseres Verbringungsregulativs die Wege ebnen. Nicht an die Personen, nur an die Behörden sind die Telegramme abgegangen. Das Telegramm und das Einladungsschreiben der Generalkommission zum Gewerkschaftskongress würden sich ähnlich sein wie ein Zwillingsspaar. Auf dem Gewerkschaftskongress seien die Buchdrucker, ohne Widerspruch zu finden, zu den Seiten geworden worden. Herr Boehl, der das gesagt habe, müsse wenig Abnung von den Zielen der Buchdruckerorganisation haben. Die beste Organisation dürfe nicht in solcher Weise beschimpft werden. Er behaupte, daß man solchen Reden nicht mit der nötigen Schärfe entgegengetreten sei. Reghäuser habe Fehler gemacht, es hat die sozialdemokratischen Mitglieder oft peinlich berührt. Wir sind erfreut, daß er Frieden zu machen bereit ist. Die größeren Fehler liegen bei einzelnen Parteiorganen, ich will nicht sagen der Gesamtpartei. Das Schreiben der Leipziger Volkszeitung war ganz unverantwortlich. Die Kellereiberei hat die äußerste Grenze hier wirklich überschritten. Die Wälder in Halle, Steintin und Dresden haben in dasselbe Horn geblasen. Reghäuser befand sich in schwieriger Lage, er hat seine Aufgabe im großen glücklich gelöst. Es gibt Elemente, die den Gegensatz zwischen Partei und Buchdrucker künstlich gefördert haben. Denen hätte die Partei von Anfang an das Handwerk legen sollen, aber diese Elemente sind in erster Zeit geschäftlich worden. Auch Redakteure, die ehemalige Kollegen sind, haben große Schuld an den Reibereien. Wir verlangen, daß im Correspondent die Partei nicht beschimpft wird, sie ist eine Arbeiterpartei, und wir haben ihr viel zu verdanken. Wir verlangen Frieden im Correspondent, wir verlangen aber auch Frieden in der Parteipresse. Dorich u. v. Franfurt a. M. tabelt die Haltung des Correspondent und seine Feindseligkeit gegen die Partei. Viele brave Mitstreiter seien in ihrer Parteigehörigkeit getränkt worden. Darüber aber sei man doch wohl einig, daß die Partei es nicht verdient, heruntergerissen zu werden. Es liege doch aller Anlaß vor, unsere Kollegen

in einen künstlichen Gegensatz zur Partei zu bringen. In einzelnen Parteiblättern sei gegen die Buchdrucker geflücht worden, in anderen sei man aber für die Buchdrucker eingetreten. Die Zustände in Leipzig seien höchst traurig. Viel ändern werde sich aber in Leipzig nicht, deshalb solle man die Leipziger Hejergesellschaft möglichst ignorieren. Der Gewerkschaftskongress habe dem Frieden das Wort geredet, Reghäuser habe seine dort abgegebene Friedensklärung heute wiederholt. Das berechtige zu guten Erwartungen.

Kraiser-Zwickau weist auf die Arbeiterknebelung in Sachsen hin, aus der sich der dortige Radikalismus erkläre. Die Tarifgemeinschaft habe bei diesen Radikalen die Meinung eines Partiers mit dem Unternehmertum, eine Verumpfung der Gewerkschaft hervorgerufen. Er bedauere den Ton der Kritik aber auch die Gegenäußerungen. Auf beiden Seiten sei gefehlt worden. Er fürchte nach der heutigen Rede Reghäusers, daß der Kampf noch weiter dauern werde.

Gibt die Verhandlung auf Freitag früh verlagert wird, giebt der Verfasser einen Protest des Genossen Steidemann gegen die Bemerkung Dominós bekannt, daß er sich aus einem Verbandsfunktionär zu einem Gegner des Verbands entwickelt habe.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Mit der Landbestrauer hat es eine eigene Verwandnis. Die bürgerlichen Blätter erscheinen fortgesetzt schwarzgerändert und bringen nicht nur preisende Artikel auf die Verdienste des verstorbenen Landesvaters, sondern versichern uns auch fortgesetzt der tiefsten Anteilnahme des gesamten sächsischen Volks, ohne dabei jedoch unzerlassen zu können, den tiefen Gegensatz zwischen dem verstorbenen König und den „Noten“ hervorzuheben. Ganz abgesehen davon, daß die größere Hälfte des sächsischen Volkes zu den „Noten“ gehört und man von dieser doch nicht mehr als eine rein menschliche Teilnahme erwarten kann, scheint man von der Trauer der kleineren Hälfte des Volkes kaum eine besondere Innerlichkeit vorauszusehen. Denn wie wäre es sonst zu verstehen, daß die Landbestrauer nicht als freiwillige Gabe des Volkes erwartet, sondern einfach gesetzlich festgelegt wird, und zwar durch das Mandat vom Jahre 1831, obgleich wir im Jahre 1902 und unter total veränderten Verhältnissen leben. Nun werden aber von den wirtschaftlichen Schädigungen, die durch die Landbestrauer hervorgerufen werden, nicht nur die „Noten“ betroffen, sondern in dem gleichen Umfange auch die lokalen Unterthanen. Viele Tausende armer Muster und Gastwirtsgehilfen verlieren auf etwa 2 Wochen entweder jeden oder doch den größten Teil ihres Einkommens, weil außer den übrigen Wochentagen je zwei Sonnabende und Sonntage innerhalb der gesetzlichen arbeitsfähigen Zeit für die Erwerbsverhältnisse in Betracht kommen. Bei Tausenden reicht der Verdienst bei voller Beschäftigung kaum zu. Die Armen mögen sich und ihre Angehörigen mit dem Gedanken trösten, daß es sich mit leerem Magen besser trauert. Der Vater Staat, der während dieser Zeit die Gehälter der Minister ungelürzt zur Auszahlung gelangen läßt, fragt hiernach wenig. Ebenso einschneidend ist die Zwangs-Landbestrauer für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Saalbesitzer, die ihre Säle an Vereine zu Sommerfesten u. dgl. überlassen hatten, nunmehr aber fast aller daraus resultierenden Einnahmen verlustig gehen. Im Zusammenhang hiermit kommen die zahlreichen Diebstahle und deren Personal bei Sommerfesten und anderen „öffentlichen Lustbarkeiten“ in Betracht, deren Verluste ganz namhafte sind. Hat doch der Schreiber dieses als kleiner Geschäftsmann eine Windernehmung infolge der Zwangs-Landbestrauer von nicht weniger als 800 bis 900 Mark zu verzeichnen. Zu derselben Zeit fliegt mir der bekannte grüne Schein (Steuerzettel) zu, der mir sagt, daß ich als Folge der Berechnungen des unter Sanction des verstorbenen Königs von den verhassten „Noten“ gründlich gefesterten Landtags einen 20prozentigen Zuschlag zur Staatseinkommensteuer zu zahlen habe. Für betrieblige Kleinigkeiten hat selbstverständlich die „gutgesinnte“ Presse keinen Sinn oder keinen Raum. Ihre Spalten sind meist dem widerlichsten Byzantinismus geöffnet. K. E.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:
 Frau Dunder, Gohlis, Wilhelmstr. 2, III.
 Frenzel, Lindenau, Sanderstr. 10, I.
 Geibel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt.
 Jäger, Connewitz, Leipziger Str. 83, pt.
 Müller, Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 10, IV.
 Remus, Schleißig, Könnrichstr. 87, pt.
 Schumann, Lindenau, Bismarckstr. 40, pt.
 Wibera, Leutzsch, Hauptstr. 20, II.

Arbeiterinnen bringen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an bei
 Fräulein Marie Sedelmeyer
 amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeiterinnen der Reichshauptmannsch. Leipzig
 Leipzig, Quälstraße 1, I.
 Sprechstunden: Sonntags vormittags 11-12 Uhr, Montags abends 6-8 Uhr

Kein Wahlrecht

zu dem Ende dieses Jahres stattfindenden Stadtverordnetenwahlen besitzen die Leipziger Einwohner, die das Bürgerrecht bis dahin nicht erworben haben.

Das Bürgerrecht kann jeder volljährige Leipziger Steuerzahler auf Antrag erlangen, wenn er die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens zwei Jahre in Leipzig Steuern bezahlt hat. Wer die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, muß zuvor diese erwerben.

Wegen Auskunft wende man sich an einen der nachfolgenden Genossen, die bereit sind, eventuell die erforderlichen schriftlichen Arbeiten unentgeltlich auszuführen.

- Für die Stadt Leipzig.**
 Alt-Leipzig:
 Paul Keemann, Schirmfabrik, Verberstraße 14.
 Heinrich Bange, Duerstraße 20.
 Traug. Kurze, Rörnberger Str. 22.
 Alfred Dieke, Gastwirt, Körnerstraße 88.
 Gustav Wenge, Kolonnadenstr. 8.
 Ludwig Martin, Eiserstraße 19, Hof I.
 G. Boreis, Cigarrengeschäft, Marktallenstr. 12.
 Comptoir der Volkszeitung, Lauchaer Str. 19/21.
 Ost-Vorstadt:
 Adin Feledemann für Neustadt, Volkmarbörck, Konradstraße 64.
 Hermann Seidel für Neuschönefeld, Neustadt, Eisenbahnstraße 49.
 Otto Wörberger für Volkmarbörck, Ager, Burgener Straße 8.
 Friedrich Hammer für Sellenhausen, Baummannstraße 7.
 Johannes Ebeling für Ager, Zweinaundorfer Straße 65, II.
 Johann Scheid für Reuditz, Ode Köhlgartenstraße und Ranfische Gasse.

- Alfred Tenne für Thonberg-Neureuditz, Josephinenstraße 11.
 Eugen Dieke für Thonberg-Neureuditz, Reichenhainer Straße 88.
 Julius Lehmann, Ager, Karlstraße 18, p.
 Süd-Vorstadt:
 Bruno Meyer, Connewitz, Frohburger Straße.
 Richard Jäger, Restaurateur, Connewitz, Pegauer Straße.
 August Gähler, Fichtestraße.
 Gustav Ringspühl, Connewitz, Brandstraße 14, I.
 Franz Müller, Connewitz, Bornaische Str. 74, I.
 West-Vorstadt:
 Adolf Baumes, Schleißig, Könnrichstr. 57, III.
 W. Eppendorf, Plagwitz, Karl Heine-Str. 68, II.
 Ernst Kriehler, Plagwitz, Schönersche Str. 50, p.
 Georg Johannus, Plagwitz, Meißnerstraße 20, II.
 A. Stephan, Lindenau, Josephstr. 47.
 Fr. Wiser, Lindenau, Kirchstraße 17, II.
 Carl Peter, Kleinjch., Plagwitzer Straße 5.
 Max Bobbia, Kleinjch., Plagwitzer Straße 67.
 Richard Krüger, Kleinjch., Wöndorfer Str. 32.
 Otto Treff, Kleinjch., Albertstr. 29.

- Nord-Vorstadt:**
 Oskar Fischer, Gohlis, Siltstraße 2.
 Hermann Müller, Gohlis, Dorothienstraße 80.
 Carl Werner, Gohlis, Halleische Straße 112.
 Emil Krause, Halleische Straße 130, parterre.
 Hermann Schwarz, Gohlis, Lothringer Straße 9.
 Carl Buch, Eutritzsch, Marienstraße 9.
 Robert Rurth, Eutritzsch, Marienstraße 2.
 Richard Reinhardt, Eutritzsch, Delitzscher Str. 88.
 Für die Dörfschaften im Bezirk Leipzig helfen bei der Erlangung der sächsischen Staatsangehörigkeit:
 Rodau:
 Moritz Stör, Leipziger Straße 200 E.
 Herm. Köhler, Hauptstraße 19, II.
 Rödern:
 G. Sangrad, Rietzenstraße.
 Wahren:
 Robert Hausmann, Halleische Straße.
 Böhlitz-Chrenberg:
 Moritz Nieder, Leipziger Straße.
 Stötteritz:
 G. Otto Bayer, Notendruck, Augustastr. 168 D, II. r.

- Schönefeld:**
 G. Müller, Hauptstraße.
 G. Schulze, Dimpfelstraße.
 Baunsdorf:
 Herr, Paulinestraße 98 a.
 Stütz:
 G. Stollberg, Grenzstraße 7.
 Probstheida:
 Gustav Schwarz.
 Hermann Starke.
 Wilhelm Matthia, Grimmaische Straße 28.
 Döhlitz:
 Hermann Gerhardt, Mittelstraße 21, III.
 Großschöder-Windorf:
 Gustav Fied, Mühlentstraße 18.
 August Arnold, Knauthainer Straße 45.
 Richard Ohmann.
 Knauthain:
 August Dito.
 Knauthleeberg:
 Paul Jäger.
 Deutsch:
 Fr. Stoye, Grenzstraße 1.

Bund der Arbeiter-Vereine.

Arbeiterverein Leipzig.
Vereinslokal: Große Fleischergasse (Stadt Gotha). 5968
Sonntag den 28. Juni abends 7/9 Uhr
Rede und Diskussion. Vorgänge und Ansichten auf dem Gebiete der Volksbildung. Der Vorstand.

Arb.-Verein Thonberg-Neureuditz.
Sonntag den 28. Juni abends 9 Uhr
Versammlung
im Gasthof Neureuditz.
L.-D.: 1. Vorlesung. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 5947

Arb.-Verein Stötteritz und Umgegend.
Sonntag den 28. Juni abends 9 Uhr
Versammlung
im Deutschen Haus.
L.-D.: 1. Großer Vortrag über: Das gesetzliche eheliche Güterrecht (Verwaltungs-Gemeinschaft). 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Auf diesen Vortrag werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht und ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten. Der Vorstand. 5948

Gemeinnütziger Verein Holzhausen u. Umg.
Sonntag den 28. Juni abends 9 Uhr
Öffentliche Versammlung.
Vortrag des Hrn. Dr. Duncker über: Die Aufgaben und Organisation der freien Volksbildung. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. 5945

Arbeiterverein Leipzig. Südvorstädtischer Männergesangsverein.

Unser gemeinschaftliches Sommerfest findet **Sonntag den 6. Juli** in der Goldenen Krone zu Connewitz statt.
Anfang 8 Uhr.
Die ausgegebenen Programme beider Vereine haben Gültigkeit. Programm im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 25 Pfg. 5970

Arbeiter-Sängerbund für Leipzig u. Umg. Bundes-Probe im Pantheon (Dresdener Strasse).

Geliebt werden: Festgesang von Kurz und von Uthmann, Empor zum Licht, Frühlingssonne. Noten sind mitzubringen. Die Chöre gelangen am 27. Juni zum Gewerkschaftsfest zur Aufführung, deshalb ist das Erscheinen aller Sänger notwendig. Von den Vereinsvorständen ist das Geld für die Fahrkarten nach Zeit abzuliefern. Spätere sowie Einzelbestellungen können nicht berücksichtigt werden. Die Quartalsbeiträge nimmt der Kassierer entgegen. Der Vorstand. 5935

Bauschlosser.

Sonntag den 28. Juni * Versammlung * im Coburger Hof. Vortrag von Dr. Dunder über Maxim Gorki. 5989

Maler und Lackierer!

Sonntag den 28. Juni abends 9 Uhr
Einzelmitglieder-Versammlung
im Bürgergarten, Brüderstrasse.
Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet. Das Agitationskomitee. 5941

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“.

Alle Sportgenossen, die sich am Sonntag den 29. Juni an den festgesetzten Touren beteiligen wollen, haben sich **früh zwischen 3-4 Uhr am Johannisplatz** pünktlich einzufinden. Die Touren werden daselbst verteilt. Gäste herzlich willkommen. Die Leitung. 5908

Arbeiter-Radfahrer!

Der **Allgem. Arbeiter-Radfahrer-Verein für Leipzig u. Umgegend** veranstaltet am Sonntag den 29. Juni einen Ausflug nach Rochlitz über Lausitz. Abfahrt früh 3 Uhr vom Johannisplatz, bei ungünstiger Witterung ab Dresdener Bahnhof früh 6 Uhr 34 Minuten. Alle Arbeiter-Radfahrer werden ersucht, sich diesem Ausflug anzuschließen. Der Vorstand des Allgem. Arbeiter-Radfahrer-Vereins. 5942

C.-Kranken- u. St.-Kasse d. Tischler u. a. g. Arb., Gohlis.
Zahlstelle
Sonntag den 28. Juni abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung im Wüchshof, Georgstraße.
Tagesordnung: Wahl der Gesamtverwaltung. D. O. 5936

Achtung! Töpfer! Achtung!

Dienstag den 1. Juli abends punkt 8 Uhr
Grosse öffentliche Versammlung
in der Flora, Windmühlenstrasse.
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission und Beschlussfassung über die Tarifreform der Arbeitgeber. 2. Gewerkschaftliches. — Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller notwendig. Der Gesellenausschuss. 5944

Markranstädt.

Sonntag den 6. Juli 1902
Erstes grosses Gewerkschaftsfest
im Etablissement Gute Quelle.
Nachmittags 2 Uhr **Sammeln** in der Parkschenke, Abmarsch punkt 1/3 Uhr mit Musik nach dem Festplatz; daselbst **Instrumental- und Gesangskonzert.** 1/5 Uhr **Festrede** von Karl Siedermann, Dresden. Während des Konzerts **Blumen- und Stollenverlosung** sowie verschiedene Belustigungen.
Von 7 Uhr ab **BALL** auf allen vier Sälen.
Das Komitee. 5988

Ritterschlösschen Barneck. Bei Ausflügen und Sommer-Festen bestens empfohlen. Saal, Kolonnaden, Regelpfad, Garten, Spielplatz. 5950 Karl Schmidt.

Volksverein f. Plagwitz-Lindenau
Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau.
Sonntag den 28. Juni abends 7/9 Uhr
Diskussions-Abend.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. 5946

Der Ausflug
nach Böhlitz-Heuberg findet am 5. Juli statt. D. O.

Vorwärts, Markranstädt.
Sonntag den 28. Juni, abends 7/9 Uhr
Versammlung
im Vereinslokal.
Bericht der Gemeindevorsteher. Zahlreiches Erscheinen notwendig. D. O.

Deutsch-Katholische Gemeinde. (Freireligiöse.) 5984
Sonntag den 29. Juni vorm. 10 Uhr
in der vorrnaligen L. Bürgerstraße: **Erbaunung.** Prediger Kippenberger.
Das Sommerfest ist bis auf weiteres verschoben.

Ausflüge
unternimmt und arrangiert man nach dem **Arbeiterführer für Leipzig u. Umgegend.** Preis ohne Plan 30 Pfg., mit Plan 50 Pfg. Zu beziehen durch alle Kolporteurs, die Volksbuchhandlung und den Verlag **Rich. Lipski,** Leipzig, Range Straße 27. 4642

Buchbinderarbeiten
werden **sauber und billig** ausgeführt. Annahme von **Drucksachen aller Art.**
Friedr. Müller
Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26
Buchbinder u. Schreibwarenhandlung.
Albert Barnecks
Rastler-, Friseur- u. Haarschneide-Salon
Saubere Behebung, Desinfizierung gegen Bakterien 5792
Reinisch., Baumanni u. Bahnhofsstr. etc.

Bettstelle mit Matratze
Schränke
Bertikos
Kommoden
Küchenschränke
Sofas
Divans
Chaiselongue
Spiegel
Kindertwagen
Uhren
Regulateure
5896 mit
5 Mark
Anzahlung
nur bei

S. Osswald
Königsplatz 7, I.
vis-à-vis
der Markthalle.
Fahrrad-Verleih- u. Repar.-Anstalt, Lager sämtl. Zubehörtelle sow. Glocken, Lampen u. s. w. billigst. Reubniz, Bergstraße 18.

Achtung! Achtung!
Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von Brandis und Umgegend.

Nächsten Sonntag den 29. Juni nachmittags punkt 4 Uhr
Öffentl. Versammlung
im Salale des Herrn Ebschbach, Brandis, Windmühlenstr. 101.
Um zahlreichen Besuch bittet. Der Einberufer. 5940

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Das Sommerfest muß der Landbestrauer halber später stattfinden. Die bereits gelösten Programme haben auch dann Gültigkeit. Der Vorstand.

Bericht über den Schlachtviehmarkt
auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 26. Juni 1902.
a) **Kühe:**
188 Rinder und zwar 24 Ochsen, 6 Kalben, 67 Kühe, 86 Bullen;
922 Rinder;
202 Stück Schafvieh;
1848 Schweine und zwar 1848 deutsche, — aus 2806 Tiere.
b) **Marktpreise für 50 kg in Mark.**

| Tiergattung | Bezeichnung | Lebende | Schlachtgewicht |
|-------------------------------|--|---------|-----------------|
| Ochsen: | 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren | — | — |
| | 2. junge fleischige, nicht ausgemästete — ältere ausgemästete | — | 66 |
| | 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere | — | 60 |
| | 4. gering genährte jeden Alters | — | 58 |
| Kalben und Rinder: | 1. vollfleisch., ausgemäst. Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren | — | 62 |
| | 2. mäßig genährte Kalbe u. wenig gut entwickelte jüngere Rinde und Kalben | — | 56 |
| | 3. mäßig genährte Rinde und Kalben | — | 52 |
| | 4. gering genährte Rinde und Kalben | — | 48 |
| Bullen: | 1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes | — | 61 |
| | 2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere | — | 59 |
| | 3. gering genährte | — | — |
| | 4. ältere gering genährte (Bresser) | — | — |
| Schafe: | 1. feinste Woll- (Wollmisch-Woll) und beste Sauglämmer | — | 46 |
| | 2. mittlere Woll- und gute Sauglämmer | — | 40 |
| | 3. geringe Sauglämmer | — | 36 |
| | 4. ältere gering genährte (Bresser) | — | 32 |
| Schweine: | 1. Mastlämmer und jüngere Masthammel | — | 88 |
| | 2. ältere Masthammel | — | 81 |
| | 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werkzeuge) | — | — |
| | 4. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren | — | 62 |
| | 2. fleischige | — | 58 |
| | 3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber | — | 52 |
| | 4. ausländische (aus) | — | — |
| c) Verkauf: | | | |
| | 117 Rinder u. zwar 14 Ochsen, 5 Kalben, 68 Kühe, 35 Bullen; | | |
| | 917 Rinder | | |
| | 160 Schafe | | |
| | 1219 Schweine | | |
| d) Geschäftsgang: mittelmäßig | | | |

Natur-Citronen-Saft
garantiert rein aus besten, reifen Messina-Citronen.
Er ist von **ausserordentlich unersetzlichem Werte**
als erquickende, anhaltend durstlösende, anregende Limonade bei Hitze, Fieber, als solche ferner beruhigendes Erquickungsgetränk für Herz- und Nervenleiden, bei Kopfweh, Schlaflosigkeit usw.;
als Bismarck in der Küche und im Haushalt, besonders für Magen- und Darmleiden, Blutschlüchtlige; denn Essig wirkt Blut zersetzend;
als Ersatz der nur halbreich an uns kommenden Citronensäure, welche daher nicht heilkräftig, dabei tonener und ungenügend essig;
als Gurgelwasser (mit Wasser verdünnt) bei Halsentzündungen, Diphtherie;
als Trinkwasser verbessernder Zusatz, Bakterien und Bazillen tötend, daher unerlässlich für Touren und Reisen;
zur Citronensäure bei Gicht, Rheumatismus, Blasen- und Gallensteinen, Fettsucht (Kuranzleitung gratis).
Preis: Flaschen à 125 250 500 750 1000 Gramm (= 1 Kilo Inhalt M. — 50 1.— 1.50 2.40 3.— = 80 Citronen)
Sanitäts-Bazar „Thalysia“, Leipzig
Rathausring 1, I. (an der Wartehalle Königsplatz).
Neureuditz, Dorotheenstr. 30; Gohlis, Gohlische Str. 81; Falkenberg, Ludwigsstr. 74; Plagwitz, Friedrichstr. 20; Lindenau, im Lindenau.

Achtung!
Neue und getragene Herren-, Damen- und Kinder-Kleider usw. alle Art Mäntel, Schuhe, Stiefel u. Uhren kauft man gut und billig bei **Max Junghans, Ed. Thal- u. Seeburgstr.**
Möbel-Auktion
Sonntag den 28. Juni, vor 10 Uhr, Windmühlenstr. 14: Große Wohnungseinrichtung seiner u. h. Möbel, Tischstühle, h. Porzellan, Kasse, Tisch, h. Porzellan, 1 altdänisches Kommode, Vertikow, Kleiderständer, Säulen-Trumeau, Bettstuhl, mit Matr. u. Bekleid. 5940
Ausverkauf wegen Umzug. Gebr. herrschaftl. Damentid. u. 2.50. an Blumen L. Mantel u. 1.50. an Sportbillig zu vert. Robenstr. 30, I. 22.
Hand- u. Leiterwagen 5. Pl. 3. Schöckstr. 31b.